

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen

NAKOS  **28**

EXTRA

**Ehrenamt –
Freiwilligenarbeit –
Selbsthilfe**

November 1997

Vorwort

Die aktuelle Diskussion um den Stellenwert und die Beziehung von Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe aufzunehmen und zu beleuchten, ist Aufgabe dieses NAKOS-EXTRAS.

Das Thema ist sehr vielschichtig. Grundlegende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und unzählige Tätigkeits- und Praxisfelder sind berührt. Eine umfassende Bearbeitung ist in einem solchen Themenheft kaum möglich.

Das Ziel ist daher bescheidener: Das NAKOS-EXTRA soll der Meinungsbildung und dem Austausch im Selbsthilfebereich dienen und Kooperationschancen für ein gemeinsames Handeln im Kontinuum „Ehrenamt – Freiwilligenarbeit – Selbsthilfe“ ausloten.

Die Autorinnen und Autoren befassen sich mit der allgemeinen Bedeutung von Ehrenamt, Freiwilligenarbeit *und* Selbsthilfe für die Entwicklung unserer Gesellschaft, machen Spannungsfelder deutlich und diskutieren spezielle institutionelle und fachliche Aspekte der Unterstützung. Ich danke ihnen für ihre interessanten Überlegungen und Fragen, für ihre kritischen Anmerkungen und Positionen. Die Beiträge zu verfassen, war angesichts einer anhaltenden Diskussion sicher nicht immer leicht.

Besonders bedanken möchte ich mich beim Netzwerk Selbsthilfe Bremen-Nordniedersachsen e.V. für die Anregung zu diesem Themenheft.

Über das Netzwerk eingebracht sind die Beiträge von Jürgen Blandow, Klaus Körber und Maren Bock zu der Veranstaltung „Grenzen und Chancen von Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Professionellen“ vom 13. 11. 1996 in Bremen. Das Ziel dieser Veranstaltung war es, angesichts des gegenwärtigen Vorrangs finanzpolitischer Überlegungen vor inhaltlichen Diskussionen und Zielen unterschiedliche Interpretationsansätze zu erörtern, was denn unter Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe verstanden wird und zu verstehen ist.

Wolfgang Thiel, im November 1997

Ehrenamt – Freiwilligenarbeit – Selbsthilfe

Beiträge zu einer aktuellen politischen und fachlichen Debatte

Wolfgang Thiel

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe – Aufriß einer aktuellen Diskussion	6
---	---

I: Bürgerengagement – eine gesellschaftliche Chance?

Adrian Reinert

Kommunitarismus: Mehr als nur gute Vorsätze?	14
---	----

II: Ehrenamt und Freiwilligenarbeit – Sparquelle, Jobkilling, unbezahlte Frauenarbeit?

Jürgen Blandow

Zur neueren „Ehrenamtsdebatte“. Ein Entblätterungs-Versuch	26
---	----

Klaus Körber

Bedrohen Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Selbsthilfe die professionelle Arbeit? Antworten aus Sicht eines „Netzwerk“-Ehrenamtlichen	32
---	----

Maren Bock

Was heißt hier Ehrenamt? Ein feministischer Blickwinkel	44
--	----

III: Selbsthilfekontaktstellen, Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenagenturen – Institutionelle Differenzierung oder Zusammenführung der Unterstützung sozialen Engagements?

Ulrich Kettler

Sparzwänge und Hoffnung auf Synergie. Institutionelle Integration der Unterstützung von Selbsthilfe, Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit	51
---	----

Anita M. Jakubowski

Aktivität in eigener oder fremder Sache? Kritische Anmerkungen zu einer Profilerweiterung von Selbsthilfekontaktstellen	61
--	----

Monika Bobzien

Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement. Unterschiede anerkennen, um an gemeinsamen Anliegen arbeiten zu können	68
--	----

Carola Schaaf-Derichs

Selbsthilfe – Ehrenamt – Freiwilligenengagement – Bürgerschaftliches Engagement. Eine Standortklärung	76
--	----

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe

Aufliß einer aktuellen Diskussion

Die Themen Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit sind gegenwärtig verstärkt in der öffentlichen Diskussion. Politische Parteien, Träger der sozialen Arbeit, Verbände und Forscher befassen sich mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Mitwirkens der Menschen jenseits staatlicher Verantwortung und professioneller Versorgung. Gegen eine Rund-um-Versorgungsmentalität und gegen ein Klima sozialer Kälte sollen die Menschen angeregt und ermutigt werden, sich mehr am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und im solidarischen Miteinander in den Gemeinwesen aktiver zu sein.

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger füreinander und für das Gemeinwesen erfährt eine hohe Wertschätzung. Als unverzichtbar für die Gesellschaft herausgestellt werden

- das solidarische Eintreten von Bürger(innen) füreinander, insbesondere das aktive Eintreten und Handeln für Schwächere (Solidaraspekt),
- die bürgerschaftliche Gestaltung und Mitwirkung in gesellschaftlichen und gemeinshaftlichen Institutionen wie Nachbarschaft und Gemeinde (Gemeinsinnaspekt)
- und die bürgerschaftliche Verantwortung und Beteiligung an gesellschaftlichen Institutionen wie Parteien, Vereinen und Verbänden (Demokratieaspekt).

Die Debatte wird sehr weitreichend geführt. Konstatiert werden umfassende soziale Wandlungsprozesse (die Auflösung traditioneller Werte, Lebens- und Bindungsformen, die vom Arbeitsmarkt geforderte hohe Mobilität und Flexibilität u.a.m.) und ökonomische Herausforderungen (Arbeitslosigkeit, staatliche Finanzkrise), die die gesellschaftliche Solidarität und den Sozialstaat gefährden.

Im Zentrum der Debatte jedenfalls steht das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Bürger(inne)n. Infragegestellt sind die Gleichungen *Arbeit = Erwerbsarbeit* und *gesellschaftliche Verantwortung = Verantwortung von Institutionen und Professionellen*.¹

Die zentralen Dimensionen sind:

1. Eine sozialetische Dimension: Der solidarische Wertekonsens soll erneuert werden. Dabei spielen traditionelle weltanschaulich fundierte Sozialtugenden ebenso eine Rolle wie neue soziale Werte und Motivationen.²
2. Eine ökonomische Dimension: Die Debatte findet zu einem Zeitpunkt statt, wo der Mangel an Erwerbsarbeitsplätzen und die Grenzen der Finanzierbarkeit sozialstaatlicher Leistungen in einem Maße hervorgetreten sind, wie das bisher in

der deutschen Nachkriegsgeschichte noch nie der Fall war. Zentrale sozial- und ordnungspolitische Fragen sind daher die Bewältigung der Arbeitslosigkeit und das Überdenken von Rolle und Maß staatlicher Vorgaben, Regulierungen, Interventionen und Ausgleichsleistungen, kurz: der Umbau unseres Sozialstaates. Volkswirtschaftlich gilt daher das Interesse vermehrt auch dem ökonomischen Wert von bürgerschaftlichem Handeln bzw. eines solidarischen und gemeinnütigen Engagements jenseits der Erwerbsarbeit.

Die notwendige und begrüßenswerte Rückbesinnung auf gemeinwohlstiftende und solidarische Werte, auf sozialetisch fundiertes Handeln, bewegt sich also im Fahrwasser einer sozialpolitischen, ökonomischen und finanziellen Krise.

Uneinheitlich sind im einzelnen die Ausgangspunkte und Befunde für ehrenamtliches und freiwilliges soziales Engagement: Mal wird festgestellt, daß es ungebrochen hoch im Kurs stehe, mal daß die Bereitschaft dazu schwinde, mal daß es sich gewandelt habe und es nun gelte, an neuen Motiven, Bereitschaften und Erwartungen anzuknüpfen, die den sozialen Pflichtgedanken überschreiten, und Wünschen nach Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung größere Aufmerksamkeit zu widmen. Besonders wird daher den Fragen nachgegangen,

- wie und in welchem Maß sich die Menschen in unserer Gesellschaft engagieren,
- unter welchen Voraussetzungen sie dazu bereit sind
- und wie diese Bereitschaft – mit Blick auf andere europäische Länder, für die in Untersuchungen weit größere Zahlen engagierter Bürger(innen) ermittelt wurden³ – erhöht werden kann.

Um die Engagementbereitschaft zu erhöhen, werden verschiedene Aspekte erörtert: eine stärkere öffentliche Anerkennung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements, Aufwandsentschädigungen, Versicherungsschutz, Freistellungsregelungen, steuerliche, berufsqualifizierende und schulische Anrechenbarkeit und vieles mehr. Viele Verbände, insbesondere die Frauenverbände, bringen hier ihre Forderungen ein. Große traditionelle Träger im kirchlichen, im Jugend-, Sport- oder Wohlfahrtsbereich besinnen sich auf ihre ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Wurzeln und wollen ihre Attraktivität für Ehrenamtliche steigern.

Die Debatte wird mit Argumenten geführt, die partei- und institutionenübergreifende Gemeinsamkeiten betonen. Es besteht offensichtlich Einigkeit über die Erneuerungsbedürftigkeit eines sozialen und gesellschaftlichen Grundkonsens und über die Aufgabe, verbesserte Bedingungen für ein Engagement und die zivilgesellschaftliche Beteiligung der Bürger(innen) zu schaffen.

Natürlich gibt es Auffassungsunterschiede und verschiedene praktische Optionen: Mal werden traditionelle altruistische Tugenden, mal neue, durchaus eigennützige Engagementbereitschaften hervorgehoben, mal geht es um mehr symbolische,

mal mehr um materielle Anerkennung, mal um stärkere rechtliche Normierung der Stellung von Ehrenamtlichen, mal um Einsicht und freiwillige Übereinkunft zwischen den Beteiligten.

Angemessene Unterstützungs- und Förderungswege werden überlegt. Mit Blick auf Nachbarländer wie die Niederlande werden Ehrenamtsbörsen bzw. Freiwilligenagenturen diskutiert und eingerichtet (z.B. 14 Freiwilligen-Zentren als Modell vom Deutschen Caritasverband); weitere Träger, kommunalpolitische Akteure und Initiativen ziehen nach. Auch eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen ist bereits entstanden. Bundesministerin Claudia Nolte ruft mit weiteren Personen des öffentlichen Lebens eine Stiftung „Bürger für Bürger“ ins Leben, wobei eine der zentralen Aufgaben die Einrichtung einer Nationalen Freiwilligenagentur ist.

In dieser Diskussion haben das soziale Ehrenamt und die soziale Freiwilligenarbeit und die *Selbstverantwortung* der Bürger(innen) einen besonderen Stellenwert.

Berührt ist damit auch der Bereich der Selbsthilfegruppen, -verbände und -projekte, die ja mit hoher Selbstverantwortung auch im Sozialen wirken und sich gesellschaftlich beteiligen. Meist wird deshalb auch die Selbsthilfe in der fachlichen und politischen Diskussion miterörtert. In manchen der zentralen parlamentarischen⁴ und parteipolitischen⁵ Initiativen der letzten Zeit ist die Selbsthilfe explizit einbezogen.

Bemerkenswert ist, daß auf politischer Ebene keine grundsätzlichen Gegensätze zwischen den verschiedenen Engagementformen hergestellt werden, sondern ein sehr breites Verständnis besteht.⁶ Dieses schlägt sich in dem Sammelbegriff „Bürgerschaftliches Engagement“ nieder, der neuerdings oft als zusammenfassende Kategorie verwendet wird. „Bürgerschaftliches Engagement“ wird dabei meist als ein Kontinuum⁷ der verschiedenen Formen des sozialen und gesellschaftlichen Engagements – also von Ehrenamtlichkeit, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe – verstanden. Trotz dieser Auffassung von einem Kontinuum werden aber differenzierte Unterstützungs- und Förderwege, parallele, einander ergänzende Strukturen überlegt.

Zu den Beiträgen in diesem Themenheft

Ziel dieses Themenheftes ist es, eine Klärung im Selbsthilfe- und Selbsthilfekontaktstellen-Bereich zu ermöglichen, wie man zu den weitreichenden Fragen und Problemen steht, die in der gegenwärtigen Debatte um die Aktivierung von Bürgerengagement aufgeworfen sind, und wie man sich konstruktiv an ihr beteiligen kann. Daß eine solche Beteiligung erforderlich ist und Chancen eröffnet, den Beitrag der Selbsthilfe und der Selbsthilfe-Unterstützung für die gegenwärtigen und die zukünftigen Entwicklungsprobleme unserer Gesellschaft aufzuzeigen, steht außer Frage.

Der erste Abschnitt steht unter der Fragestellung „Bürgerengagement als gesellschaftliche Chance?“ Sozialphilosophische Überlegungen wie die des Kommunitarismus spielen in der gegenwärtigen Debatte eine sehr große Rolle. Gesprochen wird von einer neuen Balance von freier Selbstverwirklichung und Pflicht, von Eigennutz und Gemeinsinn, von Freiheit und Ordnung in einer solidarischen Bürgergesellschaft.⁸ Der Beitrag von Adrian Reinert veranschaulicht, was sich hinter dem Begriff „Kommunitarismus“ verbirgt und verdeutlicht die Chancen und Herausforderung zu solidarischem und gemeinschaftsbildendem Handeln. Der Stellenwert der verschiedenen Engagementformen – auch der von unterstützenden Strukturen wie Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen – wird aufgezeigt.

Der zweite Abschnitt enthält Beiträge, die sich mit Fragen auseinandersetzen, inwieweit durch die Propagierung von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit einem Abbau sozialstaatlicher Leistungen und professioneller Dienste Vorschub geleistet und wie die Arbeit und Förderung von Selbsthilfeprojekten berührt wird.

Jürgen Blandow geht anhand von Ergebnissen einer Bremer Untersuchung der Frage nach, ob aktuelle Untersuchungen, Reflexionen und politische Reden zum Thema „Ehrenamt“ mit der Realität übereinstimmen, und er wirft einen kritischen Blick auf die unterschiedlichen Interessen bei der Propagierung ehrenamtlichen und Bürgerschaftlichen Engagements.

Klaus Körber und Maren Bock befassen sich aus der Sicht von Selbsthilfeprojekten ebenfalls damit, wie die Einsparzwänge der öffentlichen Hand zu sehen sind. Sie thematisieren weiter, ob ehrenamtlich und freiwillig Engagierte – quasi als Jobkiller – die professionelle Arbeit bedrohen, welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit es geben könnte und welche Schwierigkeiten dabei bestehen. Maren Bock verdeutlicht im besonderen auch die Implikationen, die die aktuelle Ehrenamtsdiskussion für Frauen hat.

Für Selbsthilfekontaktstellen⁹ wiederum sind fachliche und methodische Fragen aufgeworfen, die das Verhältnis von Selbsthilfe- und Fremdhilfe-Orientierung und ihre Bedeutung für die inhaltliche Beratungsarbeit zum Gegenstand haben. Aber es sind auch institutionelle Fragen und Herausforderungen aufzunehmen, denn in die sozialpolitische Diskussion sind bekanntlicherweise auch Überlegungen eingebracht worden, die Unterstützung sozialen Engagements – also des Ehrenamts, der Freiwilligenarbeit und der Selbsthilfe – institutionell zusammenzuführen.¹⁰ Neuerdings gibt es auch die Überlegung, daß Selbsthilfekontaktstellen aufgrund ihrer Kompetenz und der gewachsenen Akzeptanz bei der Bevölkerung gut ihr Profil erweitern und die Aufgaben von Freiwilligenagenturen mitübernehmen könnten.

Was bedeutet die gegenwärtige Diskussion für Selbsthilfekontaktstellen? Sind sie gefährdet, wenn Parallelstrukturen für Ehrenamtliche bzw. Freiwillige entstehen? Gibt es eine Konzept- und Ressourcenkonkurrenz? Welche Kooperationsmöglichkeiten zwischen Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und anderen zielgruppenspezifischen Unterstützungseinrichtungen wie z.B. Seniorenbüros, Wissensbörsen, Familien- und Mütterzentren gibt es? Wie ist es zu beurteilen, wenn die Unterstützung unterschiedlicher Formen des sozialen Engagements institutionell zusammengeführt werden soll, sind wirklich „Synergieeffekte“ zu erwarten? Was ist von einer Profilerweiterung der Selbsthilfekontaktstellen mit einer Übernahme von Funktionen von Ehrenamtsbörsen oder Freiwilligenagenturen zu halten?

Mit solchen und anderen Fragen setzen sich Ulrich Kettler, Anita M. Jakobowski und Monika Bobzien in ihren Beiträgen auseinander, die im dritten Abschnitt zusammengestellt sind.

Abgeschlossen wird dieser Abschnitt mit einer Darstellung aus anderer Perspektive: Carola Schaaf-Derichs nimmt aus Sicht einer Freiwilligenagentur, des Treffpunkts Hilfsbereitschaft Berlin, eine Standortklärung zum Selbsthilfebereich vor. Sie hebt die neuen Bereitschaften, sich sozial zu engagieren, hervor und warnt vor einer schädlichen alternativen Debatte: Selbsthilfe- oder Freiwilligenengagement. Sie plädiert für die professionelle Unterstützung in je unterschiedlichen Strukturen: in Freiwilligenagenturen und in Selbsthilfekontaktstellen.

Selbstverständlich gibt es über das hinaus, was in den Beiträgen in diesem Themenheft dargestellt und erörtert wird, noch vieles weiter herauszuarbeiten, zu klären und zu diskutieren. Das betrifft besonders die Frage nach der Unterschiedlichkeit bzw. Gleichartigkeit von Konzeption und praktischem Arbeitsvorgehen bei der Unterstützung des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements einerseits und des Selbsthilfe-Engagements andererseits. Was ist ähnlich, was verschieden, zum Beispiel bei der Beratungsarbeit, bei der Vermittlungsarbeit, bei der Zusammenarbeit mit Versorgungseinrichtungen, bei der Öffentlichkeitsarbeit, bei ...?

Zu bewältigen ist natürlich auch die Förderpragmatik, d.h. für welche Aufgaben wird welches Geld von wem zur Verfügung gestellt? Werden durch diese Pragmatik wichtige fachliche Fragen verdrängt, ohne deren wirkliche Klärung weder die passende institutionelle Form, noch die treffende materielle Ausstattung, noch die Mitarbeiter(innen) mit den richtigen Kompetenzen gefunden werden können?

Ich hoffe, daß mit diesem Themenheft eine gute Grundlage für eine fundierte Selbstklärung, für vielfältige Diskussionen und für die Entwicklung von fruchtbaren Perspektiven gegeben ist, die nicht in Konzept- und Ressourcenkonkurrenz gefangen sind.

Anmerkungen

¹ Trotz oder gerade wegen des machtvollen und ungebrochenen Trends zur Professionalisierung der sozialen Hilfe, aber auch wegen der Grenzen der professionellen Hilfe (vgl. Roth, Roland, Kommunitaristische Sozialpolitik? Anmerkungen zur aktuellen Debatte über Professionalität und Ehrenamt in der Sozialpolitik, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 8, Heft 3, 1995, S. 44-53).

² Dazu, daß Selbsthilfegruppen durch ihre Verbindung von Solidarität und Eigennutz hier beispielhafte Erfahrungen einbringen können (vgl. Thiel, Wolfgang, Brauchen wir eine neue Sozialtheorie?, in: Zwierlein, Eduard [Hrsg.], Handbuch Integration und Ausgrenzung. Behinderte Mitmenschen in der Gesellschaft, Neuwied, Krefeld, Berlin 1996, S. 455-468).

³ Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Claudia Nolte konnte in der Bundestagsdebatte am 5.12.1996 zur „Bedeutung der ehrenamtlichen Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ davon berichten, daß die Recherchen für die Beantwortung der Großen Anfrage zu diesem Thema fast 12 Millionen ehrenamtlich aktive Menschen ergeben haben. Das sind 17 % unserer Bevölkerung. Die Eurovol-Studie von 1994 kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: 18 % Engagierte. Beim Vergleich mit anderen europäischen Ländern schneidet Deutschland allerdings schlecht ab und wird nur von Slowenien (12 %) unterboten; die Niederlande (38 %), Schweden (36 %) und Großbritannien (34 %) liegen erheblich darüber (vgl. Robert Bosch Stiftung [Hrsg.], Ein neues bürgerschaftliches Europa. Eine Untersuchung zur Verbreitung und Rolle von Volunteering in zehn Ländern, Freiburg 1996).

Allerdings muß bei solchen Vergleichen immer auch die begrenzte Vergleichbarkeit berücksichtigt werden: Die Bereiche öffentlich/ staatlich und nicht-öffentlich/ gesellschaftlich/ privat organisierter und finanzierter Hilfen und Dienste haben sich historisch unterschiedlich entwickelt und ausgeformt. Diese Unterschiede schlagen sich auch in einem verschiedenen Verständnis (oder auch im Mißverständnis) von Begriffen nieder: So steht die englische Bezeichnung *voluntary* für nicht-staatlich, frei-gemeinnützig im Sinne freier Träger, wie z.B. Wohlfahrtsverbände; sie ist im deutschen Verständnis aber eher verkürzt als freiwillige unbezahlte gemeinnützige Arbeit aufgenommen worden. Verzerrungen des Bildes können sich auch dadurch ergeben, welche Personenkreise in Erhebungen einbezogen werden und welche nicht. So ist es verwunderlich, daß bei der Eurovol-Studie der Selbsthilfebereich, der in Deutschland besonders stark vertreten ist, nicht einbezogen wurde, dieser Erhebungsunterschied in anderen Ländern aber nicht vorgenommen wurde, wohl auch, weil die Bereiche nicht immer so trennscharf unterschieden werden können.

⁴ Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Antrag der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin), Dr. Antje Vollmer, Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN „Freiwilliges soziales Engagement fördern und zur Selbständigkeit ermutigen“, Drucksache 13/3232 [5.12.95], Bonn 1995;

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Große Anfrage der Abgeordneten Klaus Riegert, Wolfgang Bisenen, Heinz Dieter Ebmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU / CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel, Dr. Olaf Feldmann, Heinz Lanfermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“, Drucksache 13/2652 [11.10.95], Bonn 1995;

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage „Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“, Drucksache 13/2652 [11.10.95], Bonn 1996;

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode: Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Klaus Riegert, Wolfgang Bisenen, Heinz Dieter Ebmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU / CSU sowie der Abgeordneten Dr. Gisela Babel, Dr. Olaf Feldmann, Heinz Lanfermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. „Bedeutung

ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft', Beratung des Antrags der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin), Dr. Antje Vollmer, Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, 'Freiwilliges soziales Engagement fördern und zur Selbständigkeit ermutigen', Protokoll der Aussprache 145. Sitzung, 5.12.96, Bonn, S. 13106-13128.

⁵Von verschiedenen Bundestagsfraktionen hat es z.B. folgende parteipolitische Veranstaltungen zum Thema gegeben: Arbeitskreis „Ehrenamt“ der CDU / CSU-Bundestagsfraktion: Anhörung zum Thema „Ehrenamt“ am 17.06.96 in Bonn Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ohne Geld, aber nicht umsonst. Bessere Rahmenbedingungen für das freiwillige soziale Engagement; 16.06.97 in Bonn; Bundestagsfraktion der SPD: Engagement stiftet Zusammenhalt. Freiwilliges Engagement – Selbsthilfe – Ehrenamt; 29.08.97 in Bonn.

⁶Öfter wird von Selbsthilfe-Seite bekundet, daß das, was in der Selbsthilfe geschieht, doch auch ehrenamtlich sei. Zumeist mag damit ausgedrückt werden, daß Selbsthilfegruppen unentgeltlich arbeiten oder daß in vereinsmäßig organisierten Gruppen und Verbänden ehrenamtliche Funktionen ausgefüllt werden. Nicht auszuschließen ist aber, daß dies auch eine Reaktion darauf ist, daß in der Debatte an erster Stelle immer darauf hingewiesen wird, welchen Wert ein Engagement und Tun für andere und für das Gemeinwohl, und erst an zweiter Stelle darauf, welchen Wert es für die Engagierten selbst hat. Dies muß nachdenklich stimmen.

⁷Thiel, Wolfgang, Ehrenamt oder Selbsthilfe? Ein einheitliches Selbstverständnis ist nötig und möglich, in: Stiftung MITARBEIT / Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin / Freiwilligen-Agentur Bremen / Zentrum für Freiwilligenarbeit Dortmund (Hrsg.) / Fels, Sylvia (Red.), Solidarität inszenieren. Freiwilligen-Agenturen in der Praxis, Tagungsdokumentation, Brennpunkt-Dokumentat. zur Selbsthilfe und Bürgerengagement Nr. 30, Bonn 1997, S. 117-125.

⁸Treffend könnte man den Horizont dieser Diskussion auch mit Begriffen fassen, die längst zur Philosophiegeschichte gehören: Es geht im Kant'schen Sinne um die „sittliche Ordnung“ von Staat und Gemeinwesen und um die „inneren Sittengesetze“ der Bürger(innen).

⁹1997 gibt es im Bundesgebiet 160 Selbsthilfekontaktstellen; weitere ca. 100 soziale und gesundheitsbezogene Einrichtungen bieten als Nebenaufgabe Selbsthilfegruppen und -Interessierten Unterstützung an (vgl. NAKOS [Hrsg.], Lokale / Regionale Selbsthilfegruppen-Unterstützungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland – ROTE ADRESSEN 1997/98, Berlin 1997).

¹⁰In Berlin wird zwischen Senatsverwaltung und Trägern an einem Bündelungskonzept gearbeitet, das Selbsthilfekontaktstellen und Nachbarschaftszentren zusammenführt und das auch die Unterstützung ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements enthält. Zu diesem Konzept konnte es leider keinen Beitrag geben, da die Gespräche und Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

*Wolfgang Thiel
Nationale Kontakt- und Informationsstelle
zur Anregung und Unterstützung
von Selbsthilfegruppen – NAKOS
Albrecht-Achilles-Str. 65
10709 Berlin
Tel 030 • 891 40 19*

I

Bürgerengagement – eine gesellschaftliche Chance?

Kommunitarismus: Mehr als nur gute Vorsätze?

Ein weiser Mann kommt zu Gott: „Herr, ich möchte die Hölle sehen und den Himmel.“ – „Nimm Elias als Führer“, sagt der Schöpfer, „er wird dir beides zeigen.“

Elias führt den weisen Mann in einen riesigen Raum. In der Mitte auf einem Feuer kocht ein Topf mit einem köstlichen Gericht. Ringsherum sitzen Menschen mit langen Löffeln.

Die Menschen sehen mager und elend aus, denn sie hungern schon zu lang. Der weise Mann sieht: Ihre Löffel sind zu lang. Sie können sie nicht zum Munde führen. Sie können das herrliche Essen nicht genießen. Sie sehen wütend und zornig aus.

Elias und der weise Mensch gehen hinaus. „Soeben hast Du die Hölle gesehen“, sagt der Prophet und führt den Mann in einen weiteren Raum. Alles ist genau wie im ersten: in der Mitte der Topf mit dem köstlichen Gericht. Ringsherum Menschen mit langen Löffeln. Aber diese Menschen wirken gesund, wohlgenährt und glücklich. Sie lachen und singen.

Dem weisen Mann fällt auf: Auch ihre Löffel sind zu lang, aber sie schieben sie sich gegenseitig in den Mund. Der Prophet beim Hinausgehen: „Soeben bist du im Himmel gewesen.“ (Sufi).¹

Der renommierte Kinder- und Jugendpsychiater Reinhart Lempp hat vor kurzem für die Bundesrepublik Deutschland Tendenzen zu einer „autistischen Gesellschaft“ diagnostiziert. Lempp beklagt eine Zunahme der „ungewollten Rücksichtslosigkeit“ und einen Bedeutungsverlust der Solidarität in unserem Alltagsleben und belegt dies überzeugend an einer Vielzahl nachdenklich stimmender Beispiele. Die Kompetenz, sich in andere hineinfühlen zu können und Verantwortung für sie zu übernehmen, gehe immer mehr verloren, wenn die Gesellschaft keine geeigneten Gegenstrategien entwickle.²

Vereint im Egoismus?

Viele werden diesem Befund aus eigenem Erleben und Empfinden beipflichten können. Das Nachrichtenmagazin FOCUS konstatierte in einer Titelstory im Frühjahr 1997, daß das Unbehagen an einem Zusammenleben wachse, „in dem jeder seinen Vorteil ohne Rücksicht auf die anderen zu suchen scheint“. Der Beitrag trug die Überschrift „Sehnsucht nach Werten“³. Wenige Wochen zuvor hatten Expert(innen) aus Politik, Wissenschaft und Kirche bei einem Diskussionsforum der *Süddeutschen Zeitung* im Münchner Gasteig über die Frage „Vereint im Egoismus? Was unsere Gesellschaft noch zusammenhält“ ähnliche Schlußfolgerungen gezogen.⁴

Ich möchte an dieser Stelle nicht darüber diskutieren, ob die Deutschen heute wirklich durchweg egoistischer und privatischer sind als früher – wenn man in die jüngere deutsche Geschichte schaut, dürften allerdings Zweifel angebracht sein –, ob vielleicht nicht die Vergangenheit vielfach positiv verklärt wird und ob es sich bei nachlassender öffentlicher Aktivität nicht teilweise auch um ein zyklisches Phänomen der Kategorie „shifting involvements“ handeln könnte, über die Albert O. Hirschman⁵ geforscht hat. Als Faktum sei vielmehr festgehalten, daß der Wunsch und die Rufe nach mehr Gemeinsinn und mehr Solidarität in unserer Gesellschaft immer spürbarer und lauter werden und es für die Notwendigkeit von beidem viele sichtbare Belege gibt.

Kommunitarismus

Vor diesem Hintergrund werden das wachsende Interesse und die große Sympathie verständlich, auf die der sog. *Kommunitarismus* gerade auch in Deutschland stößt. Ursprünglich als philosophische Position in einem wissenschaftlichen Disput in den USA entstanden, ist der Kommunitarismus spätestens seit dem Wahlerfolg Tony Blairs in Großbritannien inzwischen auch in Europa zu einer einflußreichen politischen Denkströmung geworden.

Der Begriff Kommunitarismus steht dabei nicht für ein komplettes Programm oder geschlossenes Gedankensystem, sondern vereinigt in sich zum Teil ganz unterschiedliche Strömungen. „Wer drei Kommunitarier befragt, bekommt vier Antworten“, illustriert Nikolaus Piper diese Heterogenität in der ZEIT.⁶

Rechte und Pflichten in Unbalance

Gemeinsam ist allen Kommunitarier(inne)n jedoch die Überzeugung, daß die individuellen Rechte und sozialen Verpflichtungen in den westlichen Gesellschaften in Unbalance geraten sind und unsere Demokratien nur vor dem moralischen und finanziellen Ruin zu retten sind, wenn ihre Bürger(innen) mehr Gemeinsinn entwickeln und Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Die Überbetonung von individueller Autonomie und Freiheit auf Kosten der sozialen Ordnung drohe sonst die moralische Basis unserer Gesellschaft auszuhöhlen.

Ein dünner politischer Konsens, der sich auf Verfahrensregeln, regelmäßige Wahlen und Gesetzgebung beschränkt, reiche für das Überleben der Demokratie auf Dauer nicht aus. Eine Gesellschaft brauche vielmehr gemeinsame Werte und Ziele. Entsprechend will der Kommunitarismus die notwendigen Veränderungen nicht durch politischen Zwang, sondern durch Überzeugung erreichen. Dabei müssen Gemeinschaft (community) und Individualismus für ihn nicht im Widerspruch zu-

einander stehen, sondern vielmehr in ein neues Gleichgewicht gebracht werden. „A communitarian perspective recognizes both individual human dignity and the social dimension of human existence.“

In einer gemeinsamen Plattform⁷ von 1991, die eine Art „Kommunitaristisches Manifest“ darstellt und von vielen namhaften amerikanischen Geisteswissenschaftler(inne)n unterzeichnet wurde, werden die Familien, die Schulen, die Nachbarschaften und der Staat als Träger der notwendigen Veränderungen genannt. Die Kommunitarier(innen) wollen eine starke Demokratie, die auf aktiver politischer Partizipation und Verantwortlichkeit der Bürgerinnen und Bürger aufbaut.

Zustimmung aus allen politischen Richtungen

Betrachtet man die Reaktion der Politik in Deutschland auf die Grundideen des Kommunitarismus, so scheint ihm fast die Eigenschaft einer *coincidentia oppositorum* zuzukommen. Zustimmung findet er aus nahezu allen politischen Lagern.

Eher sozialdemokratische Autoren greifen ihn als moralphilosophischen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dem einseitig auf persönliches Gewinnstreben fixierten Wirtschaftsliberalismus auf und sehen sich durch den Wahlerfolg Tony Blairs bestätigt: Liberale lesen eine vernichtende Kritik des Wohlfahrtsstaates sozialdemokratischer Prägung heraus, der die Menschen in Hilflosigkeit und passive Abhängigkeit von Staat und Wohlfahrtsbürokratie gebracht und ihrer Eigeninitiative und eigenen Lösungskompetenz beraubt habe⁸; und wiederum andere reklamieren ihn als „eine Chance für die GRÜNEN, nicht für die F.D.P.“ auf dem Weg zu einer lebendigen Zivilgesellschaft⁹. Kurzum: Egal, was wir wählen, Kommunitarier(innen) sind wir alle.

Tatsächlich gibt es für die hehren Ziele der Wiederbelebung von Gemeinschaftlichkeit und Bürgersinn so viele einleuchtende Argumente, daß ihnen kaum ein vernünftiger Mensch ernsthaft widersprechen könnte. Vielleicht ist es bisher das größte Verdienst der Kommunitarier(innen), diese Selbstverständlichkeiten auf die politische Tagesordnung gebracht zu haben und in einer Zeit, in der die großen Ideologien passé sind, wieder eine Vision künftiger gesellschaftlicher Entwicklung erkennbar zu machen.

Tatenlose Gedanken, gedankenlose Taten

Allerdings – und das ist den Kommunitarier(inne)n natürlich bewußt – liegt zwischen der Erkenntnis der Notwendigkeit von mehr Gemeinschaftlichkeit und ihrer praktischen Verwirklichung bisweilen ein weiter Weg. Für die Tatenlosigkeit unserer Gedanken einerseits und die Gedankenlosigkeit unserer Taten andererseits gibt

es nicht nur im sozialen, sondern auch im Umweltbereich genügend Beispiele, die plakativ mit dem Spruch „Wir wissen fast alles, tun aber fast nichts“ auf den Punkt gebracht werden.

Dabei müssen persönliche Nutzenmaximierung und gemeinschaftlicher Vorteil keineswegs immer in Widerspruch zueinander stehen. Aus Alltagserfahrung und wissenschaftlich untermauert durch die Altruismusforschung und die Psychologie des Helfens wissen wir vielmehr, welch positiven Effekte gerade das Engagement für andere Menschen auf das eigene Wohlbefinden und das persönliche Selbstwertgefühl haben kann.¹⁰

Vier Motive für gemeinschaftliches Handeln

Andererseits gibt es aber ohne Zweifel auch Situationen, in denen zumindest kurzfristig die unmittelbare Verfolgung des persönlichen Nutzens und die Rücksichtnahme auf die Interessen der Gemeinschaft oder die Bedürfnisse anderer in einem Zielkonflikt zueinander stehen. Es gibt mindestens vier bedeutsame Motive dafür, daß Menschen sich in einer solchen Situation gemeinschaftsorientiert verhalten:

1. Liebe und Sympathie,
2. Regeln und Normen,
3. Ethische Überzeugungen und Werte,
4. Zweckmäßigkeit und Prinzip der Gegenseitigkeit.

1. Liebe und Sympathie

Das wichtigste und edelste Motiv ist (Nächsten-)Liebe. Liebe und Zuneigung sind jedoch bekanntlich etwas sehr Persönliches, was weder von oben verordnet werden kann noch in irgendeiner Form gesellschaftlich planbar ist. Die Zahl der Menschen, für die wir intensive persönliche Gefühle entwickeln können, ist zudem natürlich begrenzt. Den meisten anderen müssen wir, wie der Soziologe Georg Simmel es einmal ausgedrückt hat, emotional „blasiert“ begegnen.

Sicherlich gibt es aber gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die der Entwicklung von zwischenmenschlicher Wärme eher abträglich, und andere, die ihr eher förderlich sind. Die Zur-Verfügungstellung von Zeit für Familienarbeit, wie sie etwa in der kommunitaristischen Plattform als Möglichkeit angedeutet wird, wäre zum Beispiel ein ganz praktischer Beitrag zu ihrer Förderung.

2. Regeln und Normen

Das zweite idealtypische Motiv für pro-gemeinschaftliches Verhalten besteht in der Befolgung von Regeln, die von der Gesellschaft vorgegeben werden. Diese reichen von direktem gesetzlichen Zwang (Wehrpflicht usw.) bis zu Normen und Konventionen, an die sich zu halten ist, um negative Sanktionen oder Isolierung zu vermeiden.

Ganz abgesehen von elementaren ethischen und demokratietheoretischen Einwänden zeigt die historische Erfahrung, daß ein soziales System auf Dauer nicht auf Zwangsmaßnahmen aufgebaut werden kann. Zwangsmaßnahmen zerstören nicht nur Menschlichkeit und Lebensfreude, sondern machen eine Gesellschaft unflexibel, sich an veränderte Gegebenheiten anzupassen und auf neue Herausforderungen zu reagieren.¹¹ Zwangsregelungen müssen daher in einer Demokratie die Ausnahme, die *ultima ratio* bleiben. Aber auch unzeitgemäße Normen und Konventionen können wichtige Entwicklungsschritte behindern.

3. Ethische Überzeugungen und Werte

Wesentlich wirkungsvoller und demokratisch wünschenswerter ist es deshalb, wenn pro-gemeinschaftliches Verhalten auf der Grundlage ethischer Überzeugungen und Werte bzw. der Einsicht in seine Notwendigkeit für den Bestand der Gesamtgesellschaft entsteht. Keine Gesellschaft kann dauerhaft ohne eine gemeinsame Wertebasis überleben. Wie dargestellt, ist es die Sorge der Kommunitarier(innen), daß dieses Fundament aufgrund eines überbordenden Egoismus zerbricht.

Erstaunlicherweise zeigen aber zahllose Einstellungsuntersuchungen, daß die klassischen Gemeinschaftswerte nach wie vor gerade auch in der jungen Generation hoch im Kurs sind. Trotzdem entspricht, wie eingangs skizziert, die Wahrnehmung des Alltags in unserem Lande diesem Bild offensichtlich nicht ganz. Pointiert formuliert: Alle wünschen gemeinschaftsorientiertes Handeln, aber niemand mag den Anfang machen.

4. Zweckmäßigkeit und Gegenseitigkeit

Damit ethische Überzeugungen und Werte verhaltensrelevant werden, muß ihre Befolgung sinnvoll erscheinen. Mit anderen Worten: Es muß für die Beteiligten erkennbar sein, daß ihr Verhalten oder ihr Verzicht tatsächlich zweckmäßig ist und positive Auswirkungen auf das Gesamtergebnis hat. Zumeist wird dies nur dann der Fall sein, wenn möglichst alle anderen einen ähnlichen Beitrag leisten. Sonst bleibt, um einen populären Buchtitel zu zitieren, der Ehrliche der Dumme. Dazu ist es jedoch erforderlich, das Verhalten der anderen zu kennen oder aber ihnen aufgrund bisheriger Erfahrungen entsprechendes Vertrauen entgegenbringen zu können.

Die Parabel vom Gefangenendilemma

Hier stoßen wir nun auf den klassischen Konflikt zwischen individueller und kollektiver Rationalität. Die Schwierigkeit dieser Situation verdeutlicht das sog. Gefangenendilemma, ein berühmtes spieltheoretisches Gedankenexperiment.

In seiner einfachsten Form wird als Ausgangspunkt eine Situation gewählt, in der zwei Bankräuber getrennt voneinander einem Richter vorgeführt werden. Da dem Richter Beweise fehlen, können sie ohne ein Geständnis beide aber nur wegen

unerlaubten Waffenbesitzes zu 1 Jahr Haft verurteilt werden. Der Richter greift deshalb zu einer List und macht beiden getrennt voneinander, und ohne daß sie sich darüber austauschen können, ein Angebot: Wenn ein Mann gesteht, der andere jedoch nicht, dann geht der Denunziant frei aus, der andere wird zu 10 Jahren Haft verurteilt. Gestehen beide, erhalten sie beide 5 Jahre Haft. Leugnen beide, bleibt es bei einem Jahr Haft für beide.

Das Gefangenendilemma ist in unzähligen Variationen gespielt und analysiert worden. In der großen Mehrzahl der Fälle war sein Ausgang für die beiden Beteiligten suboptimal. Aus Angst davor, daß der jeweils andere ein Geständnis ablegt, neigen beide Angeklagten dazu, zu gestehen. Addiert man die Strafen, ergeben sich 10 Jahre. Würden beide leugnen, kämen zusammen nur 2 Jahre heraus.

	A leugnet	A gesteht
B leugnet	1 + 1	10 + 0
B gesteht	0 + 10	5 + 5

Das Gefangenendilemma ist eine Parabel für das Spannungsverhältnis zwischen individuell und kollektiv rationalen Entscheidungen. Aus der Sicht des einzelnen erscheint es zunächst besser, egoistisch zu handeln. Handeln aber alle genauso, kehrt sich der Vorteil ins Gegenteil.

Gefangenendilemmata im Alltag

Entscheidungssituationen wie im Gefangenendilemma bestehen in unserer Gesellschaft in vielfältiger Form. Ein Beispiel ist der Umgang mit den sogenannten kollektiven Gütern; darunter werden Güter verstanden, von deren Nutzung es keine Ausschlußmöglichkeit gibt, wie z.B. saubere Luft.¹² Aus rein egoistischer Sicht ist es überhaupt nicht sinnvoll, sich aktiv an ihrer Aufbringung zu beteiligen und im Falle der sauberen Luft etwa nicht mehr das eigene Auto zu nutzen. Zum einen wäre – und so rationalisieren wir dies zumeist vor uns selbst – der eigene Beitrag zur sauberen Luft relativ marginal, so lange nicht alle anderen genauso handeln; zum anderen profitieren wir selbst dann von sauberer Luft, wenn wir uns selbst nicht an Maßnahmen zu ihrer Entlastung von Schadstoffen beteiligen. Auf diese Weise wartet jede/r auf den/die andere/n, und es passiert nichts.

Die Auflösung des Gefangenendilemmas liegt in der Ermöglichung von Kommunikation und Schaffung von Transparenz. Könnten sich die beiden Gefangenen im Spielexperiment miteinander verständigen, würden sie mit hoher Wahrscheinlichkeit zu der Absprache kommen, daß beide die Tat leugnen.

Solidarität als bedingter Altruismus

Soziale Realität gestaltet sich insgesamt gewiß vielfach komplizierter als im vereinfachten spieltheoretischen Modell. In zahlreichen empirischen Studien wurde indes wiederholt an realen Entscheidungssituationen festgestellt, daß durchweg große Mehrheiten der Bürger(innen) bereit sind, die Befriedigung kurzfristiger individueller Präferenzen gegenüber der Verfolgung längerfristiger kollektiver Interessen zurückzustellen, sofern klar war, daß auch alle anderen Beteiligten sich dieser Maxime unterordneten.¹³

Der norwegische Sozialphilosoph Jon Elster spricht in diesem Zusammenhang von Solidarität als *bedingtem Altruismus*.¹⁴ Anders als beim *reinen* oder „bedingungslosen“ Altruismus, der ohne Erwartung einer Belohnung erfolgt¹⁵, werden bei einer Solidaritätsbeziehung Vorleistungen unter der Voraussetzung einer Gegenleistung bzw. eines späteren Gegenanspruchs bei entsprechendem Bedarf erbracht – *do, ut des* (Ich gebe, damit Du gibst).

Vorteile kleiner, überschaubarer Gemeinschaften

Am einfachsten zu realisieren ist diese Norm der Reziprozität, wie die Kommunitarier(innen) es nennen, in einer kleinen, überschaubaren, engen und stabilen Gemeinschaft, in der sich alle kennen und die Kontakte auf wenige Personen beschränkt sind, die sich häufig begegnen. Jeder Beteiligte weiß um die Wichtigkeit seines Beitrages für die Gemeinschaft, und jede Normverletzung wird für alle sichtbar. Nicht von ungefähr ist der soziale Zusammenhalt im ländlichen Bereich immer noch sehr viel stärker als in großstädtischen Milieus. Der Preis für die höhere Loyalität untereinander ist andererseits oft höherer Konformitätsdruck und stärkere soziale Kontrolle.

Die Lebensbedingungen der Menschen in den modernen westlichen Gesellschaften sind jedoch bekanntlich durchweg ganz anderer Art. Wir haben es mit einem anhaltenden Individualisierungsprozeß zu tun, dem Herauslösen der Menschen aus überlieferten Bezügen und der Entstehung multipler Identitäten.

„Urbanism as a way of life“

In seiner Folge leben die Menschen immer weniger in festen Gemeinschaftsbeziehungen, sondern immer mehr in ganz unterschiedlichen zweckspezifischen Umgebungen. An die Stelle dauerhafter lokaler Gemeinschaften trat „urbanism as a way of life“¹⁶ mit einer Vielzahl flüchtiger, situativer und wenigen intensiven und längerfristigen Kontakten. Sichtbaren Ausdruck findet diese Entwicklung in der Zahl der Umzüge und der Single-Haushalte, aber auch in der beruflichen Mobilität.

Längst stimmt die soziale nicht mehr mit der räumlichen Umwelt überein. Der Alltag – Wohnen, Arbeit/Ausbildung, Konsum, Freizeit – wird ortsverschieden oder zumindest ortsunabhängig zugebracht. Die Nachbarschaftskontakte sind zumeist oberflächlicher Art. Wo sie dennoch besser entwickelt sind, beruht dies in der Regel mehr auf sozialer Homogenität oder bestimmten sozialen Gemeinsamkeiten, wie insbesondere bei Eltern von Kleinkindern, als auf räumlicher Nähe.

Zugleich erfolgt durch die modernen Informations- und Kommunikationsmittel eine enorme Ausweitung der Bezugs- und Einflußgruppen sowie eine Beschleunigung der auf uns eindringenden Informationen und Eindrücke, die Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit zum Strukturmerkmal unserer Gesellschaft machen.

Daß diese Rahmenbedingungen aufgrund ihrer Unübersichtlichkeit und schnellen Vergänglichkeit die Bildung von gemeinschaftlichem Denken und Handeln erschweren, ist leicht nachvollziehbar. Ebenso unterliegen Institutionen, die traditionell allgemeine Sinnstiftung und Orientierung gaben, in einer solchen temporären Gesellschaft einem erheblichen Bedeutungsverlust.

Warum die Folgen jetzt besonders spürbar werden

Der Individualisierungsprozeß und seine Folgen sind keineswegs neue Erkenntnisse, sondern wurden von den Klassikern der Soziologie, heißen sie Simmel, Weber, Durkheim, Tönnies oder wie auch immer, bereits um die Jahrhundertwende beobachtet bzw. vorausgesagt. Daß sie jedoch heutzutage deutlicher denn je zum Vorschein kommen und beklagt werden, hat vor allem zwei Gründe: erstens die extreme Beschleunigung des technischen und in seiner Folge des sozialen Wandels; und zweitens den Verlust finanzieller Handlungsspielräume der öffentlichen Hand, dank derer in der Vergangenheit seine negativen Folgewirkungen durch soziale Ausgleichsmaßnahmen zumindest teilweise kompensiert werden konnten. Beide Entwicklungen dürften sich in den nächsten Jahren noch forcieren.

Beides macht aber auch klar, daß die Belebung und Verstärkung von Solidarität in unserer Gesellschaft nicht bloß ein romantischer Traum einiger Moralphilosophen ist, sondern nicht weniger als eine Überlebensbedingung unserer Demokratie wird. Nach den bisherigen Ausführungen dürfte aber ebenso deutlich geworden sein, daß die Lösung der gegenwärtigen Dilemmata weder in einer Rückkehr zur traditionellen Gemeinschaft alter Art noch in verquastenen Kampagnen zur Förderung des Ehrenamtes bestehen kann.

Was tun?

Kommunitaristische Initiativen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements werden vielmehr nur dann das unzweifelhaft vorhandene Engagement- und Solidaritätspotential in unserer Gesellschaft nachhaltig aktivieren können, wenn sie die

veränderten Lebenswelten der Menschen berücksichtigen und unmittelbar daran anknüpfen. Konkret müssen sie sich zum Ziel machen,

1. eine engagementfördernde Infrastruktur zur Erleichterung der Selbsthilfe zu entwickeln,
2. das Prinzip der Hilfe auf Gegenseitigkeit und
3. das Prinzip der Mitverantwortlichkeit auf allen Ebenen zu fördern sowie schließlich last but not least
4. zu einer gerechteren Verteilung von Arbeit und Zeit in unserer Gesellschaft zu gelangen.

1. Engagementfördernde Infrastruktur

Entsprechend den veränderten Lebenswelten der Menschen verlagert sich Engagement heute mehr und mehr zu situativen Gemeinschaften wie Selbsthilfegruppen, Betroffenenorganisationen, Bürgerinitiativen, Netzwerken Gleichgesinnter und anderen Formen der Selbstorganisation. Auslösendes Moment sind zumeist persönliche Betroffenheit und gemeinsame Interessen. Das Engagement ist zweckspezifisch und differenziert. Man will sich nicht lebenslanglich verpflichten, sondern kann das Engagement jederzeit wieder beenden. Die überschaubare Gruppengröße ermöglicht ein Gemeinschaftsgefühl und die Erfahrung, daß das eigene Engagement wertvoll ist und gebraucht wird.

Um den Zugang zu solchen Engagementformen zu erleichtern, brauchen wir eine bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur des Helfens in Form von Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen, die Interessierte beraten und ihnen praktische Hilfestellungen geben und Kontakte vermitteln. Organisationen müssen der unterschiedlichen Motivationsstruktur an Engagement Interessierter durch eine differenzierte Angebotsstruktur gerecht werden, wozu gerade auch abgestufte Mitmachmöglichkeiten gehören.¹⁷ Kosten und Aufwand müssen im Bedarfsfall unbürokratisch erstattet werden können.

2. Prinzip der Gegenseitigkeit

Auch in Zukunft wird es bedingungslose Altruist(inn)en und Idealist(inn)en geben, die sich aus welchen Gründen auch immer für andere oder für eine Sache persönlich aufopfern. Ihre Zahl wird aber begrenzt bleiben. Die Mehrheit wird sich vornehmlich nur dann engagieren, wenn das Betätigungsfeld den eigenen persönlichen Neigungen und Interessen entspricht und sie auch persönlich vom Engagement etwas haben.

Besondere Bedeutung wird deshalb in Zukunft der Hilfe auf Gegenseitigkeit zukommen. In ihrer unmittelbaren Form findet sie derzeit in Tauschringen und Wissensbörsen wachsenden Zuspruch. Aber auch der Kontakt zu anderen Menschen, bereichernde Engagementerfahrungen sowie Möglichkeiten zur Selbstver-

wirklichung, persönlichen Qualifizierung und Statuserhöhung können wertvolle Belohnungen sein. Wo diese intrinsischen Anreize nicht ausreichen, müssen sie durch extrinsische ergänzt werden, die von besserer gesellschaftlicher Anerkennung, bis zur steuer- und rentenrechtlichen Berücksichtigung reichen können.

3. Prinzip der Mitverantwortlichkeit

Die Zweckmäßigkeit gemeinschaftlichen Handelns darf nicht bloß normativ gepredigt werden, sondern muß praktisch erlebbar sein. Entsprechendes *learning by doing* kann nicht früh genug einsetzen. Hinzuweisen ist etwa auf die erfolgreichen Beispiele, in denen Schulen über größere Teile ihres Budgets frei verfügen und selbst bestimmen können, ob sie diese für Renovierungen, Schulbücher, Klassenfahrten, Anschaffungen, Biotop etc. verwenden, oder in denen (Hoch-)Schulen Energiesparprogramme ausarbeiten, um über einen Teil des dadurch eingesparten Geldes für andere Zwecke disponieren zu können. Schüler(innen), Eltern und Lehrer(innen) werden mit den zur Verfügung gestellten Ressourcen wesentlich verantwortungsbewußter umgehen, als wenn ihr Verhalten für sie folgenlos bleibt.

Diese Beispiele sind auch auf andere Bereiche unserer Gesellschaft übertragbar. Wer von Bürger(inne)n verantwortliches Handeln erwartet, muß ihnen auch Verantwortung übertragen und sie wirksam an allen wichtigen politischen Entscheidungen beteiligen. Menschen können Verantwortungsbewußtsein nur dann entwickeln, wenn sie auch Gelegenheit haben, Verantwortung auszuüben.

4. Kommunitaristische (Arbeits-)Zeitpolitik

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement ist nicht der billige Jakob des Wohlfahrtsstaates. Wer es auf die Funktion der Kostenentlastung öffentlicher Haushalte reduziert, verkennt seine besondere zwischenmenschliche, ideelle und soziale Qualität und erzeugt ein völlig falsches Konfliktverhältnis zwischen ehrenamtlich und professionell Tätigen.

Vielmehr werden wir uns der Frage stellen müssen, wie lange es sich unsere Gesellschaft erlauben kann, Millionen Menschen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen, während anderen keine Zeit zu außerberuflicher Aktivität bleibt. Die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen und so zu organisieren, daß genügend „Humanzeit“ für soziale und zwischenmenschliche Anliegen bleibt, ist eine gesellschaftliche Zukunftsaufgabe, die nach kreativen Lösungsideen und -ansätzen nicht nur, aber insbesondere, von Politik und Tarifparteien geradezu schreit. Dies wäre vermutlich ein weit wirksamerer Beitrag zu einer kommunitarischen Gesellschaft, als es jeder moralische Appell je sein kann.¹⁸

Anmerkungen

- ¹ Nach Behrendt, Joachim, Geschichten wie Edelsteine. Parabeln, Legenden, Erfahrungen aus alter und neuer Zeit, München 1996.
- ² Lempp, Reinhard, Die autistische Gesellschaft. Geht die Verantwortlichkeit für andere verloren?, München 1996.
- ³ FOCUS 12/1997.
- ⁴ Süddeutsche Zeitung, 20. Februar 1997.
- ⁵ Hirschman, Albert O., Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt/Main 1984.
- ⁶ Piper, Nikolaus, „Die gute Gesellschaft“, in: DIE ZEIT, Nr. 29/96 vom 12. Juli 1996.
- ⁷ The Responsive Communitarian Platform: Rights and Responsibilities, Washington 1991.
- ⁸ So z.B. Doering, Detmar, Alte Gefahr in neuem Gewande? Liberalismus, Kommunitarismus und kein Ende der Geschichte, in: Chatzimarkakis, Georgios / Hinte, Holger (Hrsg.), Freiheit und Gemeinsinn, Bonn 1997. Tendenziell ähnlich auch der CDU-Politiker Christoph Böhr, in: „Jeder denkt: er kann machen, was er will, der Staat haftet ja“, in: Frankfurter Rundschau-Dokumentation, 11. Juli 1997. Böhr weist in fast wörtlicher kommunitaristischer Terminologie darauf hin, „daß freiheitliche Gesellschaften dauerhaft beschäftigt werden, wenn das Interesse des einzelnen und seine Verpflichtung für das Gemeinwohl kaum noch zur Deckung zu bringen sind.“
- ⁹ So Kleinert, Hubert, „Kommunitarismus – Widerpart des Neoliberalismus“, in: Chatzimarkakis, Georgios / Hinte, Holger (Hrsg.), Freiheit und Gemeinsinn. Vertragen sich Liberalismus und Kommunitarismus?, Bonn 1997, S. 274.
- ¹⁰ Vgl. Hunt, Morton, Das Rätsel der Nächstenliebe. Der Mensch zwischen Egoismus und Altruismus, Frankfurt/New York 1992; Wuthnow, Robert, Acts of Compassion. Caring for Others and Helping Ourselves, Princeton University Press 1991.
- ¹¹ Zur Überlegenheit demokratischer gegenüber patriarchalischer Kultur vgl. die Studie von Putnam, Making Democracy Work.
- ¹² Das klassische Standardwerk zur Frage der kollektiven Güter hierzu ist Olson jr., Mancur, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968.
- ¹³ Vgl. Ostrom, Elinor, Governing the Commons. The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge 1990. Die außerordentliche Bedeutung des Vergleiches mit anderen hebt auch David Brown hervor: „It is not just our personal limitations or bad fortune that concerns us; it is the comparison we make that worry and wound us. [...] The degree to which we willingly pay our taxes depends a great deal on our perception, that others are also paying taxes.“ (Brown, David, When Strangers Cooperate. Using Social Conventions to Govern Ourselves, New York 1995, S. 100 und 102). Letzteres findet Bestätigung in einer schwedischen Untersuchung, derzufolge Steuerehrlichkeit stärker von der Auffassung des moralischen Verhaltens anderer als von der Einschätzung des Risikos, beim Fuschen ertrappt zu werden, abhängt. (nach Rothstein, Bo, Vad bör staten göra? Om välfärdsstatens moraliska och politiska logik, Stockholm 1994, S. 201).
- ¹⁴ Elster, Jon, Interview in TIDEN 4/1985.
- ¹⁵ Zur Altruismusforschung und zu Möglichkeiten der Förderung altruistischen Verhaltens sei verwiesen auf Hunt, Morton, Das Rätsel der Nächstenliebe. Der Mensch zwischen Egoismus und Altruismus, Frankfurt/New York 1992.
- ¹⁶ So der Titel eines auch heute noch aktuellen und lesenswerten berühmten Aufsatzes von Wirth, L., in: The American Journal of Sociology, Vol. 44, July 1938, S. 1-24.
- ¹⁷ Die unterschiedlichen, zum Teil auch generationsspezifischen Motivationsstrukturen für bürgerschaftliches Engagement sind sehr gut in der sog. Geislingen-Studie herausgearbeitet (vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg: Engagement in der Bürgergesellschaft. Die Geislingen-Studie, Stuttgart 1995). Auch die neue Shell-Studie bestätigt die Erkenntnis, daß die Bereitschaft, sich zu engagieren, unter Jugendlichen nach wie vor sehr hoch ist, aber für Jugendliche, die sich engagieren wollen, die Motive „muß ich mitbestimmen können, was ich genau tue“, „will ich meine besonderen Fähigkeiten einbringen können“ und „muß das Ziel in angemessener Form erreicht werden“ von besonderer Wertigkeit sind. (Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97, Opladen 1997).
- ¹⁸ Vgl. zu diesem Aspekt auch Rifkin, Jeremy, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt/Main; New York 1996. Die Stiftung MITARBEIT und die Evangelische Akademie Hofgeismar werden zum Thema „Humanzeit: Ideen für eine neue Zeitpolitik“ vom 23. bis 25. Januar 1998 eine Fachtagung durchführen.

Adrian Reinert
Stiftung MITARBEIT
Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
Tel 02 28 / 604 24-0

II

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit –

Sparquelle Jobkilling unbezahlte Frauenarbeit?

Zur neueren „Ehrenamtsdebatte“

Ein Entblätterungs-Versuch

Seltsames

Untersuchungen, Reflexionen und politische Reden zum „Ehrenamt“ haben gegenwärtig Konjunktur. Wir haben in Bremen auch eine Untersuchung gemacht und zwar zu „Ehrenamtlichen und Freiwilligen im Wohlfahrtswesen der Stadt Bremen.“¹

Wir haben außerdem einen großen Teil der derzeit grassierenden Literatur incl. politischer Sonntagsreden gesichtet und sind zu wunderlichen Ergebnissen gekommen.

Die wunderlichsten sind:

- Alle Verbände zwischen Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege über Gewerkschaften bis zu Sportverbänden und den Freiwilligen Feuerwehren betonen, daß sie ganz viele Ehrenamtliche haben, ja eigentlich Ehrenamtsorganisationen sind, und dem Staat viele Milliarden sparen. Gleichzeitig klagen sie darüber, daß sich niemand ‚in dieser kalten Welt‘ mehr engagiert und sie darum Geld brauchen, um die Welt wieder wärmer zu machen.
- Obwohl alle Organisations-Spitzen das Vorstands-Ehrenamt und das Freiwillige Engagement in ihren öffentlichen Verlautbarungen als konstitutiv für das ‚Wesen‘ ihres Verbandes erklären, sind den Verbänden vor Ort die realen Vorstandsmitglieder und die realen Freiwilligen in der Praxis eher ein Greuel; man weiß gar nichts mit ihnen anzufangen.
- Alle Verbände betonen, daß das „alte“ auf Pflichtethos beruhende Ehrenamt tot ist, und das „neue“ Ehrenamt, dessen Charakter „Selbstbezug“ ist, dafür aber boomt. Seltsam ist, daß im konkreten Fall dann doch eher nach dem „Mithelfenden“ als nach dem Selbstbezogenen gesucht wird.
- Auch in politischen Zeitdiagnosen zum „Bürgerengagement“ wird festgestellt, daß sich diese Gesellschaft durch „soziale Kälte“ und „Egoismus“ auszeichnet; gleichzeitig wird darüber frohlockt, daß es noch nie so viele Engagierte wie heute gab.
- Wo mehr ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ gefordert wird, wird dies im Interesse einer „starken Demokratie“ beschworen, gleichzeitig wird es primär mit organisierten Selbsthilfegruppen und pflegenden Angehörigen, vielleicht noch mit dem „AK Mädchenarbeit“ einer Kommune oder den schularbeitshelfenden Damen des Seniorenbüros in Verbindung gebracht. Kurdische Demonstranten und AKW-Gegner finden keine Erwähnung.

Unsere Untersuchung, obwohl nicht dafür konzipiert, solche Widersprüche zu erklären, hat sich hierfür dennoch als hilfreich erwiesen.

Zur Untersuchung

Unsere Untersuchung bezog sich auf das Jugend-, Sozial- und Gesundheitswesen der Stadt Bremen. Sie wurde ergänzt durch Vorab-Recherchen im Bereich der Kirchengemeinden und der Sportverbände.

Einbezogen waren – neben den Behörden und kommunalen Einrichtungen – über 500 Träger aus dem frei-gemeinnützigen Raum zwischen Wohlfahrtsverbänden und institutionalisierten Selbsthilfegruppierungen. Methodisch handelt es sich um eine auf 28 verschiedenen Arbeitsgebiete im Bereich Jugend, Soziales, Gesundheit bezogene, an die Träger gerichtete und auf Personendaten der jeweils mitarbeitenden Ehrenamtlichen (vor allem Vorstände) und Freiwilligen (für praktische Aufgaben Engagierte) konzentrierte schriftliche Erhebung.

Ihre wichtigsten Ergebnisse sind:

1. Umfang und Art ehrenamtlichen / freiwilligen Engagements ist wesentlich durch den Finanzierungsmodus, die gesellschaftliche / wohlfahrtspolitische Funktion und die historische Herkunft des jeweiligen Arbeitsgebietes bestimmt. Je stärker ein Arbeitsfeld dem Kanon von kommunalen Pflichtaufgaben zugehört, je institutionalisierter und professionalisierter ein Bereich ist, desto weniger Freiwillige arbeiten mit. In den Kernbereichen der Sozialarbeit / Sozialpädagogik, in denen rund 85 % des hauptamtlichen Personals arbeiten, findet freiwilliges Engagement praktisch nicht statt und ist auch nicht erwünscht. Ausgehöhlt ist ehrenamtliches Engagement auch längst in jenen Bereichen, die in den 70er und 80er Jahren als Bürgerinitiativen oder selbstorganisierte Projekte antraten. Auch in ihnen – die oft nicht einmal mehr ihre Vorstandsposten besetzen können bzw. weiterhin auf ihre Gründerväter und Gründermütter angewiesen sind – gibt es keine Bemühungen um die Neuerung von Freiwilligen. Was sie wollen ist mehr Geld für Hauptamtliche. Und schließlich: Selbst junge Initiativen leiden darunter, daß nur wenige wirklich anpacken. Eine Flüchtlingsinitiative klagt z.B. darüber, daß von den 80 „Engagierten“ 72 Karteileichen sind.
2. Nennswerte Freiwilligenquoten finden sich nur in drei Bereichen: Zum einen in solchen, die sich von vornherein als Freiwilligendienste organisierten (so bei den „Grünen Damen“ oder beim „Weißen Ring“), in solchen, die Qualifizierungs-Maßnahmen mit Selbsterfahrungscharakter anbieten (so in der Hospiz-Bewegung oder bei der Telefon-Seelsorge) und in denen Selbsthilfe im Vordergrund steht (z.B. Eltern-Kind-Gruppen; Gesundheitsselfhilfegruppen; Abstinenzlergruppen). Von Interesse ist, daß sich letztere selten als „Ehrenamtliche“ bezeichnen; sie machen etwas, „weil es dazu gehört“ oder „weil ich es doch für mich mache“.

3. Überhaupt: Personen, die sich „ehrenamtlich“ engagieren, sind eine höchst heterogene Gruppe von Menschen. Solche, die Ehrenämter in Vorständen übernehmen, unterscheiden sich deutlich von solchen, die sich für praktische Aufgaben engagieren, und innerhalb dieser Gruppierungen kommt es wiederum darauf an, wie ‚wichtig‘ ein Arbeitsbereich ist. „Vorständler“ in Organisationen, in denen viel Geld zu verwalten ist, sind ganz überwiegend Personen, die gehobenen Berufsgruppen, insbesondere „alten Professionen“ und der höheren Beamenschaft angehören. Sie machen den ‚Job‘ als Teil oder als Ergänzung zu ihrem Hauptberuf. In Vereinigungen, in denen es um ein ‚progressives‘ sozialpädagogisches Anliegen geht (z.B. feministische Projekte), finden sich auch Vorstandsleute, die auch im Hauptberuf ihr progressives Anliegen zu vertreten haben und von Berufs wegen mit Erziehungs- oder Umerziehungsaufgaben gegenüber unemanzipierten, proletarischen Bevölkerungsteilen befaßt sind (also vor allem Sozialarbeiter(innen); seltener Psycholog(innen) und Hochschullehrer(innen)). Nur in Arbeitsfeldern mit Jedermanns-Problemen (z.B. der Gesundheits- und Behindertenselbsthilfe) gibt es auch Jeder(-meist-)mann in Vorstandspositionen.

Bei den Freiwilligen – als Gesamtgruppe betrachtet – handelt es sich eher um Frauen und dann um entweder einfache Verwaltungs-, Distributions- und handwerkliche Berufe oder um einfache pädagogische oder pflegerische. Auch unter ihnen finden sich Unterschiede; gewissermaßen ein „Passungsverhältnis“ zwischen gesellschaftlicher Funktion des Arbeitsfeldes und engagierten Personen. Die „feineren“ Beratungsaufgaben sind auch eher mit „feineren“ Damen besetzt und die Hausfrauentätigkeiten (z.B. in der Pflege-Assistenz) eben mit Hausfrauen. In bestimmten Bereichen werden die, die aus Sicht des Trägers „Klienten“ sind, auch einfach zu Freiwilligen oder gar Funktionsträgern umdefiniert, so z.B. in Altagestagesstätten, in denen die alten Herrschaften entweder zur 1. oder 2. Veralterin der Kaffeekasse gewählt werden oder dem Kreis der „sonstigen Engagierten“ zugerechnet werden. Zu erwähnen ist noch: Jüngere Altersgruppen, unter 35 Jahren, sind auch unter Freiwilligen sehr selten vertreten. Selbst in Jugendverbänden muß häufig auf „Veteranen“ der Verbandsarbeit zurückgegriffen werden. Und schließlich: In diversen Arbeitsgebieten entpuppen sich die Freiwilligen als Honorarkräfte, Dienstverpflichtete, Hauptamtliche oder BSHG-Beschäftigte. Die für Spielplätze und Mieterinitiativen, für das „Wohnfeld engagierten“ Mütter, wurden zu DM 6.- Honorarkräften transformiert. Im Katastrophenschutz tummeln sich vor allem Bundeswehr-Drückeberger. In manchen Arbeitsfeldern werden Hauptamtliche (manchmal sogar arbeitsvertraglich) verpflichtet, auch mal was ‚außer der Reihe‘ zu machen (sich z.B. an der Sammlung für den Verband zu beteiligen oder sich dem multikulturellen Straßenfest am Wochenende mit ganzer, aber unbezahlter, Arbeitskraft zu stellen). Und weil

BSHG 19-Leute ja ohnehin nur ‚zusätzliche Arbeit‘ leisten und die für einen Hungerlohn arbeitenden organisierten Nachbarschaftshelfer(innen) was mit ‚Nachbarschaft‘ zu tun haben, gelten sie manchen Trägern auch konsequenterweise als „Ehrenamtliche“.

3. Ein drittes wichtiges, mit den eben geschilderter Tatbeständen korrespondierendes, Ergebnis unserer Untersuchung ist, daß in aller Regel weder Vorstände noch Freiwillige auf die Suche nach einer interessanten Tätigkeit gingen, sondern eher entweder zu ihr verpflichtet wurden oder ‚irgendwie reingeraten‘ sind. Jedenfalls: Nur ein verschwindend geringer Anteil (rund 10 %) sowohl von Vorstandsmitgliedern als auch von Freiwilligen wurde über Bewerbungen zur Mitarbeit von außen angeworben. Zum Vorstandsmitglied wird frau/man primär, weil frau/man zu den Gründungsmitgliedern eines Trägers gehörte (und damals auf der Suche nach einer hauptamtlichen Beschäftigung oder nach einer die hauptamtliche Tätigkeit unterstützende Funktion war), weil frau/man von einer anderen Institution mit der Wahrnehmung des „Postens“ beauftragt wurde (mancher höhere Beamte muß die Verwaltung und Kontrolle von bis zu 10 staatsnahen „Freie Trägern“ in das Hauptamt integrieren) oder weil frau/man über berufliche Kontakte zum Träger verfügt und diese gerne ausbauen möchte. Die Freiwilligen rekrutieren sich im wesentlichen aus ehemals Beschäftigten beim Träger, aus zufriedenen Besuchern oder Kunden der Einrichtung oder aus „Selbstbetroffenen“. Von „außen“ kommen Freiwillige nur, wenn das Arbeitsangebot von einem institutionalisierten Freiwilligendienst kommt und/oder mit besonderen Qualifizierungsangeboten verbunden ist und/oder es sich um den Träger einer – gerade aktuellen – sozialen Bewegung handelt.

Diskussion

1. Ein wichtiges Ergebnis unserer Untersuchung ist, daß Art, Umfang, Inhalt und Qualität ehrenamtlicher Arbeit und Bürgerschaftlichen Engagements sich weder zählen noch einheitlich interpretieren läßt. Wenn jemand behauptet, wir hätten nur 6 % freiwillig Engagierte in Deutschland, hat er ebenso recht wie jemand, der behauptet, es seien ‚eigentlich‘ 45 %. Es kommt eben darauf an, was gezählt wird.
2. Auch wenn in Betracht gestellt wird, daß ehrenamtliches Engagement bzw. freiwillige Mitarbeit in einem organisierten Rahmen nur ein Teil dessen ist, was Bürgerschaftliches Engagement genannt wird, ist festzustellen, daß sich Engagementformen, die als Hilfe oder Unterstützung für andere verstanden werden können, erheblich an Bedeutung verloren haben. Verbandliche oder politische, auch wissenschaftliche Intentionen zum Nachweis, daß ‚es gar nicht so schlimm‘ ist

bzw. daß sich die Engagementsformen lediglich verschoben haben und sich anders artikulieren als im traditionellen Ehrenamt, kommen nicht umhin, den Begriff ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement sehr breit zu definieren. Auf große Zahlen läßt sich nur kommen, wenn jegliche Aktivität, die sich auf gemeinschaftliche Aktivitäten bezieht, jegliche Form von privater Nachbarschaftshilfe, jegliche Form von Selbsthilfe und jegliche Form vom spontanen und mehr oder weniger zufälligem Engagement in die Definition einbezogen wird. Solche Versuche sind ferner darauf angewiesen, nicht organisierte Engagementformen als ‚neu‘ zu kennzeichnen. Auch ein nur oberflächlicher Blick in die Geschichte zeigt demgegenüber, daß dies nicht stimmt. Die „Trümmerfrauen“ haben mehr Selbsthilfe und solidarische Nachbarschaftshilfe geleistet, als dies heute die gesamte Selbsthilfebewegung tut. Bürgerschaftliches Engagement war zur Zeit der Studentenbewegung viel verbreiteter als heute. Wir haben nicht mehr pflegende Angehörige, sondern weniger als noch vor einigen Jahrzehnten. Der Unterschied ist nur, daß Staat und Gesellschaft damit begonnen haben, Dinge die in früheren Zeiten selbstverständlich waren, als Lebensäußerung verstanden oder als gesellschaftliches Projekt begriffen wurden, zu organisieren und damit zählbar und kalkulierbar zu machen.

3. Der Rückgang gesellschaftlichen, sozialen und bürgerschaftlichen Engagements ist nicht einfach geschehen und auch nicht einfach Ergebnis gesellschaftlichen Wandels, sondern Ergebnis eines aktiven, wenn auch nicht unbedingt bewußt gestalteten, Prozesses der Zerstörung. Dies beginnt bei dem, was man „Individualisierung“ und „Pluralisierung“ nennt und was im Kern ja auch ein Prozeß der Ökonomisierung der Gesellschaft und der Atomisierung der Gesellschaftsmitglieder ist. Dies wurde fortgeführt und ergänzt durch das, was man Reformpolitik nannte und was in seinem Kern eben auch ein Vormarsch der Experten, der Bürokratie, der reformpolitischen Vereinnahmung von sozialen Bewegungen war. Das Projekt wurde abgerundet durch eine aktive Verdrängungspolitik gegenüber freiwillig Engagierten, durch ihre Diffamierung als hinter dem gesellschaftlichen Fortschritt zurückbleibende Naive ohne Kompetenz zur Lösung von irgendetwas.
4. Die neuere Debatte zum Ehrenamt und zu Bürgergesellschaftlichem Engagement unterbricht diesen Trend nicht, sondern setzt ihn fort durch Instrumentalisierung und Vereinnahmung für verbandspolitische sowie wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke.

Meine These hierzu ist: Es geht in den Debatten gar nicht um die realen Ehrenamtlichen und die realen bürgerschaftlich Engagierten, sondern es geht um die Wirkungen, die von einem Diskurs um sie ausgehen sollen:

- Die Verbände propagieren Ehrenamtlichkeit, um ihre „Bürgernähe“ zu demonstrieren und also ihre strukturelle Überlegenheit gegenüber den neuen Marktalternativen zu demonstrieren. Sie wollen mehr Förderung, also mehr Geld, aber nicht, um freiwilliges Engagement zu fördern, sondern um Marktanteile zu sichern und zu vermehren.
- Die Politik propagiert „Bürgerschaftliches Engagement“ als Begleitmusik zu ihrer Privatisierungs- und Deregulierungspolitik. Nicht die paar Tausend Menschen, die durch Modellprogramme, politische Reden und öffentliche Ehrungen womöglich zusätzlich geworben werden können, sind Adressaten des politischen Interesses, sondern die Millionen, die davon überzeugt werden müssen, daß „private Vorsorge“ gerecht, daß Sozialabbau notwendig, daß „Anspruchsdenken“ schädlich und Lohnabbau Arbeitsplätze sichert. Nur deshalb macht sich der Staat gegenwärtig zum „Spitzenverband“ des Bürgerschaftlichen Engagements.

In den Worten Dr. Wolfgang Schäubles MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, klingt das so:

„Ich fürchte, wir haben durch ein Zuviel an staatlicher Entlastung und Fürsorge das Potential an solidarischen Kräften in unserer Gesellschaft fast zugeschüttet“. Und „was besonders die Politik ernst zu nehmen hat“, ist „der Eindruck, daß unser perfektionistischer Sozialstaat mit seinen lückenlosen Sozialversicherungssystemen, mit Kinder- und Altenbetreuung, Pflegeheimen, Beratungseinrichtungen alle Bedürfnisse, einschließlich Notlagen und Lebensrisiken, so weit abdeckt, daß es persönlicher solidarischer Hilfe und Zuwendung nicht mehr bedarf.“²

Anmerkungen

¹ Blandow, Jürgen, Ehrenamtliche und Freiwilligenarbeit im Wohlfahrtswesen der Stadt Bremen“. Diskussionsfassung, vervielf. Manuskript, Bremen 1996.

² Schäuble, Wolfgang, Ehrenamtliche Tätigkeit wieder stärker ins Bewußtsein rufen, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Mehr Ehre für das Ehrenamt. Ein Leitfadens mit aktuellen Beiträgen zum Thema Ehrenamt, Bonn (o.J.; 1995), S. 15-16, Zit. S. 15.

Jürgen Blandow
 Quelkhorner Landstr. 28
 28870 Ottersberg

Bedrohen Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Selbsthilfe die professionelle Arbeit?

Antworten aus der Sicht eines „Netzwerk“-Ehrenamtlichen

In der öffentlichen Debatte um Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Selbsthilfe kommt vieles zur Sprache, aber nur selten das, worum es vor allem geht: Arbeit und Konkurrenz. Innerhalb des „Netzwerks“ ist es umgekehrt: Professionelle in den Projekten und Initiativen sehen in „neuen Freiwilligen“ und reaktivierten Ehrenamtlichen zuallererst Konkurrenten. Angesichts Überschuldung und wachsender Sparzwänge der öffentlichen Haushalte fürchten sie, von ihnen eh schon immer gefährdeten öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen verdrängt zu werden. Sind solche Befürchtungen begründet und berechtigt? Wie sollen „Netzwerk“ und die Projekte mit Ehrenamt und Freiwilligenarbeit umgehen? Welche Position sollten sie in der aktuellen Debatte dazu vertreten?

Zur Begriffsklärung: Wer konkurriert mit wem?

Bei Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe handelt es sich generell um unentgeltlich geleistete Arbeit. Die häufig dafür verwendeten Nicht-Arbeits-Begriffe freiwilliges oder „bürgerschaftliches“ Engagement sind nicht falsch, aber unzureichend. In der aktuellen Debatte erfüllen sie eine ideologische Funktion, weil sie den Bezug zu Erwerbsarbeit und Entlohnung (Unentgeltlichkeit) unterschlagen und damit alle Arbeitsmarkt- und Konkurrenzprobleme ausblenden. „Netzwerk“-Projekte sind heute überwiegend in den noch relativ jungen Arbeitsfeldern der personenorientierten Dienstleistungen tätig, deren Verberuflichung institutionell noch nicht abgeschlossen ist. In diesen Feldern lassen sich verschiedene Kategorien von Arbeit unterscheiden; Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe gehören dazu. Inhaltlich sind viele dieser Arbeiten sogenannten Jedermannstätigkeiten, vor allem der alltäglichen Arbeit von Frauen in Familien und privaten Haushalten, sehr nahe. Ebendarum, und solange der Grad der Verberuflichung noch geringer ist als in anderen Arbeits- und Berufsfeldern, spielen Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe hier eine größere Rolle. Aber auch sie sind arbeitsmarktrelevant. Sie können professionelle Arbeit nicht nur ergänzen, sondern auch zu ihr in Konkurrenz treten.

Ehrenamt ist der traditionellste unter den aktuell bevorzugten Begriffen. Man sollte ihn entsprechend seiner Herkunft aus der „Honoratiorenpolitik“ in der kommunalen Selbstverwaltung auf *unentgeltliche Arbeit in politischen, administrativen*

und Managementfunktionen innerhalb von Organisationen begrenzen. Anwendbar ist der Begriff auf Vorstands- und Beiratsstätigkeiten in Vereinen und Verbänden, aber auch in Unternehmen (z.B. Aufsichtsräte). Ehrenamtliche können direkt in Konkurrenz zu professionellen Inhabern von Leitungspositionen und den ihnen zugeordneten Stabsstellen treten. Sie konkurrieren miteinander vornehmlich um innerorganisatorische Macht und Einfluß sowie um öffentliche Anerkennung. Im Bereich der personenorientierten Dienstleistungen sind davon gegenwärtig zuallererst Sozialunternehmer(innen) oder Sozialmanager(innen) wie z.B. die Geschäftsführer(innen) von Vereinen und Verbänden oder von gemeinnützigen bzw. „intermediären“ Einrichtungen und Betrieben betroffen.

Der Begriff *Freiwilligenarbeit* ist jünger und gilt als „moderner“ als der des Ehrenamts. Aber das ist nicht der entscheidende Unterschied. Im Bereich der personenorientierten Dienstleistungen bezieht sich diese Kategorie von Arbeit direkt auf die Inhalte und Adressaten der Arbeitsaufgaben. Freiwilligenarbeit tritt nicht in Konkurrenz zu Leitungs-, Manager- und Unternehmertätigkeiten, sondern sie konkurriert mit der hauptberuflich ausgeübten inhaltlichen und direkt personenbezogenen Arbeit von Sozial- und Kulturarbeiter(inne)n, Jugendhelfern und Erwachsenenbildnern, Therapeuten, Pflegekräften usw. Der Begriff sollte deshalb deutlich vom organisationsorientierten Begriff Ehrenamt abgegrenzt und als *unentgeltliche Arbeit für und mit anderen Personen* definiert werden.

Auch *Selbsthilfe* ist Arbeit. Sie ist zu definieren als *unentgeltliche Arbeit für sich selbst oder für nahestehende Personen*, beispielsweise für kranke Angehörige. Motivation und Adressatenkreis sind im Falle von Selbsthilfe-Arbeit erheblich enger, aber auch stabiler als im Falle von Freiwilligenarbeit. Auslöser und Grundlage der Arbeit sind in der Regel Selbstbetroffenheit oder enge persönliche Nähe zu direkt betroffenen Personen. Selbsthilfe bezieht sich deshalb vom Arbeits- und Zeitaufwand her überwiegend auf direkte personenbezogene Dienstleistungsaufgaben, nur selten auf politische, administrative und Managementfunktionen in Selbsthilfe-Organisationen. Theoretisch kann auch Selbsthilfe in Konkurrenz treten zu hauptberuflicher personenorientierter Dienstleistungsarbeit. Empirisch beschränken sich die Beziehungen zu Professionellen, einschließlich Dienstleistungsmanagern, zumeist auf punktuelle Kooperationen bei Bedarf und Gelegenheit, z.B. bei Fortbildungen, Beratungen und Supervision, bei Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Wie sind die aufgezeigten Konkurrenzverhältnisse aktuell einzuschätzen? Empirisch betrachtet, gibt es zwar eine Reihe von Konkurrenz- und Konfliktfällen zwischen Freiwilligen bzw. Ehrenamtlichen und Professionellen, aber auch viele Beispiele für positive Kooperationsbeziehungen. Nach neuesten Untersuchungen

in Bremen zeichnet sich aktuell kein großer Zuwachs bei der ‚Reserve-Armee‘ der Freiwilligen und Ehrenamtlichen ab. Es sieht eher so aus, als könnten die vielbeschworenen „neuen Freiwilligen“ nicht einmal den schon jahrelang laufenden Rückgang an traditionell motivierten und orientierten Ehrenamtlichen und Freiwilligen ausgleichen. Unübersehbar sind stattdessen qualitative Veränderungen. Verändert haben sich die Motivationen der Ehrenamtlichen und Freiwilligen: gestiegen sind ihre Ansprüche gegenüber den Aufgaben, gesunken ist ihre Bereitschaft, alle angebotenen Arbeitsformen und Zeitstrukturen zu akzeptieren. Was gegenwärtig ansteht, sind also keine Ausweitungen, sondern vielmehr ein Strukturwandel und interne Verschiebungen innerhalb des Sektors freiwilliger und ehrenamtlicher Arbeit. Von daher erscheint die Furcht vor einem verstärkten Konkurrenzdruck von seiten Freiwilliger und Ehrenamtlicher gegenwärtig kaum berechtigt.

Begründungen für die Befürchtungen der Professionellen vor einem Verdrängungswettbewerb lassen sich eher auf einer ganz anderen Ebene ausmachen. Freiwilligenarbeit wird in der laufenden Debatte auch als ordnungspolitisches Konkurrenzmodell gegen die (normal)arbeitsvertragliche Regelung sowie gegen die tarifliche Entlohnung und Sozialversicherungspflichtigkeit von personenorientierter Dienstleistungsarbeit ins Feld geführt. Eine solche Regulierung der Arbeitsverhältnisse ist in diesem Berufsfeld während der letzten Jahre überhaupt erst in Gang gekommen; sie ist noch keineswegs hinreichend abgesichert. Manche sehen die Gefahr, daß Freiwilligenarbeit genutzt wird, um nicht zu sagen: mißbraucht wird, als Einfallstor und Hebel, um die Beschäftigungsverhältnisse in den neuen Dienstleistungsbereichen, schließlich auch in anderen Bereichen, (wieder) zu deregulieren. Derartige Befürchtungen halte ich für berechtigt.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich bin grundsätzlich *für* Freiwilligenarbeit; deshalb habe ich nicht die Absicht, den Begriff zu diskriminieren. Im Gegenteil: Ich will, daß er positiv besetzt bleibt; die aktuell angestrebte gesellschaftliche Aufwertung von Freiwilligenarbeit halte ich für sinnvoll. Allerdings müssen gerade darum die Bedeutungen, Bedingungen und Regeln für diese Kategorie von Arbeit sauberer definiert werden. Die ständige Vermischung der Begriffe und Verwirrung des öffentlichen Bewußtseins in der laufenden Debatte muß ein Ende haben! Die genannten Befürchtungen sind nicht völlig abwegig. Das zeigt schon der rasche Blick auf entsprechende Entwicklungen in den USA und in Großbritannien während der letzten beiden Jahrzehnte. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wächst die Zahl der arbeits- und sozialrechtlich deregulierten Beschäftigungsverhältnisse, z.B. in Form von 610,-DM-Jobs, die in einer neuen Grauzone von Scheinselbstständigkeit und Halbberuflichkeit angesiedelt sind, ständig. Nach jüngsten Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit gehö-

ren zu den „Scheinselbständigen“ gegenwärtig schon fast 1 Million Haupt- und 1,5 Millionen Nebenerwerbstätige in der Bundesrepublik. Für Bremen liegen mir entsprechende Zahlen leider nicht vor. Ich halte dies, nicht die Freiwilligenarbeit, in Zukunft für die *bedrohlichere* Konkurrenz für hauptberufliche professionelle Arbeit.

Zur bisherigen Erfolgsgeschichte von „Netzwerk Selbsthilfe“: Kollektive Hilfe zur Selbsthilfe und „Staatsknete auf Zeit“

„Netzwerk Selbsthilfe e.V.“ ist Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre aus den neuen sozialen Bewegungen hervorgegangen (Gründung in Berlin 1978, in Bremen 1981). Freiwilliges Engagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Selbsthilfe – oder wie es damals häufiger hieß: Eigenarbeit – standen am Anfang seiner Geschichte. Von daher erklärt sich auch der Name „Netzwerk *Selbsthilfe*“. Die Gründungsidee war, sieht man einmal von allen zeitgeistigen politischen Motiven und ideologischen Überbauten ab, im Kern durchaus pragmatisch ausgerichtet: Solche, die Arbeitsplätze und relativ sichere Einkommen haben, sollten Ressourcen für solche, die das alles nicht haben, zur Verfügung stellen (Prinzip „linker Ablaß“). Und die Idee war erfolgreich. Tatsächlich wurden zur Verfügung gestellt: Gelder = Förderbeiträge und Spenden; Arbeit und Zeit = unentgeltliche freiwillige Arbeit in Projekten; Beziehungen und Kompetenzen = politisch-administrative ehrenamtliche Tätigkeit in Trägervereinen der Projekte bzw. im „Netzwerk Selbsthilfe e.V.“. Damit wurden vor allem solche gefördert und unterstützt, die Kompetenzen und Qualifikationen und obendrein Mut und Risikobereitschaft genug hatten, um neue Projekte und neue Arbeitsplätze für sich und andere *selbst* zu schaffen. Voraussetzung auf Seiten der Geförderten war, daß sie neue Ideen hatten, besondere, bisher nicht befriedigte, Bedarfe und Bedürfnisse aufspürten und dafür geeignete Angebote sowie kooperative und partizipative Arbeitsformen erfanden.

Hinter dem Namen „Netzwerk Selbsthilfe“ stand also ursprünglich ein alternatives Verständnis des Begriffs „Selbsthilfe“. Gründungsidee und Gründungspraxis verweisen auf *kollektive Hilfe zur Selbsthilfe* innerhalb bestimmter Milieus und Sympathisantenszenen. Selbsthilfe heißt hier nicht „Hilfe für mich selbst“ auf der Grundlage von akuter Selbstbetreffenheit, sondern „Hilfe für andere“ auf der Basis von politischer sowie professioneller Solidarität. Die Förderbeiträge und Spendengelder, die unentgeltliche Arbeit sowie die Kompetenzen und Beziehungen beispielsweise von Hochschullehrern und anderen Akademikern, die besser weggekommen sind, sollten denjenigen Studien- und Berufskolleg(inn)en zugute kommen, denen der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt, insbesondere in den öffentlichen Dienst, verbaut oder verweigert worden war. Voraussetzung war eine gewisse Übereinstimmung zwischen Förderern und zu fördernden Projekten hinsichtlich der

Ziele, Arbeitsweisen und Organisationsstrukturen, vor allem unter dem Stichwort „Selbstverwaltung“, bzw. hinsichtlich der Angebote und ‚Produkte‘, vor allem unter politisch-moralischen oder ökologischen Gesichtspunkten. Förderer und Unterstützer waren bereit, materielles, soziales und kulturelles Kapital in diese Projekte zu investieren, weil sie deren alternativen, experimentellen oder innovatorischen Charakter unterstützen wollten. Solche Ideen und Motive haben der Gründung von „Netzwerk Selbsthilfe e.V.“ in Bremen und anderswo zum Erfolg verholfen. Mit ihrer Hilfe ist es seinerzeit gelungen, eine beträchtliche Zahl von Unterstützer(inne)n und Sympathisanten zu mobilisieren – bis hin zum damaligen Bremischen Sozialsenator Henning Scherf, der auch Miterfinder kommunaler „Fördertöpfe“ gewesen ist.

Diese Gründungsideen und -praxen sind inzwischen in Vergessenheit geraten. In Selbstverständnis und Handeln der Projektler(innen) wie in der Außenwahrnehmung des „Netzwerks“ spielen sie heute kaum noch eine Rolle. Selbstdarstellung, Beratungs- und Förderpraxis sind bereits ab Mitte der 80er Jahre umgestellt worden auf „öffentliche Töpfe“ und auf die gesetzlichen Regeln und Verfahren der kommunalen / staatlichen Verwaltung. Damals fand im „Netzwerk“ wie in der alternativen Betriebs- und Projekteszene eine Schwerpunktverlagerung und zugleich ein Orientierungswechsel statt: weg von „selbstverwalteten Betrieben“ – hin zu „selbstorganisierten Projekten“ in den personenorientierten Arbeitsfeldern Bildung und Kultur, Gesundheits- und Ökologieberatung, Arbeitslosen-, Frauen-, Jugend- und Ausländerarbeit. Die ersten orientierten sich, obwohl sie von ihrer Binnenstruktur her als „Alternativbetriebe“ organisiert waren, dennoch frühzeitig mit Unterstützung durch „Netzwerk“ am Markt; die letzteren orientierten sich sehr bald vorrangig, viele sogar ausschließlich, an gesetzlichen Fördermöglichkeiten und öffentlichen Finanzierungsprogrammen. Auch das hatte zeitweilig durchaus Erfolg. Es ist gelungen, auf diese Weise weitere neue Existenzen und Projekte zu gründen; vor allem aber gelang es so, einmal geschaffene *Arbeitsplätze über längere Zeit zu erhalten*.

Etlche aus der ersten Gründer- und Unterstützergeneration haben diesen Orientierungswechsel allerdings nicht mitvollzogen. Sie haben nie ein Interesse an den selbstorganisierten Projekten und Initiativen im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen entwickelt. Ihr Interesse galt vielmehr stets alternativen Arbeits- und Betriebsformen in eher traditionellen unternehmensgesellschaftlichen Wirtschaftsbereichen wie Industrie, Handwerk und kommerziellen Dienstleistungen (z.B. Versicherungen). Von ihnen kam Widerstand gegen die Umorientierung. Es gab eine längere heftige „Staatsknete“-Debatte; es kam zu Abspaltungen vom „Netzwerk“. Am Ende haben sich leider auch Förderer und Unterstützer aus den Anfangszeiten

enttäuscht vom „Netzwerk“ abgewandt. Damit sind materielle Ressourcen sowie politischer *good will* für die Projekte in der kommunalen Öffentlichkeit verloren gegangen. Die durch „Netzwerk Selbsthilfe e.V.“ repräsentierte alternative Selbsthilfe-Idee erlitt Schaden. Viele Projektler(innen) von heute kennen sie schon gar nicht mehr und fragen sich erstaunt, „warum der Laden eigentlich so heißt“. Das ist eine der seinerzeit sicherlich unbeabsichtigten Folgen des Orientierungswechsels.

Auf der anderen Seite drängte ab Mitte der 80er eine neue Generation von Hochschulabsolventen in die „Netzwerk“-Projekteszene. Die meisten dieser Jüngeren hatten in den kurz zuvor ausgebauten sozial- und erziehungswissenschaftlichen Studiengängen der reformierten Hochschulen studiert; nun standen sie vor den Türen eines verschlossenen Arbeitsmarkts. Bildungsreform und Ausbau des Sozialstaats waren gestoppt. Der öffentliche Dienst und die quasi-staatlichen Großorganisationen des Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Bildungswesens, in denen derart Ausgebildete bis dahin Beschäftigung gefunden hatten, nahmen kaum noch jemanden neu auf. Die professionellen Orientierungen, die die Jüngeren aus dem Studium mitbrachten, waren jedoch traditionell auf den öffentlichen Dienst und die damit verknüpften quasi-staatlichen Arbeitsmarktsegmente ausgerichtet, und sie waren von vornherein konzentriert auf personenorientierte Dienstleistungen. Es lag für sie also nahe, im Umkreis des öffentlichen Dienstes nach Arbeitsplatzalternativen und Ersatzfinanzierungen zu suchen. Damit waren sie schließlich erfolgreich. Sie haben die unterschiedlichsten staatlichen Finanzierungen für ihre selbstgeschaffenen Arbeitsplätze und Projekte ge- und erfunden. Freilich sind diese Finanzierungen immer unsicher, weil stets widerrufflich, geblieben.

Eine andere Folge jenes Orientierungswechsels ist, daß seitdem zahlreiche Projekte gänzlich von „*Staatsknete auf Widerruf*“ abhängig geworden sind. Andere Finanzen und Unterstützungsstrukturen spielen für sie keine Rolle mehr. Das mag seinerzeit so ebenfalls nicht beabsichtigt gewesen sein; es entwickelte sich aus der ständigen Finanznot der Projekte. Der jahrelange Existenzkampf um die Sicherung der immer wieder bedrohten staatlichen Finanzierungen hat freilich inzwischen bei manchen zu Routine, Erschöpfung und Blickverengungen geführt, so daß sie Förderer und Unterstützer, Ehrenamtliche und Freiwillige sowie alternative Finanzierungs- und Supportstrukturen völlig aus den Augen verloren haben. Aktuell erneut mit den Problemen von Ehrenamt und Freiwilligenarbeit konfrontiert, reagieren sie irritiert und abwehrend, teilweise sogar verängstigt, obwohl in der Geschichte des „Netzwerks“ wie in der der Projekte dazu durchaus positive Erfahrungen gesammelt worden sind.

Zum Modellcharakter von „Netzwerk“-Projekten: „Intermediarität“ gegen neue Freiwilligenideologie

Das Zukunftsweisende an der „Netzwerk“-Idee und den „Netzwerk“-Projekten steckte nicht in den frühen kollektiven Selbstversuchen mit basisdemokratischer Selbstverwaltung nach dem anti-professionellen Motto „Alle können alles, alle machen alles“ im Rahmen einer antikapitalistischen „Alternativökonomie“. Die romantischen Utopien und ideologisch überfrachteten Ansätze aus der allerersten Gründungsphase in den 70er bis Anfang der 80er Jahre hatten auf längere Dauer nirgendwo Erfolg. Das Zukunftsweisende steckt meiner Meinung nach vielmehr gerade im nicht-ideologischen Basteln und ganz pragmatischen Ausprobieren von neuartigen gemischtwirtschaftlichen = „intermediären“ Arbeitsorganisations-, Finanzierungs- und Managementmodellen. Trotz anfänglicher Widerständen selbst in den eigenen Reihen haben Netzwerker(innen) und Projektler(innen) es schließlich geschafft, Ehrenamtlichkeit und freiwillige Arbeit mit neugeschaffener Haupt- und Freiberuflichkeit zu kombinieren. Sie haben die Finanzierung aus privaten Spenden und Beiträgen der Förderer und Unterstützer, die immer schon unzureichend und zu unsicher war für eine kontinuierliche Arbeit der Projekte, ergänzt durch öffentliche Finanzmittel sowie, wenn auch nicht gleichermaßen für alle Arbeitsbereiche, durch Mittel, die sie über den Markt erwirtschaftet haben. Und es ist vielen mit Unterstützung von „Netzwerk“ gelungen, im Rahmen ihrer Arbeit sowohl gesetzliche Auflagen und staatlich-administrative Verfahrensweisen als auch markt- und betriebswirtschaftliche Regeln zu berücksichtigen und gleichzeitig noch den völlig andersartigen Ansprüchen von personen- und gemeinschaftsorientierten moralischen Normen gerecht zu werden. Obendrein werden durch „Netzwerk“ und die Projekte wichtige soziale und politische Vermittlungs- und Integrationsfunktionen erfüllt, indem Personen, Szenen und Milieus sowie Problem- und Tätigkeitsfelder miteinander vernetzt werden, die anders kaum zusammenkämen. Das alles hat sich im Verlauf der 80er und 90er Jahre erst nach und nach entwickelt. Oft genug geschah vieles zunächst der Finanz- und Arbeitsplatznot gehorchend. Das spricht jedoch keineswegs gegen die Annahme, daß es zukunftsweisend sei.

Ich wiederhole es noch einmal: In „Netzwerk“-Projekten sind meines Erachtens während der vergangenen anderthalb Jahrzehnte wichtige soziale Experimente durchgeführt und *sozioökonomische Erfindungen mit Modellcharakter* gemacht worden. Durch „Netzwerk“-Projekte sind neue niedrigschwellige Angebote sowie moderne hierarchie-arme Arbeits- und Betriebsformen im „intermediären“ Bereich geschaffen worden. Dagegen wird eingewandt: Die Entwicklung zu mehr „Intermediarität“ sei, genau wie die Erfolgsgeschichte von „Netzwerk“, inzwischen zu Ende! Ich halte diesen Einwand für falsch. Im Gegenteil: Die Entwicklung zu mehr

Intermediarität kommt mit der Krise des bundesdeutschen Sozialstaatsmodells jetzt erst richtig auf uns zu. Gerade im Bereich der personenbezogenen sozialen, kulturellen, Bildungs- und Gesundheits-Dienstleistungen wird sich noch mehr Intermediarität entwickeln. Das heißt: Es entsteht ein Mischsystem, das teils marktwirtschaftlich, teils kultur-, sozial- und gesundheitspolitisch organisiert und finanziert wird, teils privat gesponsort und unterstützt werden muß. Zukünftig werden zwar noch bestimmte Kernbereiche dieses Systems, aber niemals mehr das Ganze staatlich finanziert bzw. subventioniert werden; der Umfang der Markt- und der Non-Profit-Anteile wird während der nächsten Jahre einfach wachsen müssen. In vergleichbaren westlichen Ländern ist diese Entwicklung heute schon erheblich weiter fortgeschritten.

„Netzwerk Selbsthilfe“ und diejenigen, die daranhängen, haben einmal eine historische Vorreiterfunktion bei der Weiterentwicklung und Modernisierung intermediärer Dienstleistungen erfüllt. Nicht zuletzt darauf gründet sich die gesellschaftliche und politische Anerkennung, die sie bis heute erfahren. Wenn sie von dieser Entwicklung nicht wieder abgekoppelt werden wollen und sie diese Anerkennung nicht einbüßen wollen, dann sollten sie sich in *die aktuelle Debatte über Ehrenamt und Freiwilligenarbeit offensiv einmischen*. Denn mit dieser Debatte wird eine neue Runde eingeläutet in den Auseinandersetzungen um die Neuordnung der Beziehungen zwischen Sozialstaat, Marktwirtschaft, Non-Profit-Sektor und privaten Haushalten sowie intermediärem Bereich.

„Netzwerk Selbsthilfe“ kann auf eigene positive Erfahrungen bei der Integration von Ehrenamtlichkeit, Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe in professionelle Arbeitszusammenhänge verweisen. Von daher sind die Netzwerker(innen) und Projektler(innen) meines Erachtens eher als andere in der Lage, sehr genau und differenziert an konkreten Einzelfällen zu überprüfen, was für Chancen und was für Konsequenzen Kooperationen zwischen Freiwilligen und Professionellen in der Praxis haben und wo ihnen Grenzen zu ziehen sind. Ich plädiere darum für eine *Doppelstrategie*: „Netzwerk Selbsthilfe“ sollte einerseits konkrete Vorschläge für solche Kooperationen entwickeln und dafür Arbeitsfelder anbieten. Dabei kann es auf vielfältige, z.T. langjährige Kooperationserfahrungen der Projekte zurückgreifen. Andererseits bleibt es seine Aufgabe, gegen eine neue Freiwilligenideologie Front zu machen: Mit schönen Reden von „Bürgerschaftlichem Engagement“ wird verschleiert, daß im verstärkten Einsatz von „Freiwilligen“ und Ehrenamtlichen auch Substitutionskonkurrenz gegenüber Professionellen angelegt ist. Einen unkontrollierten schleichenden Verdrängungswettbewerb zwischen bezahlter professioneller Arbeit und unbezahlter Freiwilligenarbeit oder miserabel bezahlter Scheinselbständigen-

arbeit im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen darf es nicht geben! Darüber muß öffentlich gestritten werden. Auch förmliche Vereinbarungen z.B. mit den neuen Freiwilligenagenturen sind nötig.

Die neue Motivation für unentgeltliche Freiwilligenarbeit setzt Hauptberuflichkeit voraus

Die traditionelle Motivation für Ehrenamt und Freiwilligenarbeit gründet sich auf Altruismus bzw. Solidarität als Pflichtbewußtsein. Den Motivkern bilden moralische Orientierungen und Handlungsmuster, die seit Generationen innerhalb bestimmter Milieus weitergegeben und einsozialisiert werden. Kennzeichen eines so begründeten sozialen Engagements ist seine begrenzte Reichweite: In der Regel stützt es sich auf stabile interpersonale Netzwerke (vor allem Familien und Verwandtschaftsverbände) innerhalb ebenjener Milieus, denen man selbst angehört und in denen man lebenslang soziale Anerkennung und persönliche Zuwendung erfährt. Diese traditionelle Variante sozialmoralischer Motivation hat in der Bundesrepublik während der letzten Jahrzehnte an Bedeutung verloren; im Zuge der fortschreitenden Individualisierungs- und Enttraditionalisierungsprozesse wird sie noch weiter zurückgehen.

Die neuen Motive und Ansprüche gegenüber Ehrenamt und Freiwilligenarbeit unterscheiden sich davon wesentlich. Das Kernmotiv ist: Selbstverwirklichung im sozialen Handeln – oder paradoxer formuliert: „sozialer Egoismus“ = Ich tue etwas für mich, indem ich etwas für andere tue. Im Zentrum steht die Suche nach subjektiv sinnvollen Tätigkeiten, die zugleich das Bedürfnis nach sozialen Kontakten und sozialer Anerkennung befriedigen. Ein besonders auffälliger Unterschied gegenüber der traditionellen Variante ist die ausgeprägte „Lust auf Neues“, der Wunsch, den eigenen Horizont zu erweitern und sich selbst zu erproben, indem brachliegende Neigungen und Fähigkeiten aktiviert werden. Die modernen Ehrenamtlichen und Freiwilligen bevorzugen deshalb qualitativ gute Arbeitsangebote in interessanten Tätigkeitsfeldern; sie sind durchaus erfolgsorientiert und – sie wünschen sich „Zeit-Souveränität“. Das heißt, sie erwarten sachlich und zeitlich begrenzte, überschaubare Aufgaben oder Projekte und die Handlungsfreiheit, individuell-flexibel damit umzugehen. Deutlicher: Sie möchten die Möglichkeit haben, prinzipiell *jederzeit ein- und wieder aussteigen* zu können. Wenn an der vielbeschworbenen Freiwilligkeit der „Freiwilligenarbeit“ irgendetwas dran ist, dann zeigt es sich hier.

Gerade das freilich setzt auf der anderen Seite voraus, daß Institutionen mit stabiler Organisationsstruktur und ständigem Personal vorhanden sind. Nur diese vermögen auf *Dauer zuverlässig* die erforderlichen Infrastrukturen und funktionierende organisatorische Zusammenhänge bereitzustellen sowie transparente Arbeits-

programme anzubieten, aus denen die modernen Freiwilligen und Ehrenamtlichen sich dann solche Aufgaben und Tätigkeitsfelder auswählen können, die ihnen einen solchen selbstbestimmt-flexiblen Arbeitseinsatz erlauben. In der aktuellen Debatte herrschen einerseits Wunschenken, andererseits ideologische Ängste vor: Moderne Ehrenamtliche und Freiwillige sind nicht in der Lage und in der Regel auch gar nicht bereit, professionelle personenbezogene Dienstleistungsarbeit auf Dauer vollständig zu ersetzen. Sie erwarten vielmehr selbst kompetente Organisationsarbeit, Programmplanung und konkrete Arbeitsvorbereitung durch hauptberuflich tätige und jederzeit ansprechbare Professionelle. Sie sind auf zuverlässige und transparente Kooperationsverhältnisse, vor allem auf fachliche Unterstützung und persönliche Begleitung insbesondere in kritischen Situationen geradezu angewiesen. Werden diese institutionellen Komplementär- und professionellen Kooperationsbedingungen nicht für sie zufriedenstellend erfüllt, dann läßt ihr Engagement rasch nach.

Die neue Freiwilligenarbeit wird die Professionalisierung nicht rückgängig machen!

Es gibt noch andere Gründe, die es höchst unwahrscheinlich machen, daß der bereits erreichte Entwicklungsstand der Professionalisierung (Verberuflichung) in den verschiedenen Bereichen der personenorientierten Dienstleistungen, in denen „Netzwerk Selbsthilfe“ und die Projekte tätig sind, wieder vollständig rückgängig gemacht wird.

1. Hauptberuflichkeit und Professionalität werden durch die institutionellen und ökonomischen Rahmenbedingungen *erzwingen*. Je mehr komplizierte rechtliche, administrative und betriebswirtschaftliche Regeln und Verfahren bei der Mittelbeschaffung und -bewirtschaftung sowie bei Planung und Durchführung der inhaltlichen Arbeiten zu beachten sind, desto mehr brauchen die Projekte kompetente, selbstverantwortliche Mitarbeiter(innen), die zuverlässig arbeiten und für Kunden jederzeit erreichbar sind. Durch die neuen Anforderungen an Qualitätsmanagement und Verbraucherschutz wird dieser Zwang sich noch verstärken. Von daher sind ständige professionelle Mitarbeiter(innen) unbedingt erforderlich.
2. Fortschreitende Verberuflichung und Professionalisierung sind auch Ausdruck des *Erfolgs*. Die Arbeit der kleinen Projekte zeichnet eine „Kundenorientierung“ aus, die gegenwärtig für vergleichbare Leistungen des öffentlichen Dienstes und der großen Wohlfahrtsverbände, Sozial- und Gesundheitsorganisationen immer wieder gefordert wird. Die Mitarbeiter(innen) in den Projekten haben ihre Leistungen und Angebote in enger Kooperation mit ihren Klient(innen), Teilnehmer(inne)n und Kund(inn)en als „Ko-Produzenten“ entwickelt. Auf diesem Wege haben sie dazu beigetragen, Versorgungsstandards sowie Erwartungshaltungen in bezug auf Qualität und Zuverlässigkeit im Angebot von personenbezo-

genen Dienstleistungen aufzubauen, die nicht ohne weiteres wieder unterschritten werden können. Darüber hinaus sind Dienstleistungen, die bis dahin nur einer ganz kleinen privilegierten Minderheit zur Verfügung standen, erstmals breiten Bevölkerungskreisen zugänglich geworden. Es wird nicht mehr gelingen, solche Leistungen und Tätigkeiten wieder gänzlich zu entberuflichen und sie vollständig in Hausarbeit, Selbst- und Nachbarschaftshilfe oder unentgeltlich geleistete karitative Dienste zurückzuverwandeln. Denn nunmehr gibt es Kund(inn)en, die danach fragen und entsprechende professionelle Spezialangebote sowie „zuverlässige Qualität“ einfordern werden.

Schlußfolgerung

Es gibt keinen Grund zur Panik oder für blinde Abwehrreaktionen. „Netzwerk“ sollte die aktuelle Debatte über Freiwilligenarbeit vielmehr zum Anlaß nehmen für eine neue Selbstverständnis- und Strategiedebatte nach innen sowie für eine Neuprofilierung und ein offensives Auftreten gegenüber außen. Es liegt im wohlverstandenen Eigeninteresse der Projekte, Freiwillige und Ehrenamtliche, Unterstützer und Förderer zu reaktivieren! Die einseitige Abhängigkeit der Projekte von „Staatsknete auf Widerruf“ macht sie allzu haushalts- und konjunkturanfällig. Solange die Finanzen vieler „Netzwerk“-Projekte nahezu ausschließlich aus dem Haushalt des Sozial-, Kultur- oder Gesundheitsressorts stammen, bleibt ihre Existenz ständig hochgefährdet. Denn solange wird der Vorwurf nicht mehr vom Tisch kommen, bei diesen Finanzierungen handle es sich um „rein konsumtive Ausgaben“, welche die Steuerkraft nicht stärken, sondern lediglich allzu knappe Steuereinnahmen aufzehren, die künftig anderswo dringender gebraucht würden. Solche Vorwürfe sind mit dem Nachweis von professioneller Arbeit und „kundenfreundlichen“ Dienstleistungen allein nicht mehr zu entkräften. Öffentlichkeit und Politik wollen darüber hinaus wenigstens Beiträge zu einer *teilweisen Eigenfinanzierung* gerade von denen sehen, die bisher überwiegend aus Steuermitteln finanziert worden sind, ohne daß sie als besonders benachteiligt oder bedürftig gelten.

Die absehbare Situation der öffentlichen Haushalte in den bevorstehenden mageren Jahren macht es dringend erforderlich, an bestimmte Gründungsideen von „Netzwerk Selbsthilfe e.V.“ wieder anzuknüpfen. Es sollte versucht werden, zumindest Teile der ehemaligen Unterstützerszene und ihrer Ressourcen zu remobilisieren sowie neue hinzuzugewinnen. Sicherlich finden wir heute nicht dieselben Solidaritätspotentiale, Unterstützerstrukturen und Sympathisantenszenen vor wie zur Zeit der neuen sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren. Daß solche Szenen und Strukturen sich in gewissem Umfang gleichwohl stabilisieren und sogar erneuern lassen, wenn man sie entsprechend ‚pflegt‘, führen beispielhaft Um-

weltverbände vor, Greenpeace vorneweg. Daß öffentliche Anerkennung und öffentliche Förderung bis zu einem bestimmten Grad von der Zahl der Mitglieder und der unentgeltlich Aktiven abhängen, zeigt sich an den Sportvereinen. Zu den Ressourcen, die von den Projekten mobilisiert und die strategischer als bisher genutzt werden müssen, gehört auch die unentgeltliche ehrenamtliche und freiwillige Arbeit. Sicherlich wird das Potential dafür in einer Zukunft mit verkürzten Arbeitszeiten bei verlängerter Lebenszeit noch wachsen.

Das strategische Ziel von „Netzwerk“ müßte es daher sein, auf die konkreten Einsatzbedingungen von „Freiwilligen“ und Ehrenamtlichen Einfluß zu nehmen, um zu einer *geregelten Kooperation* zwischen ihnen und den Haupt-, Frei- oder Nebenberuflichen zu kommen. Nicht zuletzt die gegenwärtig in der Öffentlichkeit immer wieder erhobenen Forderungen nach mehr Qualitäts- und Kundenorientierung machen solche geregelten Kooperationsverhältnisse erforderlich. Als allererste Schritte schlage ich vor, konkrete Kooperationserfahrungen und -erfolge, wie sie in „Netzwerk“-Projekten vorliegen, aufzuzeigen, gleichzeitig aber auch die bereits bestehenden Konkurrenzverhältnisse durchsichtig zu machen. Eine bloße Verweigerungsstrategie würde hingegen „Netzwerk“ und den Projekten gar nichts nützen. Wir würden damit nur von vornherein darauf verzichten, die in der aktuellen Debatte über Freiwilligenarbeit und Ehrenamt in der Bundesrepublik aufgebauten ideologischen Fassaden und falschen Fronten zu beseitigen, hinter denen sich die Konkurrenz- und Arbeitsmarktprobleme vor der Öffentlichkeit verbergen. Das aber richtete sich letztendlich gegen die eigenen Interessen.

Klaus Körber
Universität Bremen
Institut für Erwachsenen-Bildungsforschung
Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel 04 21 • 28 57-70 01

Was heißt hier Ehrenamt?

Ein feministischer Blickwinkel

Das Thema Ehrenamt bzw. Freiwilligenarbeit sollte nicht ohne den politischen Hintergrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung betrachtet werden. Frauen sind auf dem Erwerbsarbeitsmarkt die ersten bei Entlassungen und die letzten bei der Entlohnung.

Bei genauerer Betrachtung des Themas ist festzustellen, daß für Frauen und Männer das sog. Ehrenamt unterschiedlich aussieht und es als ein Spiegel für die Stellung der Frau in der Gesellschaft gesehen werden kann.

Frauen sind in der Regel im sozialen Bereich ehrenamtlich tätig, sie bieten konkrete Hilfestellung im Alltag, aber ihre Tätigkeiten bleiben meistens unsichtbar bzw. gesellschaftlich im Hintergrund. Ihre Arbeit dient in erster Linie der Integration von Randgruppen oder der Aufhebung von Schwachstellen im sozialen Netz. Ihr Ehrenamt ist gekennzeichnet durch wenig Entscheidungsmacht, geringe Einflußmöglichkeiten und nicht zuletzt durch eine auffallend geringe finanzielle Entschädigung, wenn überhaupt.

Das Ehrenamt für Männer sieht in der Regel anders aus. Sie sind auf der Vorstandsebene großer Vereine und Institutionen zu finden oder im Aufsichtsrat. Diese eher sichtbaren und öffentlichkeitswirksamen Tätigkeiten sind neben Prestige und Karriere mit einem hohen Grad an Macht und Einfluß sowie Selbstbestimmung gekennzeichnet. Entsprechend sind auch hier Aufwandsentschädigungen zu finden, die weit über dem Durchschnitt liegen.

Neben diesen strukturellen Unterschieden muß der Verlauf der Erwerbsarbeit vor dem Hintergrund ehrenamtlicher Tätigkeit betrachtet werden. Während die Erwerbsquote von Männern im erwerbsfähigen Alter 1995 über 80 % betrug, lag sie bei Frauen um 59 % (Westen) und 73 % (Osten) Doch nur 43,5 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind Frauen. Dies hat einen erheblichen Einfluß auf die Absicherung im Alltag, denn nur 10,3 % aller Frauen schaffen einen lückenlosen Versicherungsverlauf von mindestens 40 Jahren. Konkret umgesetzt heißt dies: Die durchschnittliche Rente von Arbeiterinnen beträgt 556,- DM und von Angestellten 949,- DM im Gegensatz zu 1494,- DM und 2028,- DM bei männlichen Arbeitnehmern.

Bei einer Ausweitung von Freiwilligenarbeit im sozialen Sektor ist mit einem weiteren Abbau von Frauenarbeitsplätzen zu rechnen und somit auch ein dramatisches Ansteigen dieser Zahlen zu erwarten (laut Statist. Bundesamt).

Festzustellen bleibt, daß die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Bereich Ehrenamt das ungleiche Machtverhältnis zwischen Frauen und Männern manifestiert. Ehrenamtliche Frauenarbeit bekommt ihre Anerkennung, wenn überhaupt, dann im privaten Sektor, und basiert in der Regel auf den sog. weiblichen Fähigkeiten. Frauen erfahren hier eine persönliche Aufwertung, die ihnen im gesellschaftlichen und familiären Kontext nicht genügend gegeben wird. Sie können ihre soziale Mütterlichkeit leben, haben das Gefühl gebraucht zu werden und können dadurch eigenes Leid, z.B. Einsamkeit oder auch Unzufriedenheit, kompensieren. Damit verfestigen sie jedoch ihre gesellschaftliche Position mit den aufgezeigten finanziellen Konsequenzen.

Ein weiterer Aspekt in der Auseinandersetzung um Freiwilligenarbeit ist die soziale Verantwortung des Staates.

Das Aufleben der Diskussion um Ehrenamt und Freiwilligenarbeit in Zusammenhang mit Kostenreduzierungen für Sozialhaushalte zeigt deutlich, daß hierüber Entlastungseffekte gesucht werden. Der Umbau des Sozialstaates soll durch ein höheres Engagement und eine größere soziale Verantwortlichkeit der einzelnen Bürger(innen) möglich werden. Dabei besteht die Gefahr, gesellschaftliche Mißstände, die zur Zeit noch als Staatsaufgaben verstanden werden, in private Zuständigkeit abzurängen. Ehrenamt als Beitrag zur Linderung von Notständen, anstelle von Erhaltung professioneller Erwerbsarbeitsplätze.

Die zur Zeit geführte Diskussion um Freiwilligenarbeit ist m.E. ein Nebenschauplatz. Das Klagen über die Rückläufigkeit des ehrenamtlichen Engagements bzw. das Reden über Konzepte zur besseren Beschaffung freiwilliger Helfer(innen) vertuscht den Rückzug des Sozialstaates aus der Verantwortung bzw. verhindert eine inhaltliche Diskussion um die Neudefinition gesellschaftlich notwendiger Hilfestellungen oder Angebote. Zudem wird eine Festlegung der Qualitätsstandards für diese Dienstleistungen vermieden. Die Grenzen dessen, was Ehrenamtliche leisten können und welche Notstände einer professionellen Unterstützung bedürfen, werden kaum thematisiert. Ein Abbau von Arbeitsplätzen im sozialen Sektor scheint möglich, denn schließlich kann doch *jede* „ein bißchen reden und Verständnis entwickeln“, in der Altenhilfe tätig sein und mit Jugendlichen Freizeitgestaltung machen.

Als Nebeneffekt kann hier die Einbindung von Betroffenen, z.B. Erwerbslose, in Ehrenämter dafür sorgen, daß weniger Ansprüche an den Staat gestellt werden und Widerstand kanalisiert wird. Dabei ist meines Erachtens die Politisierung sozialer und ökonomischer Probleme gesellschaftlich wichtig, um auch weiterhin eine Basiskontrolle gegenüber Regierung und Staat in der Demokratie lebbar zu machen.

Welche Funktion, aber auch welche Folgen kann Freiwilligenarbeit für Projekte haben in dieser Krise des Sozialstaats?

Die sozialen Dienstleistungsprojekte sind in der Regel aus der Selbsthilfebewegung heraus entstanden. Gründungsmotivation für diese Projekte waren gesellschaftliche Notstände bzw. eigene Betroffenheit. In der Regel wurde in den vergangenen Jahren ein gut verknüpftes Netz an sozialen, kulturellen und frauenpolitischen Dienstleistungsangeboten auf professioneller Basis entwickelt. Über alle inhaltlichen Bereiche hinweg sind diese Einrichtungen heute in ihrer Struktur durch

- flache Hierarchien,
- große Nähe zu Nutzer(inne)n,
- flexible Angebotsstruktur,
- Miteinander von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Beschäftigten gekennzeichnet. Gleichzeitig ist hier ein Arbeitsmarktsegment entstanden, das neue Arbeitsplätze geschaffen hat und Vorreiter für viele neue Organisationsstrukturen war.

Vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen werden bisher abgesicherte Einrichtungen gravierend gekürzt. Hieraus entstehen personelle Engpässe, die der gesellschaftlichen Nachfrage (der Angebotsstruktur) entgegenstehen. Die Projekte stehen in dem Dilemma, die Qualität und Quantität der Angebote aufrechterhalten zu wollen und gleichzeitig bei Personalabbau dem wachsenden Bedarf gerecht zu werden.

An dieser Stelle ein Beispiel aus meiner Einrichtung: Das Bremer Kultur- und Bildungszentrum *belladonna* konnte vor 3 Jahren einen Personalstand von 5 hauptamtlichen Vollzeit-Beschäftigten aufweisen (auch mit Hilfe von ABM) – inzwischen gibt es nur noch 1,5 Stellen, die sich auf 5 Frauen verteilen (keine ABM). Die Nachfrage ist in zweierlei Hinsicht gestiegen: zum einen ist das Spektrum von Frauen, die *belladonna* erreicht, stark gewachsen, erkennbar über durchgeführte Untersuchungen (Fragebögen) und das halbjährige Veranstaltungsprogramm mit einer Auflage von 15.000, das im vergangenen Jahr nach drei Wochen in Bremen & Umland vergriffen war! Zum anderen kamen zunehmend Frauen mit Sucht-/Gewalt- und anderen Problemen in unseren Bürozeiten zu uns, obwohl wir keine Sozialeinrichtung sind. Die Frauen fühlen sich von staatlicher Seite unterversorgt bzw. nicht verstanden.

In solch einer Situation werden unbezahlte Helfer(innen) besonders willkommen geheißen, um dem wachsenden Arbeitsanfall halbwegs gerecht zu werden – zumal die Hauptamtlichen an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen sind. Hier liegt jedoch m.E. die Gefahr, daß Professionalität im Sinne von Qualität und Kontinuität verloren geht. Jahrelang erworbene Qualifikationen, Erfahrungen und

– nicht zu unterschätzen – die Langjährigkeit der Mitarbeit, die viel eher von hauptamtlich Beschäftigten erbracht werden können (es gibt i.d.R. schon ein Machtgefälle zwischen Vollzeit- und Teilzeit-Beschäftigten), sorgen für ein professionelles Angebot. Damit soll keineswegs Lai(innen)arbeit diskreditiert werden, in der Selbsthilfe gibt es genügend positive Beispiele. Jedoch muß unterschieden werden zwischen Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Projekten bzw. Einrichtungen.

In den Mädchen- und Frauenprojekten war / ist es eine Zielsetzung, den Abbau von unbezahlter Tätigkeit für Frauen voranzutreiben. Um der Manifestation der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung entgegenzuwirken, hieß eine Forderung der Neuen Frauenbewegung: keine unbezahlte Arbeit mehr für Frauen – Jahrhunderte sind genug!

Eine genauere Betrachtung des Verhältnisses von ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter(inne)n scheint zwingend notwendig.

Die Anforderungen an hauptamtliche Mitarbeiter(innen) in den Einrichtungen sind neben der inhaltlichen Qualifikation:

- Planungskompetenz
- Koordinationfähigkeit
- Information über andere Träger
- Teamfähigkeit
- Kontinuität
- Engagement
- Präsenz

Diese Fähigkeiten sind in den letzten 15 Jahren erworben und kontinuierlich ausgebaut worden. Daneben wird gegenwärtig immer wieder darauf hingewiesen, daß ehrenamtliche Mitarbeiter(innen) zunehmend nur noch inhaltlich und zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen können. Die „Dauerehrenamtlerin“ mit gleicher Qualifikation gibt es in der Realität so gut wie nicht. Vielmehr müssen sich im Projektteam alle darauf einstellen, daß es zu einem ständigen Wechsel aufgrund der ehrenamtlichen Tätigkeit kommt. Dies führt auch zu Unruhe im Kontakt mit den Nutzer(inne)n. Ebenso muß die Einarbeitung der Freiwilligen gewährleistet werden. Die Entscheidung für ehrenamtliche Mitarbeiter(innen) verlangt von den Hauptamtlichen zunächst auch zusätzlich Zeit und Kapazität. Hier muß jedes Team entscheiden, ob der Aufwand mit dem Nutzen im richtigen Verhältnis steht.

Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung von Ehrenamtlichen im Projekt als eine Möglichkeit, die systemimmanente Sichtweise aufzulösen, mit neuen Ideen konfrontiert zu werden und den Nutzer(innen)bezug immer deutlich vor Augen geführt zu bekommen.

Über die Motive freiwilliger Helfer(innen) ist gerade in der letzten Zeit viel gesagt bzw. geforscht worden. Allgemein wird davon ausgegangen, daß es zu einem Wertewandel in der Einstellung zum Ehrenamt gekommen ist. Dies unterstützt einmal mehr die These, daß Ehrenamt zeitlich begrenzt, durch bestimmte Lebensabschnitte, gekennzeichnet ist. Freies soziales Engagement braucht Raum für Kreativität und Spontaneität gerade im Gegensatz zu den sonst häufig engen Rahmenbedingungen einzelner Bürger(innen).

Der Wunsch, sich im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeit mehr und freier zu entfalten, ist zudem auch häufig begleitet durch Prozesse der Selbstentfaltung und eigenständiger Problembearbeitung. Hier kann es zu Übertragungen kommen, die den Anforderungen der Nutzer(innen) nicht gerecht werden. Klient(inn)en, Alte und Kranke werden in einem solchen Fall funktionalisiert, um eigene Probleme bzw. eigenes Leid zu kompensieren.

Hier gilt es im Miteinander von Haupt- und Ehrenamtler(inne)n Strukturen zu finden, die einer Überforderung entgegenwirken und die positive Erweiterung des Potentials durch Ehrenamtliche ermöglicht. Selbstorganisierte Projekte haben hier aufgrund ihrer kleinen Organisationsstruktur, ihrer Flexibilität und der flachen Hierarchie-Ebenen Vorteile gegenüber großen Verbänden und Institutionen. Doch dazu bedarf es der Absicherung von Personalkapazitäten.

Die Komplexität des Themas Freiwilligenarbeit, Ehrenamt ist groß. Die Bedingungen für eine offene Diskussion sind zur Zeit eher schwierig, weil mit der Ausweitung ehrenamtlicher Tätigkeiten ein Stellenabbau vor allem im sozialen Dienstleistungssektor geplant und damit eine Entlastung öffentlicher Haushalte beabsichtigt wird.

Ohne eine genaue Prüfung der ehrenamtlichen Tätigkeiten, der fachlichen und persönlichen Qualifikationen der unbezahlten Helfer(innen) sowie der Auswirkung der Tätigkeit auf vorhandene Personalstellen, ist eine massive Werbung für Freiwilligenarbeit nicht vertretbar. Die Bestandssicherung von hauptamtlichen Personalstellen ist gerade vor dem Hintergrund des Stellenabbaus von Frauenarbeitsplätzen unabdingbar. Freiwilligenarbeit muß den geschlechtsspezifischen Aspekt von Altersarmut mitberücksichtigen. Wenn Kindererziehungs- und Ausbildungszeiten nicht mit in die Rentenansprüche eingerechnet werden sollen und Frauenlebensläufe zusätzlich durch lange Zeiten ehrenamtlicher Tätigkeit geprägt sind, wird sich die Absicherung von Frauen im Alter noch dramatischer verschlechtern. Eine Ausweitung ehrenamtlicher Gesellschaftsarbeit darf ohne entsprechende Konzepte zur Absicherung von Frauen nicht forciert werden.

Altenhilfe, Familienhilfe, Mütterberatung, Behindertentherapie, sozialpsychologische Beratung, Jugendarbeit etc. sind Bereiche, die im Zusammenhang mit Freiwilligenarbeit als erstes genannt werden. Sollen diese von Frauen dominierten Ar-

beitsbereiche einen Wechsel von bezahlter Arbeit zu unentgeltlichen Tätigkeiten erfahren? Der gesellschaftliche Stellenwert wird an den denkbaren Veränderungen sichtbar. Niemand spricht von einer Ausweitung des Ehrenamtes in gewerblichen oder behördlichen Bereichen. Vielmehr wird hier gesagt, die Verantwortung sei zu hoch, um auf ehrenamtlicher Basis getragen zu werden. Eine Neudefinition gesellschaftlicher Aufgaben und die Festlegung von Regelangeboten kann hier die Beliebtheit nehmen und Kontinuität / Qualität sichern helfen.

Ich sehe die Gefahr, daß von Seiten der Politik zunehmend Ehrenamtlichkeit-Freiwilligenarbeit ins Gespräch gebracht wird, in dem Irrglauben, daß damit die Angebotsstruktur der selbstorganisierten Dienstleistungsprojekte aufrechterhalten werden kann. Damit wird die Zielsetzung der institutionellen Absicherung der Einrichtungen in den letzten Jahren unterlaufen. Eine Rückentwicklung auf ehrenamtlich geführte Initiativen hat den Verlust einer professionellen Angebotsstruktur zur Folge.

Wieder einmal bestätigt sich: kurzsichtiges Denken mit langfristigen Folgen von Seiten der Politik.

*Maren Bock
belladonna
Sonnenstr. 8
28203 Bremen*

Sparzwänge und Hoffnung auf Synergie

*Institutionelle Integration der Unterstützung von Selbsthilfe,
Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit*

III

Selbsthilfekontaktstellen, Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenagenturen – Institutionelle Differenzierung oder Zusammenführung der Unterstützung sozialen Engagements?

1. Einführung

Als ab Ende der 70er Jahre die ersten Selbsthilfe-Unterstützungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland in Gießen, Hamburg und Berlin entstanden, war nicht abzusehen, ob diese Form von regionalen Netzwerken zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Initiativen langfristige Bedeutung im bundesrepublikanischen Sozial- und Gesundheitssystem erlangen würde. Nach über zwei Jahrzehnten und zwei Bundesmodellprogrammen zum Thema Selbsthilfeförderung (vgl. Braun / Opjelka 1992 und Braun / Kettler / Becker 1997) bestehen heute über 160 Selbsthilfekontaktstellen und weitere rund 100 selbsthilfeunterstützende Einrichtungen (vgl. NAKOS 1996). Das Bekenntnis zu Selbsthilfe und Selbsthilfekontaktstellen ist zu einem festen Ritual von Entscheidungs-, Verbands-, Institutions- und Organisationsvertretern sowie Politiker(inne)n geworden.

Doch dieser positive Eindruck trägt, die Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Initiativen steht noch lange nicht „auf festen Füßen“. Viele der 160 Selbsthilfekontaktstellen sind nur mittelfristig abgesichert und müssen sich mit ABM- und Projektmitteln von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr geradezu „über Wasser halten“. Um so mehr erstaunt es zunächst, daß eine Reihe neuer Formen der Unterstützung von freiwilligem Engagement und Selbsthilfe ins Leben gerufen werden.¹ Immer neue Dienstleistungsformen wurden und werden gegründet und erprobt, man denke nur an Seniorenbüros, Freiwilligenzentren oder Ehrenamtsbörsen.

Vor dem Hintergrund dieser Vielfalt der Dienstleistungsanbieter beginnt eine neue Debatte über die Integration der engagementunterstützenden Infrastruktur zu einer Kontaktstelle für Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe.² Angesichts des gegenwärtig massiven Sozialabbaus in der Bundesrepublik werden von deren Fürsprechern insbesondere Synergieeffekte für diese Zusammenführung angeführt. Auf der anderen Seite stehen die Vertreter eigenständiger Einrichtungen mit einem klaren Aufgabenprofil: Bezogen auf die Selbsthilfekontaktstellen fordern sie, daß diese als eigenständige Einrichtung erhalten werden müssen.

Im folgenden Beitrag soll zunächst ein Überblick über Formen und Entwicklungsstand der Engagementunterstützung gegeben werden. Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Engagementformen im Spannungsbogen zwischen Selbsthilfe und ehrenamtlicher Arbeit werden am Beispiel der Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenzentren aufgezeigt und Argumente für bzw. gegen eine Bündelung dieser Dienste gesammelt.

2. Selbsthilfekontaktstellen, eine erfolgreiche Form der Engagementunterstützung

Die Idee der Selbsthilfe-Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland (in den Grenzen vor 1989) beruhte auf einer in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelten Konzeption (vgl. von Ferber 1997, S. 2 ff.). Stephen Hatch (1981) empfahl vor eineinhalb Jahrzehnten in einer Expertise, Selbsthilfegruppen:

- durch eine themen- oder problemübergreifende Unterstützungsstruktur im Unterschied zu einer problemspezifischen verbandlichen Unterstützung durch Selbsthilfe-Organisationen und
- gemeindenah zu fördern.

Trotz einer Vielzahl von unterschiedlichen Organisationsmerkmalen wie beispielsweise der Trägerschaft oder der Qualifikation der Mitarbeiter(innen) lassen sich heute zwei Typen selbsthilfe-unterstützender Einrichtungen unterscheiden (vgl. NAKOS 1996, S. 2):

- Dienste und Einrichtungen, die die Förderung von Selbsthilfe als Nebenaufgabe übernehmen und
- Selbsthilfekontaktstellen, die als eigenständige Einrichtung mit hauptamtlichem Personal und eigenen Ressourcen arbeiten.

Selbsthilfekontaktstellen, die mit dem Konzept einer fachübergreifenden Unterstützung der Selbsthilfe arbeiten, haben sich neben der direkten Selbsthilfegruppenförderung sowie der Schaffung selbsthilfefreundlicher Rahmenbedingungen als eine wirksame Förderstrategie erwiesen. Notwendige Voraussetzungen bei der Implementation und Finanzierung neuer Dienstleistungen wurden für Selbsthilfekontaktstellen erfüllt: Unter anderem in den zwei Bundesmodellprogrammen wurde eine Konzeption mit einem Nutzer- und Leistungsprofil entwickelt und evaluiert. Wirkungen und Nutzen der Selbsthilfekontaktstellen wurden analysiert, vorgestellt und mit Entscheidungsträgern diskutiert und weiterentwickelt. Parallel erfolgte die Befragung der Nutzer der Kontaktstellen hinsichtlich ihrer Anliegen, Unterstützungsbedarfe und Kooperationswünsche. Schließlich wurde eine intensive Debatte über Finanzierungsmodelle und -beteiligungen und die Chancen ihrer Umsetzung geführt.

Trotz all dieser Bemühungen ist die mittel- und langfristige Absicherung der rund 160 Selbsthilfekontaktstellen in der Bundesrepublik Deutschland nicht abgeschlossen. Nachteilig hat sich mit Sicherheit ausgewirkt, daß sich gegen Ende des zweiten Modellprogramms zur Selbsthilfeförderung in den neuen Bundesländern die finanzielle Lage der Hauptfinanzierungsträger, der Länder und Kommunen, dramatisch verschlechtert hat. Einschnitte in das Netz der sozialen Sicherung – beispielsweise in Form des Beitragsentlastungsgesetzes – erschwerten es Mitarbeitern, Trägern und Verbänden zunehmend, zu befriedigenden Finanzierungsmodellen zu gelangen. Und trotz vielfältiger Ansätze ist es bis heute nicht gelungen, neben der öffentlichen Hand die gesetzlichen Krankenkassen für die Finanzierung der Selbsthilfekontaktstellen zu gewinnen. Auf der Grundlage des Paragraphen 20 SGB V hatten die Förderer und Vertreter der Selbsthilfekontaktstellen auf deren Beteiligung an der Finanzierung von Selbsthilfekontaktstellen viele Jahre gesetzt (vgl. Balke 1996, S. 19 ff.). Es muß auch die Frage gestellt werden, ob es den Selbsthilfekontaktstellen und deren Interessenverbänden, wie z.B. der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V., gelungen ist, das Nutzer- und Leistungsprofil der Selbsthilfekontaktstellen in die (Fach-)Öffentlichkeit zu transportieren und zu etablieren. Es ist ferner nicht gelungen, einen einheitlichen Begriff für Selbsthilfekontaktstellen einzuführen. Ein weiteres Problem ist, daß Selbsthilfekontaktstellen nicht über einen eigenen Interessenverband verfügen, wie beispielsweise die Seniorenbüros in Form der 1995 gegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros (vgl. Böge 1996, Kluge / Kricheldorf 1996). Das ISAB-Institut hat im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zu dieser Frage Vorschläge entwickelt (vgl. Braun / Kettler / Becker 1997, S. 252). Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. hat das Thema mit ihren Mitgliedern diskutiert, man hat sich jedoch gegen die Gründung einer Bundesarbeitsgemeinschaft ausgesprochen.

Indes wird die Diskussion über die Zukunft der Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfeförderung in der Bundesrepublik Deutschland von aktuellen Entwicklungen überschattet. Vor dem Hintergrund der sich verändernden wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung kam die Frage der ehrenamtlichen oder freiwilligen Arbeit und deren Förderung in die öffentliche Diskussion bzw. wurde in den Mittelpunkt gerückt (vgl. Deutscher Bundestag 1996).

Die Bewertung dieser Entwicklung, deren Ausgang entscheidend für den Fortbestand der Selbsthilfekontaktstellen sein könnte (vgl. Kettler 1997), ist unterschiedlich: Auf der einen Seite stehen die Vertreter eigenständiger Unterstützungseinrichtungen, die hierin lediglich eine politisch motivierte kurzfristige Debatte se-

hen. Auf der anderen Seite stehen die Vertreter einer Bündelung, die in der Diskussion über ehrenamtliches und Bürgerschaftliches Engagement und dessen Unterstützung die entscheidende Weichenstellung für die kommenden Jahre sehen.

Hintergrund dieser Kontroverse über Eigenständigkeit versus Integration ist die Frage, ob und falls ja, wie viele verschiedene Einrichtungen zur Unterstützung der unterschiedlichen Engagementformen wir brauchen. Es geht gleichzeitig um die Frage, ob eine Integration der engagementfördernden Infrastruktur möglich und sinnvoll und mit welchen Effekten diese verbunden ist. Bezogen auf die Selbsthilfekontaktstellen geht es um die Entscheidung, welche Strategie für die weitere Implementation gewählt werden soll:

- der Erhalt einer eigenständigen Einrichtung (Stichwort: *Selbsthilfekontaktstelle*),
- die Übernahme weiterer Aufgaben z.B. im Bereich der Förderung von ehrenamtlicher und freiwilliger Arbeit (Stichwort: *Selbsthilfekontaktstelle mit erweiterter Aufgabenprofil*),
- die Integration der Selbsthilfekontaktstellen in eine örtliche engagementfördernde Infrastruktur (Stichwort: *Kontaktstelle für Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe*).

3. Engagementfördernde Infrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland

Neben den *Selbsthilfekontaktstellen* bestehen heute verschiedene soziale Dienste, die das freiwillige soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger unterstützen. So fördert das BMFSFJ seit 1992 die Einrichtung von *Seniorenbüros*. Hierbei handelt es sich im Gegensatz zu Selbsthilfekontaktstellen um einen zielgruppenspezifischen Ansatz; das Engagement älterer Menschen u.a. in Selbsthilfegruppen soll gezielt gefördert werden (vgl. Braun / Clausen 1997).

Als weitere Unterstützungsform sind die sogenannten *Freiwilligenzentren* bzw. *Freiwilligenagenturen* zu nennen. Dabei bestehen zwei Implementationsstränge.

1. Die Einrichtung einer Nationalen Freiwilligenagentur. Die Robert-Bosch-Stiftung hat zu diesem Thema im Jahre 1995 ein Expertengespräch durchgeführt. Auf Initiative von Bundesministerin Claudia Nolte soll die eigens zu diesem Zwecke eingerichtete Stiftung „Bürger für Bürger“ noch Ende 1997 eine Nationale Freiwilligenagentur eröffnen, die ehrenamtliche Tätigkeit besser organisieren und fördern soll (vgl. Frankfurter Rundschau 1997).
2. Die Einrichtung lokaler Freiwilligenzentren. Seit 1997 führt der Deutsche Caritasverband mit Unterstützung des BMFSFJ ein Modellprogramm mit 14 örtlichen Freiwilligenzentren durch (vgl. Caritasverband 1996).

Mit dem Thema Engagementförderung befassen sich ferner die sogenannten *Wissenbörsen*, *Bürgerbüros* und vornehmlich in Berlin die *Nachbarschaftszentren*. Heute bestehen damit folgende engagementfördernde Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland:

- 160 Selbsthilfekontaktstellen
- 80 Seniorenbüros
- 20 Freiwilligenzentren
- 100 Wissenbörsen
- sowie Bürgerbüros und Nachbarschaftszentren

4. Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenzentren

Keihen wir nun zurück zur Frage, ob und wie Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenzentren kooperieren können. Bei der Beantwortung sollten m.E. zumindest zwei Ebenen unterschieden werden: einerseits die *inhaltlich-konzeptionelle*, andererseits die *organisatorische Ebene*.

Auf der inhaltlichen Ebene ist die Notwendigkeit einer engagementfördernden Infrastruktur unstrittig. Das gilt sowohl für Selbsthilfekontaktstellen als auch für Freiwilligenzentren. Daß Bürger(innen), die sich für sich selbst und andere engagieren möchten, durch Selbsthilfekontaktstellen die geeignete Unterstützung erfahren, ist gesichertes Ergebnis einer Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen (u.a. der Ergebnisse der Bundesmodellprogramme, vgl. Braun / Opielka 1992, Braun / Kettler / Becker 1997). Daß Bürgerinnen und Bürger, die sich für andere freiwillig engagieren möchten, gezielter Unterstützung und Förderung bedürfen, gilt ebenfalls als gesichert. Freiwilligenzentren tragen dazu bei, dem von Politik und Verbänden beklagten Trend abnehmender Bereitschaft der Bevölkerung zu freiwilligem und unentgeltlichem Engagement entgegenzuwirken (vgl. z.B. Dörrie 1996, S. 61 ff.).

Es stellt sich an dieser Stelle jedoch die Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Anliegen und Unterstützungsbedarfen dieser Bürger(innen) bestehen. Sofern Gemeinsamkeiten zu erkennen sind, bleiben dann die Fragen nach Modellen für eine organisatorische Bündelung und möglicherweise hieraus folgenden Synergieeffekten? Ein zentrales Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprogramme zur Selbsthilfeförderung war, daß das Engagement in Selbsthilfe neben dem Engagement für sich selbst immer auch das Engagement für andere umfaßt. Viele Selbsthilfegruppen und Initiativen bieten Beratungs- und Informationsleistungen und z.T. auch konkrete Hilfestellungen für andere Betroffene an, die nicht Mitglieder der Gruppe oder Initiative sind. Auch die Lobbyarbeit und

Interessenvertretung für andere Betroffenen zählen zu den Aufgaben vieler Gruppen. Die ausschließliche Beschränkung von Selbsthilfe auf die Eigenhilfe wird dem Phänomen der Selbsthilfegruppen nicht gerecht.

Damit zeigt sich jedoch, daß das Muster „Selbsthilfe ist ausschließlich Hilfe für sich selbst“ und „ehrenamtliche Arbeit ist ausschließlich Hilfe für andere“ nicht der Realität entspricht. Andererseits würde niemand ernsthaft behaupten, daß ehrenamtliche Tätigkeiten als alleinige Hilfe für andere beschrieben werden können. Auch bei ehrenamtlichem bzw. freiwilligem Engagement spielen egoistische Motive wie z.B. soziale Anerkennung und sozialer Status eine Rolle. Damit weisen die Engagementformen Selbsthilfe und ehrenamtliche Tätigkeiten zumindest eine Schnittmenge von gemeinsamen Motiven und Anliegen auf. Bezogen auf die Selbsthilfekontaktstellen bedeutet diese Tatsache ferner, daß die Selbsthilfe-Unterstützung auch Menschen fördert, die sich für andere engagieren (wollen). Zu diskutieren wäre m.E. an dieser Stelle, ob diese Form der Engagementförderung für andere ausreicht und ob die Selbsthilfe-Unterstützer(innen) dies überhaupt wollen.

Kommen wir damit zur organisatorischen Ebene: Das Hauptargument der Befürworter einer Integration liegt in den erwarteten Synergieeffekten. Angesichts der zunehmend schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage und des Abbaus von sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen wollen sie durch die gemeinsame Nutzung von Räumen und Ressourcen die unterschiedlichen engagementfördernden Dienste unter einem Dach absichern. Mögliche Synergieeffekte liegen z.B. in:

- der gemeinsamen Nutzung von Büro- und Gruppenräumen,
- dem gemeinsamen Einsatz von Verwaltungspersonal,
- gemeinsamen Verhandlungen mit Finanzierungsträgern und Förderern,
- einer gemeinsamen Adresse sowie ggf. einer gemeinsamen Außendarstellung und Öffentlichkeitsarbeit.

Konkrete Erfahrungen mit einer Zusammenführung liegen bislang kaum vor. Lediglich im Rahmen von zusätzlichen Aufgaben übernehmen einige Selbsthilfekontaktstellen auch die Information und Beratung von Menschen, die sich freiwillig engagieren wollen. Daneben gibt es, vornehmlich in einigen größeren Städten, gleichzeitig verschiedene engagementunterstützende Dienste. In der Regel geht die Kooperation jedoch bislang nicht über gelegentliche Arbeitskontakte hinaus.

Da kaum praktische Erfahrungen vorliegen, kann sich die Diskussion von Vor- und Nachteilen einer Bündelung nur auf Vermutungen stützen bzw. lediglich erste Argumente sammeln. Sie erhebt keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit. Vergleichsweise unproblematisch dürfte die Integration dort sein, wo in einer Kommu-

ne bislang nur eine Selbsthilfekontaktstelle bzw. ein Freiwilligenzentrum besteht. Eine Aufgabenausweitung könnte dann konzeptionell und räumlich auf die bestehende Einrichtung ausgerichtet werden. Schwieriger dürfte eine Zusammenführung dort sein, wo schon beide Einrichtungsformen bestehen. Allein an der Frage einer unterschiedlichen Trägerschaft bzw. an einem notwendigen Trägerwechsel könnte eine Zusammenführung der Dienste scheitern.

Bei der bereits angesprochenen Kontroverse über Eigenständigkeit versus Integration sollte es darum gehen, welche Strategie erfolgreich ist, um den Erhalt bzw. die Absicherung der Selbsthilfekontaktstellen zu erreichen. Es wäre fatal, wenn das Beharren auf eigenständigen Einrichtungen dazu führen würde, daß Teile der Infrastruktur wie z.B. die Selbsthilfekontaktstellen wegbrechen würden bzw. der Konkurrenzkampf zwischen den Diensten verschärft werden würde. Es wäre aber auch fatal, wenn Sparzwänge in vorausweisendem Gehorsam zum Konzept erhoben und so dem gegenwärtigen Sozialabbau Vorschub geleistet würde.

Einige Selbsthilfekontaktstellen und deren Interessenvertreter und -verbände kritisieren, daß die Integrationsdiskussion von außen an sie herangetragen wird und lediglich von Sparabsichten motiviert sei. Sie müssen sich jedoch darüber im klaren sein, daß sie selbst bislang keine Position zu dieser Frage bezogen haben bzw. gerade erst mit der Diskussion dieses Themas begonnen haben (vgl. z.B. Thiel 1997). Hierdurch wird es der Politik, der Verwaltung und der Forschung vergleichsweise leicht gemacht, immer neue Integrationsmodelle in die Debatte einzubringen.

5. Fazit

Unverkennbar ist, daß das Thema Engagement in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen eine hohe gesellschaftliche Anerkennung genießt. Unverkennbar ist ferner, daß die Notwendigkeit der Unterstützung und Förderung von Engagement gesehen und zumindest verbal anerkannt wird. Unverkennbar ist schließlich, daß der Frage der Engagementförderung auch in Zukunft ein hoher, wenn nicht sogar steigender Stellenwert beigemessen werden wird.

Fraglich ist, ob verschiedene engagementfördernde Dienste gleichberechtigt nebeneinander eine Regelfinanzierung erreichen können. Es besteht die Gefahr, daß angesichts der schwierigen finanziellen Situation zwischen den Einrichtungen ein Konkurrenzkampf um die knappen Haushaltsmittel ausbricht. Offen ist ebenfalls, ob bei einer Bündelung die entwickelten und empfohlenen Qualitätsstandards für

die einzelnen Unterstützungsdienste realisiert werden können. Es besteht die Gefahr, daß bei einer Integration aus Kostengründen Qualitätsstandards nicht aufrecht erhalten werden.

Offen ist schließlich, mit welchen tatsächlichen Synergieeffekten eine Bündelung verbunden ist und ob sich diese überhaupt kostensenkend auswirken werden. Der Nachweis dafür steht noch aus. Instrumentarien zu einer Evaluation dieser Zusammenführung und der hiervon ausgehenden Wirkungen sind bekannt: die Durchführung von Modellprogrammen.

Es ist jedoch davon auszugehen, daß ein Modellprogramm zum Thema „Integration der engagementfördernden Infrastruktur“ aus unterschiedlichen Gründen auf Schwierigkeiten stoßen würde. So ist fraglich, ob die Anbieter und deren Verbandsvertreter einen ökonomischen Nachweis überhaupt wünschen. Das Beispiel München (vgl. Engelhardt / Simeth / Stark 1995) – die Untersuchung der von Selbsthilfe-Initiativen ausgehenden ökonomischen Wirkungen – stieß zunächst auf heftige Kritik in den eigenen Reihen. Fraglich ist momentan ferner, ob der Bund oder einzelne Bundesländer ein derartiges Modellprogramm überhaupt finanzieren würden. Neben der unterschiedlichen Ressortzuständigkeit für die verschiedenen Formen von Unterstützungsdiensten für Bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Ministerien und Verwaltungen wirkt sich hier die bereits mehrfach angesprochene katastrophale Haushaltslage aus. In der momentanen Situation ist sehr fraglich, ob der Bund auf absehbare Zeit überhaupt noch Modellprogramme zum Thema Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe durchführen wird.

Damit bleibt zum Abschluß die Frage, was in der gegenwärtigen Situation den Förderern und Vertretern der Selbsthilfe empfohlen werden kann. Zum einen sollte ein enger Kontakt zwischen den Diensten gesucht werden, und zwar sowohl auf Ebene der Einrichtungen als auch auf Ebene der Verbände. Bestehende Kooperationsverfahren vor Ort sollten gemeinsam ausgewertet werden. Außerdem ist es notwendig, aktiv eigene Positionen und Konzepte für die anstehenden Fragen einer Integration – z.B. von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenzentren und Seniorenbüros – zu entwickeln und diese in die Diskussion einzubringen. Ansonsten werden Politik und Verwaltung ihrerseits Integrationsmodelle vorstellen – wie der Vorschlag der Berliner Senatverwaltung zur Bündelung von Selbsthilfekontaktstellen und Nachbarschaftszentren zeigt –, die vermutlich eher durch Sparzwänge motiviert sind und auf die dann nur noch reagiert werden könnte.

Anmerkungen

¹ Selbsthilfekontaktstellen arbeiten mit einem fachübergreifenden Ansatz, unterstützen alle Formen und Bereiche von Selbsthilfegruppen. Im Gegensatz dazu arbeiten z.B. Seniorenbüros, die zeitlich später als die Kontaktstellen entstanden sind, mit einem zielgruppenspezifischen Konzept. Sie unterstützen u.a. Gruppen und Initiativen von Senioren. Ihrem Selbstverständnis nach wäre auch dies eine Aufgabe der Selbsthilfekontaktstellen. Durch die Einführung solcher und weiterer zielgruppenspezifischer engagementfördernder Dienste könnte de facto der Adressatenkreis der Selbsthilfekontaktstellen enger und ihre Arbeit selbst auch auf spezifische Zielgruppen eingegrenzt werden. Kritisch ist zu fragen, ob die Selbsthilfekontaktstellen bestimmte Aufgaben nicht übernommen und dadurch selbst mit dazu beigetragen haben, daß neue Dienste eröffnet wurden.

² Der Beitrag beschäftigt sich mit der Integration von engagementunterstützenden Diensten, nicht mit der Integration von Selbsthilfekontaktstellen und anderen Diensten des Sozial- und Gesundheitswesens, wie z.B. Beratungsstellen. In die Programme zur Selbsthilfeförderung waren derartige Modelle einbezogen, z.B. in Jena. Dort wurde die integrierte Arbeit von Kontaktstelle und Familienberatungsstelle erprobt. Die Untersuchungen haben gezeigt, daß diese Form einer Integration nicht geeignet ist (vgl. z.B. Braun / Kettler / Becker 1997).

Literaturhinweise

- Balke, Klaus, Förderung der Selbsthilfekontaktstellen durch die Krankenkassenverbände nach § 20 Abs. 3 (a) SGB V. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung der NAKOS im Herbst 1995, NAKOS-EXTRA 27, Berlin 1996
- Braun, Joachim / Opielka, Michael, Selbsthilfeförderung durch Selbsthilfekontaktstellen. Schriftenreihe des BMFuS Bd. 14, Stuttgart 1992
- Braun, Joachim / Claussen, Frauke, Freiwilliges Engagement im Alter. Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 142, Stuttgart 1997
- Braun, Joachim / Kettler, Ulrich / Becker, Ingo, Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 136, Stuttgart 1997
- Böge, Sybille, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros: Zukunftsperspektiven auf der Basis einer bundesweiten Vernetzung von Seniorenbüros, in: Braun, Joachim / Lege, Christiane (red. Bearb.), Wegweiser in ein aktives Alter: Seniorenbüros. Tagungsdokumentation. Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüros Bd. 12, Köln 1996, S. 245-261
- Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage 'Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft', Drucksache 13/2652 [1.10.96], Bonn 1996
- Deutscher Caritasverband, 14 Freiwilligen-Zentren in Gründung. Pressemitteilung zum internationalen Tag des Ehrenamtes, Freiburg, 5. Dez. 1996
- Dörrie, Klaus, Der Beitrag der Wohlfahrtsverbände zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen und der Wert der Selbsthilfe für die Wohlfahrtspflege, in: Braun, Joachim / Kettler, Ulrich (red. Bearb.), Selbsthilfe 2000. ISAB-Schriftenreihe Nr. 42, Köln 1996, S. 61-69
- Engelhardt, Hans Dieter / Simeth, Angelika / Stark, Wolfgang, Was Selbsthilfe leistet... Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertungen, Freiburg 1995
- Ferber, Christian von, Einführung des Berichts: Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Braun, Joachim / Kettler, Ulrich / Becker, Ingo, Stuttgart 1997, S. 1-5
- Frankfurter Rundschau, 7. Mai 1997, Beitrag zum Thema Nationale Freiwilligenagentur von Charima Reinhardt, aus: NAKOS-INFO 51, Berlin 1997, S. 34
- Hatch, Stephen, Supporting Self-Help. A Report to the WHO (Euro). Policy Studies Inst., London 1981
- ISAB-Institut, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Senioren durch Seniorenbüros. Empfehlungen zur infrastrukturellen Unterstützung des freiwilligen Engagements durch die Einrichtung und Finanzierung von Seniorenbüros. Positionspapier, Köln 1997

- Kettler, Ulrich, Unterschiedliche Ansätze der Arbeit von Selbsthilfekontaktstellen. Vortrag bei der DAG SHG Jahrestagung vom 2.-4. Juni 1997 in Essen, erscheint in: DAG SHG e.V. (Hrsg.), *Selbsthilfegruppen nachrichten* 1998, Gießen
- Kluge, Ulrich / Kricheldorf, Cornelia, Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BAS), in: Clausen, Frauke (red. Bearb.): *Praxishandbuch für Seniorenbüros. Materialien zum Modellprogramm Seniorenbüros Bd. 11*, Köln 1996
- NAKOS (Hrsg.), *Lokale / Regionale Selbsthilfegruppen-Unterstützungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland. ROTE ADRESSEN 1996/97*, Berlin 1996
- Thiel, Wolfgang, Ehrenamt oder Selbsthilfe? Ein einheitliches Selbstverständnis ist nötig und möglich, in: *Stiftung MITARBEIT u.a. (Hrsg.), Solidarität inszenieren ... Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Tagungsdokumentation. Brennpunktdokumentationen zu Selbsthilfe und Bürgerengagement Nr. 30*, Bonn 1997, S. 117-125

*Dr. Ulrich Kettler
Kreisverwaltung Neuwied
Psychiatriekoordination
Ringstr. 70
56564 Neuwied
Tel 026 31 • 803-0 / -732*

Aktivität in eigener oder fremder Sache?

Kritische Anmerkungen zu einer Profilerweiterung von Selbsthilfekontaktstellen

Selbsthilfekontaktstellen gibt es seit 1980. Die ersten wurden in Hamburg und Gießen eingerichtet. Seitdem ist eine Vielzahl von Kontaktstellen entstanden, bis in die heutige Zeit. Obwohl dieser Einrichtungstyp nun bereits über einen fast zwei Jahrzehnte währenden Zeitraum besteht, haben alle Selbsthilfekontaktstellen eines gemeinsam: Sie sind personell unterbesetzt, die Sachausstattungen decken lediglich das Nötigste, und diese defizitäre Personal- und Sachausstattung ist noch in höchstem Maße gefährdet. Das heißt, bis auf einige wenige Ausnahmen sind die bestehenden Selbsthilfekontaktstellen nicht sicher, ob der Status des laufenden Jahres im nächsten Jahr aufrechterhalten werden kann, neue Einrichtungen wissen nicht, wie lange sie sich überhaupt halten können.

Was läuft hier falsch?

Die Vermischung von Selbsthilfe und Selbsthilfegruppen

Selbsthilfe entsteht immer dann, wenn Menschen mit der eigenen Situation nicht zufrieden sind, wenn sie persönlich einen Mangel empfinden oder ein Bedürfnis haben und wenn keine oder keine geeigneten Leistungen von Fremden zur Verfügung stehen, die Abhilfe schaffen. Sich selbst helfen ist eine Form der Problembewältigung, die alltäglich in unterschiedlicher Ausprägung und in unterschiedlichen Zusammenhängen beinahe von jedem Individuum praktiziert wird. Diese „individuelle Selbsthilfe“, die selbstverständlicher Bestandteil unseres Lebens ist, ist *nicht* Gegenstand der Unterstützung durch Selbsthilfekontaktstellen.

In den siebziger Jahren hat sich eine „erweiterte Form“ der Selbsthilfe entwickelt, die Selbsthilfe in Gruppen. Hier schließen sich Menschen zusammen, die zwar „sich selbst“ helfen wollen, aber nicht individuell und isoliert, sondern in Gemeinschaft und in gegenseitiger Hilfe mit anderen in vergleichbarer Situation. Die Gemeinschaft, die gegenseitige Hilfe und die vergleichbare Situation waren und sind Voraussetzung für diese fortan als Selbsthilfegruppen bezeichneten Zusammenkünfte. Sehr schnell wurde die spezifische Leistungsqualität dieser Zusammenkünfte insbesondere für die Bewältigung psychosozialer Auswirkungen von Lebenskrisen – ganz gleich, wodurch diese ausgelöst werden, ob durch eine Behin-

derung oder chronische Krankheit, durch eine soziale Veränderung wie zum Beispiel Trennung, Familiengründung, Tod, Arbeitslosigkeit oder durch eine biologische Veränderung wie zum Beispiel Alter – erkannt, insbesondere von Professionellen, die sich selbst in oder für Selbsthilfegruppen engagiert hatten.

Diese Professionellen stellten außerdem fest – und wurden darin von bereits bestehenden Selbsthilfegruppen bestärkt –, daß eine minimale infrastrukturelle Unterstützungsstruktur die Entwicklung und den Bestand von Selbsthilfegruppen begünstigte. So entstand das Konzept von Selbsthilfekontaktstellen. Ihre Aufgabe ist es, Menschen zur *Selbsthilfe in Gruppen* zu vermitteln, zu aktivieren, zu motivieren, zu qualifizieren. Ziel der Unterstützung von Einzelpersonen ist immer die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe, Ziel der Unterstützung von Gruppen ist immer, den Gruppenprozeß ohne professionelle Leitung zu erleichtern bzw. in Gang zu halten. Mit dieser Gruppenorientierung, bei der die thematische Einordnung absolut nebensächlich ist, unterscheiden sich *Selbsthilfekontaktstellen* eindeutig von anderen Beratungseinrichtungen.

Es konnte bisher nicht gelingen, dieses eindeutige Unterscheidungsmerkmal – themenunabhängige Gruppenorientierung – als spezifisches Profil von Selbsthilfekontaktstellen zu verankern, da:

1. ein Weiterbildungscurriculum für „Selbsthilfe-Unterstützerinnen bzw. Selbsthilfe-Unterstützer“ fehlt, in dem spezifische Kompetenzen wie z.B. Moderationstechniken, Gesprächsführung, Organisationsplanung, Öffentlichkeitsarbeit etc. erlernt werden können. Die Folge ist, daß Selbsthilfekontaktstellen entweder als reine Vermittlungsagenturen angesehen werden oder daß von der inzwischen dritten „Generation“ der Mitarbeiter(innen), die nicht mehr über eigene Selbsthilfegruppen-Erfahrungen verfügt, Weiterbildungsangebote aus dem therapeutischen Bereich in Anspruch genommen werden und damit sowohl in der internen Arbeit als auch in der Außenwahrnehmung die Gefahr besteht, daß die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen als therapeutisch orientiert und damit eben doch auf Einzelfallhilfe ausgerichtet eingestuft wird;
2. die finanzielle Unsicherheit der Selbsthilfekontaktstellen die Mitarbeiter(innen) einem permanenten Legitimationszwang ausgesetzt hat, der sich in einem hoffnungslos überfrachteten und damit unglaubwürdigen Konzept niederschlägt. Einem Konzept, in dem sich dann natürlich auch andere Einrichtungen wiederfinden.

Eine im oben genannten Sinne eindeutige Profilierung würde den Etikettenschwandel anderer Einrichtungen unterbinden und könnte die spezifischen Leistungen von Selbsthilfekontaktstellen überprüfbar machen. Überprüfbar in folgendem Sinne: Wissenschaftliche Befragungen haben ergeben, daß 30 % der Bevölkerung bereit wären, sich in Selbsthilfegruppen zu engagieren. Dieser Prozentsatz ist noch nicht annähernd erreicht. Wenn die wissenschaftlichen Befragungen stimmen, was durchaus auch nachprüfbar wäre, könnte die Leistungsfähigkeit von Selbsthilfekontaktstellen daran gemessen werden, inwieweit es ihnen gelingt, Selbsthilfepotentiale zu aktivieren. Zahlen überzeugen nun einmal die letzten Zweifler und bei aller Bevorzugung von qualitativen vor quantitativen Argumenten: Sollte es nicht Ziel von Selbsthilfekontaktstellen sein, möglichst vielen Menschen die positiven Erfahrungen in einer Selbsthilfegruppe zu ermöglichen?

Selbsthilfegruppen als Spielball der Politik

Selbsthilfegruppen wirken der gesellschaftlichen Isolation ihrer Mitglieder entgegen. Forschungsergebnisse und Berichte von Teilnehmer(inne)n aus Selbsthilfegruppen belegen, daß Menschen, die sich in Selbsthilfegruppen engagieren, aktiver, selbstbewußter, weniger depressiv als andere in vergleichbaren Lebenslagen sind.

Ein wichtiges Element ist in Selbsthilfegruppen der Erfahrungsaustausch. Hierdurch wird ein spezifisches, auf die persönlichen Bedürfnisse ausgerichtetes Wissen vermittelt. Die Wissensinhalte werden von den Teilnehmer(inne)n bestimmt und können mit einem Höchstmaß an Flexibilität der individuellen Aufnahmefähigkeit und dem individuellen Wissenstand angepaßt werden. Die kognitive Auseinandersetzung mit der eigenen Krankheit, Behinderung, Lebenskrise führt dazu, daß die betroffenen Menschen Kontrollbewußtsein entwickeln und die Kontrolle über einen wichtigen Bereich ihres Lebens gewinnen bzw. wiedergewinnen und damit eine wichtige Voraussetzung für ihre körperliche, seelische und soziale Gesundheit.

Jedes Mitglied verfügt über eine individuelle Auswahl von Wissen über das gemeinsame Thema. Das Zusammentragen dieses Wissens erhöht die Einsicht in das professionelle Versorgungssystem und in politische und soziale Entscheidungsprozesse.

Selbsthilfegruppen verändern Verhalten und Einstellungen. Bereits durch den Entschluß, sich an einer Selbsthilfegruppe zu beteiligen, durchbrechen chronisch Kranke, Behinderte, psychisch oder sozial belastete Menschen das passive Leiden und beginnen, sich aktiv mit ihrer Situation auseinanderzusetzen.

Die in der Selbsthilfegruppe durch das Beispiel von Menschen mit vergleichbaren Belastungen veranschaulichten Verhaltensweisen, die nachweislich zur Verbesserung der Situation dieser Menschen geführt haben, können reflektiert, übertragen und zur bewußten Umgestaltung des eigenen Lebens genutzt werden. Die Gruppe schafft ein soziales Korrektiv, das durch die vergleichbaren Belastungen der Mitglieder glaubwürdig ist und für die Veränderung des eigenen Verhaltens akzeptiert wird.

Selbsthilfegruppen sind also in erster Linie wirksam für die teilnehmenden Individuen. Insofern sind Selbsthilfegruppen im Kern unpolitisch. Sie wirken indirekt politisch, da sie Menschen befähigen, Autoritäten in Frage zu stellen und selbstbestimmt die sie tangierenden therapeutischen, gesellschaftlichen und / oder politischen Prozesse zu gestalten.

Weil Selbsthilfegruppen unpolitisch sind, sind sie politisch nutzbar.

Solange im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion der Umbau des Sozialstaates stand, erfuhren Selbsthilfegruppen ein Höchstmaß an „verbaler“ Anerkennung. Waren sie doch mit den Schlagworten Subsidiarität, Solidarität, Eigenverantwortung und Basisdemokratie in die sozialpolitischen Konzepte aller Parteien einfügbar. Vergleiche mit dem sogenannten „traditionellen Ehrenamt“, für das nach Aussagen vieler Wohlfahrtsverbände kaum noch Nachwuchs zu gewinnen war und das infolgedessen in eine Krise geriet, fielen eindeutig zugunsten des „Selbsthilfe-Engagements“ aus, das die Bedürfnisse der Engagierten besser traf und sich quantitativ ausweitete. Selbsthilfegruppen wurden sozusagen zur „Elite“ des Ehrenamtes.

Sobald jedoch deutlich wurde, daß nicht mehr alle sozialstaatlichen Leistungen finanzierbar sind, begann der Stern der Selbsthilfegruppen am politischen Himmel zu sinken. Es begann damit, daß gefragt wurde, warum Selbsthilfegruppen nicht mehr tun in Bereichen wie Arbeitslosigkeit und Pflegebedürftigkeit. Dann besann sich die Politik erneut auf das Ehrenamt als einst vermeintlich kostenlose Personalressource für die karitative Arbeit. Von einer Wiederbelebung versprach man sich einen segensreichen Einsatz in Bereichen der sozialen Arbeit, die immer schon mehr Amt als Ehre bedeutet hatten, also in allen Arbeitsbereichen der Wohlfahrtsverbände, die ja besonders über den Rückgang des bei ihnen engagierten Ehrenamts klag-

ten. Daß es immer schon Bereiche gab und noch immer gibt, in denen sich Menschen gern „ehrenamtlich“ engagieren, machten die Aussagen der Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Handwerkskammern deutlich, die bei einer Anhörung des Arbeitskreises „Ehrenamt“ der CDU-Fraktion (17.6.1996) aussagten, daß es in ihren Gremien keine Probleme gäbe, Ehrenämter zu besetzen. Angeregt durch die Politik, die Fördermittel in Aussicht stellte oder bereits entsprechende Maßnahmen verabschiedete (Beispiele: Geschäftsstelle Bürgerschaftliches Engagement im baden-württembergischen Sozialministerium, Förderprogramm zur Qualifizierung des Ehrenamtes in NRW, Einrichtung einer „Nationalen Freiwilligenagentur“ auf Initiative der Bundesfamilienministerin Claudia Nolte) begannen unterschiedliche Interessengruppen (Wohlfahrtsverbände, Parteien, Kommunen) verstärkt darüber nachzudenken, wie das Ehrenamt zu neuer Blüte zu bringen sei.

Daß man dabei versuchte, sich an den Prinzipien von Selbsthilfegruppen zu orientieren, ist immerhin ein Beweis dafür, daß deren jahrelange Existenz nicht ganz ohne Wirkung geblieben war. Neue Namen wurden kreiert, um das „neue Ehrenamt“ gegen das „alte Ehrenamt“ aber auch gegen das zu Selbsthilfegruppen abzugrenzen: „Freiwilliges soziales Engagement“ suggeriert *selbstbestimmtes* Engagement, das nicht nur für die eigene Person, sondern vor allem für andere eingesetzt wird. „Bürgerschaftliches Engagement“ verspricht *Partizipation* im (kommunal-)politischen Raum. Für alle sprachlichen Neuschöpfungen allerdings gilt, daß sie im Gegensatz zum Engagement in „eigener Sache“, wie es in Selbsthilfegruppen stattfindet, nun das Engagement in „fremder Sache“ betonen. So wendet sich langsam das Blatt: Auf breiter Ebene werden den „Egoisten“ der Selbsthilfegruppen die „Altruisten“ des freiwilligen sozialen Engagements, die sich für das „Gemeinwohl“ einsetzen, vorgezogen.

Schon haben sich manche Gruppen dem politischen Klima angepaßt und weisen besonders auf die ehrenamtlichen Anteile in ihrer Arbeit hin, und Selbsthilfekontaktstellen (und vor allem deren Träger) spielen mit Blick auf die eventuell fließenden Fördermittel für „Freiwilligenagenturen“ mit dem Gedanken, in ihren Arbeitsbereich die Vermittlung von Ehrenamtlichen zu integrieren.

Egoismus ist die beste Motivation

Die politisch forcierte Diskussion verkennt einen wesentlichen Tatbestand: Menschen sind vor allem dann bereit, sich umfassend und dauerhaft zu engagieren, wenn sie damit einen Vorteil für die eigene Person verbinden können. Egoismus ist die beste Motivation, eine Erkenntnis, die bereits in dem Gebot „Liebe den Nächsten

wie dich selbst“ eine positive Bewertung erfuhr. Selbsthilfegruppen dürfen die Abwertung ihrer Arbeit nicht zulassen, denn in ihrem Engagement für die „eigene Sache“ haben sie in der Vergangenheit eine Vielzahl positiver Entwicklungen für das Gemeinwohl erreicht: Anpassung therapeutischer und rehabilitativer Hilfsmittel an den Bedarf chronisch Kranker, vermehrte Berücksichtigung der Belange von Behinderten in der Stadtplanung, wachsendes ökologisches Bewußtsein in der Bevölkerung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Selbsthilfekontaktstellen wurden eingerichtet, damit Selbsthilfegruppen ohne organisatorische Schwierigkeiten ihre selbstgesteckten Ziele erreichen können. Viele dieser Ziele liegen noch in weiter Ferne:

- Der partnerschaftliche Umgang zwischen professionellen Experten und Experten in eigener Sache ist vielfach noch ein Wunschtraum,
- für Beteiligungsstrukturen, in denen Betroffene einen festen Platz haben, gibt es erst vereinzelte Ansätze,
- Selbsthilfe in Gruppen als Strategie zur Bewältigung psychosozialer Auswirkungen von Lebenskrisen ist noch längst nicht selbstverständlich.

Wenn Selbsthilfekontaktstellen sich auf ihren originären Auftrag besinnen, leisten auch sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Wohl der Allgemeinheit!

Falsch verstanden ist dieser Auftrag, wenn z.B. an den Pflegekonferenzen als Vertretung von Betroffenen Mitarbeiter(inne)n von Selbsthilfekontaktstellen teilnehmen. Deren Aufgabe wäre es, Betroffene aus Selbsthilfegruppen zu ermutigen, selbst an diesen Konferenzen teilzunehmen.

Falsch verstanden ist dieser Auftrag auch dann, wenn Selbsthilfekontaktstellen unter dem Deckmantel der „Innovation“ sich bereit erklären, als Zusatzaufgabe die Vermittlung ehrenamtlicher Arbeit zu übernehmen. Selbsthilfekontaktstellen sind innovativ, denn sie unterstützen Formen des freiwilligen Engagements, deren subsidiarische, solidarische, eigenverantwortliche und basisdemokratische Prinzipien auf der Ebene des Gemeinwohls erst noch verwirklicht werden müssen. Das können und sollen bzw. wollen sogenannte Freiwilligenagenturen nicht leisten, die als Makler arbeiten zwischen denen, die bereit zu sozialen Diensten sind, und denen, die solchen Einsatz benötigen. Gemäß Verlautbarungen aus dem Bundesfamilienministerium sind solche Agenturen notwendig, da ohne ehrenamtliches Engagement das deutsche Sozialsystem nicht denkbar sei (Bundesfamilienministerin Claudia Nolte, zitiert nach ddpADN vom 22.7.97). Diese Aussage erklärt und rechtfertigt die momentanen politischen Aktivitäten in diesem Bereich.

Selbsthilfekontaktstellen sollten sich nicht zu Vermittlungsagenturen degradieren lassen. Sie können mehr und müssen dies auch vertreten. Nur so können sie ihrem emanzipatorischen Anspruch gerecht und zu Partnern derer werden, die das Heft in die eigene Hand nehmen wollen – ohne sie ist nicht nur das deutsche nicht, sondern kein Sozialsystem denkbar!

Anita M. Jakubowski

KOSKON NRW

Koordination für Selbsthilfe-Kontaktstellen

in NRW der DAG SHG e.V.

Friedhofstr. 39

41239 Mönchengladbach

Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement

*Unterschiede anerkennen, um an gemeinsamen Anliegen
arbeiten zu können*

Aus dem Blickwinkel der Selbsthilfe-Unterstützung erinnern die derzeitigen Diskussionen um Bürgerschaftliches Engagement in gewisser Weise an die Anfänge der sogenannten Selbsthilfe-Bewegung: Gerade diejenigen Selbsthilfe-Unterstützer(innen), die seit vielen Jahren Selbsthilfe in Theorie und Praxis mitgestalten, erlebten Zeiten heftigster Auseinandersetzungen um Begriffsdefinitionen, um politische Zuordnungen und um Forderungen nach unterschiedlichsten Formen der Unterstützung.

Auch jetzt können wir wieder beobachten, wie aus unterschiedlichen Positionen aber aus demselben Interesse heraus die gleichen Gruppierungen sich das Thema Bürgerschaftliches Engagement auf die Fahnen schreiben, mit dem Argument, es „schon immer“ zu unterstützen, so wie sie früher ebenfalls behaupteten „schon immer“ Selbsthilfe unterstützt zu haben. Löst Bürgerschaftliches Engagement das Thema Selbsthilfe in seiner Bedeutung ab? Das wäre nicht erstaunlich, winken in einigen Sozialverwaltungen trotz allgemeiner öffentlicher Mittelknappheit dennoch neue Geldtöpfe, die – so wird häufig befürchtet – zu Lasten bestehender Ausgaben für Selbsthilfe-Unterstützung geöffnet werden.

Im Vergleich zum Begriff *Selbsthilfe* ist der Begriff *Bürgerschaftliches Engagement* bisher eher positiv besetzt: Menschen, die sich für das Gemeinwohl engagieren, werden allgemein als eher aktiv, gesund, mit ausreichenden Ressourcen an Zeit, Geld, Energie und kreativen Ideen in Verbindung gebracht. Dem Begriff *Selbsthilfe* haftet dagegen immer stärker das Image von „hilfsbedürftig“ an, dies umso mehr, je stärker Selbsthilfe in die Ecke der sozial Schwachen, der chronischen und psychischen Erkrankung gedrängt wird und sich Selbsthilfegruppen im wesentlichen in diesem Bereich etablieren. Zu Recht wird von Selbsthilfe-Unterstützer(inne)n deshalb befürchtet, daß in die Selbsthilfe zukünftig „abgeschoben“ wird, wer für Bürgerschaftliches Engagement nicht geeignet erscheint.

Bürgerschaftliches Engagement als Chance und als Befriedungsstrategie

Zweifelsohne ist Bürgerschaftliches Engagement ein wichtiges und ein attraktives Thema. Wichtig, weil es – folgt man den Gedankengängen der amerikanischen „Urväter“, wie Etzioni (1994) und den Ausführungen von Hummel (1996), Keupp (1995, 1996) und Beck (1995, 1996) – in Zeiten zunehmender Individualisierung und sozialer Kälte einen sinnstiftenden Nutzen bringt. Sich für das Gemeinwohl einzusetzen, ermöglicht es dem/der Einzelnen, im Rahmen eines neu geschaffenen Umfeldes ein Gefühl der Zugehörigkeit und damit auch ein zusätzliches Maß an Geborgenheit zu finden. Zum anderen scheint Bürgerschaftliches Engagement dem verstärkten Bedürfnis der Bürger(innen) zu entsprechen, in einer als anonym empfundenen Lebenswelt selbst etwas bewirken und den vorgefundenen Umständen bewußt etwas entgegenzusetzen zu können. Bürgerschaftliches Engagement entspricht damit einem ausgewogenen Verhältnis von Eigennutz und Gemeinsinn, wenn helfen wollen, gestalten wollen, Pflichtbewußtsein und Eigennutz balanciert zum Zuge kommen (vgl. Hummel, 1997). Das macht es attraktiv für eine bestimmte Gruppe sozial oder ökologisch Engagierter, die mit ausreichend Zeit, finanziellen, sozialen und mentalen Ressourcen in der Gemeinschaft etwas bewirken wollen und können. Und es macht Bürgerschaftliches Engagement attraktiv für Politik und Verwaltung. Denn es ist ein Thema, das optimistisch die Entwicklung des Gemeinwohls verspricht und verschiedene „Probleme“ mit einem Streich zu lösen scheint:

Nachdem es zum Bürgerschaftlichen Engagement vor allem in den angelsächsischen Ländern und Holland seit Jahren praktische Vorläufer gibt – hat das Thema inzwischen auch in der Bundesrepublik Deutschland Einzug gehalten. Vor allem Vertreter(innen) der Politik, der Sozialverwaltungen und Wohlfahrtsverbände diskutieren es als Problemlösungsstrategie für demographische, politische und gesellschaftliche Entwicklungen. So könnte Bürgerschaftliches Engagement zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen, über die vermutete Weiterqualifizierung die Motivation von qualifizierten Erwerbslosen aufrechterhalten, oder es ergäben sich konkrete Einsparmöglichkeiten von Personalstellen – besonders im Gesundheits- und Sozialbereich; ein Kalkül, das bereits mit der Unterstützung von Selbsthilfe verbunden wurde und nicht in Erfüllung ging.

Die sinnstiftende Beschäftigung von Menschen, die Opfer unternehmerischer Rationalisierungsprozesse geworden sind, ist eine gesellschaftliche Befriedungsstrategie, die in Zeiten knapper werdender Ressourcen jedoch für die Betroffenen selbst nicht besonders attraktiv ist, da sie ihnen keine abgesicherte Lebensperspektive bieten kann. Am wenigsten wird es die sogenannten freigesetzten Individuen

anziehen, die zwar Zeit und Energie hätten, diese jedoch über die Sorge der Existenzsicherung aufbrauchen und häufig tatsächlich die Klientel der Selbsthilfegruppen mit psychosozialen Problemen darstellen.

So kommt es auch nicht von ungefähr, daß Bürgerschaftliches Engagement – im Gegensatz zur Selbsthilfe – nicht so sehr von der Gruppierung der sogenannten „Betroffenen“ forciert wird, sondern als programmatische Vorgabe „von oben“ verordnet erscheint, die den Blick auf die gesamtwirtschaftliche Wirklichkeit beschönigt.

Auch werden schon bestehende Praxismodelle für die konzeptionelle Entwicklung von Bürgerschaftlichem Engagement so gut wie nicht genutzt. Vielmehr geht es sozialen Organisationen, Verwaltungen und Verbänden im wesentlichen darum, das Ehrenamt im traditionellen Sinne wieder aufleben zu lassen, statt Menschen mit Engagement und Ideen darin zu unterstützen, daß sie in einem selbst definierten Aufgabenfeld mit möglichst selbstbestimmten Strukturen für das Gemeinwohl tätig werden können.

Lehren aus der Selbsthilfeförderung

Der Unterschied zwischen der historischen Entwicklung der Selbsthilfe und dem bisherigen Verlauf der Entwicklung von Bürgerschaftlichem Engagement in Theorie und Praxis, erscheint mir bedeutsam. Bis heute ist Selbsthilfe stark über die Sichtweise der Betroffenen begründet. Die Mitglieder von Selbsthilfegruppen vertreten eigenständig und selbstbewußt ihr Anliegen. Aus dieser Sicht heraus können sie sich inzwischen vom professionellen Expertentum und dem traditionellen Ehrenamt konstruktiv abgrenzen und dennoch kooperationsbereit sein. (vgl. Stark, 1997). Selbsthilfe-Unterstützung kann daher Rahmenbedingungen schaffen, jedoch nicht die Inhalte bestimmen.

Hingegen ist bei der „Einführung“ von Bürgerschaftlichem Engagement zu beobachten, wie quasi im Schnellverfahren flächendeckend Freiwilligenagenturen, Freiwilligenbüros, Freiwilligenzentren usw. geschaffen werden, die Bürger(innen) in hierarchisch organisierte Strukturen von Verbänden und Einrichtungen vermitteln sollen – vor allem dorthin, wo schon lange „Not am Mann / an der Frau“ ist – in die Pflege und Altenhilfe. Damit werden, noch bevor andere Alternativen Fuß fassen können, Fakten geschaffen, die das Verständnis von Bürgerschaftlichem Engagement einseitig als ehrenamtliche Arbeit im Sozialbereich kanalisieren und definieren.

Auch hier kann eine Parallele zur infrastrukturellen Unterstützung von Selbsthilfe gezogen werden: Abgesehen von einigen – im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 1991 bis 1996 geförderten Modellprogramms ‚Förderung sozialer Selbsthilfe in den neuen Bundesländern‘ (vgl. Braun, Kettler, Becker, 1997) – erst eingerichteten Selbsthilfekontaktstellen hat sich die Selbsthilfe-Unterstützung an den sich allmählich entwickelnden Notwendigkeiten vor Ort orientiert, was sich auch in der Vielfalt der Trägerstrukturen und Arbeitsweisen widerspiegelt. Es gibt – trotz bestimmter sinnvoller Empfehlungen zu Kernaufgaben von Selbsthilfe-Unterstützung – sicher keine Kontaktstellen, die im Spektrum ihrer Tätigkeiten völlig identisch arbeiten. Viele anregende Beispiele lassen erkennen, daß Kontaktstellen aus der Lebendigkeit der Szene heraus entstanden und geprägt sind (vgl. beispielsweise die Broschüre *Selbsthilfe-Kontaktstellen in Bayern*, 1997). Nach unseren bisherigen Beobachtungen – auch mit dem Förderprogramm – haben Selbsthilfekontaktstellen dort, wo sie nicht in „Kontakt“ mit den Betroffenen sind, d.h. dort, wo sie nicht ausreichend mit der psychosozialen bzw. der Gesundheitsszene vor Ort gewachsen und in ihr verwurzelt sind, wenig Überlebenschancen für ihre eigene Existenz bekommen.

Die nun neu eingestellten Mitarbeiter(innen) der neu und übereilt eingerichteten Büros für Bürgerschaftliches Engagement können häufig selbst nicht sagen, wie sie ihren Auftrag zur Engagementförderung, umsetzen können, wenn es etwas anderes oder mehr sein soll als die Vermittlung von Ehrenamtlichen. Es entsteht daher der Eindruck, daß zwar schon Felder besetzt wurden, jedoch noch nach Inhalten gesucht wird, um die „leeren Häuser“ zu möblieren und mit Leben zu füllen.

Auf Selbsthilfe und Bürgerschaftliches Engagement orientierte Beratung

Jedenfalls haben die Anfragen nach Unterstützung von Bürgerschaftlichem Engagement inzwischen auch die Selbsthilfekontaktstellen erreicht. Sei es von Seiten der Politik und Verwaltung, aber auch von Seiten der Bürger(innen), die sich engagieren wollen. Anders als bisher, müssen sich Selbsthilfekontaktstellen auf diese Nachfragen einstellen und eine deutliche Unterscheidung in ihrem Beratungsangebot treffen.

Bürgerschaftliches Engagement kann dann eine echte Alternative zur Selbsthilfegruppe sein, wenn im Vordergrund nicht das persönliche *Problem* steht, sondern eine *Idee*, die umgesetzt werden soll. Häufig haben sich bisher auch Ideen in Probleme „verkleidet“, indem die Anfrage nach einer Selbsthilfegruppe eigentlich das Bedürfnis nach einer Aufgabe, nach sozialen Kontakten und gesellschaftlicher An-

erkennung ausdrücken (vgl. Handlos, in: NAKOS-INFO 51, S. 26). Die traditionelle ehrenamtliche Arbeit, besonders im Gesundheits- und Sozialbereich, wird von diesem Personenkreis dabei weniger in Verbindung gebracht mit selbstbestimmten Einsatz von Zeit, Energie und der Verwirklichung eigener Ideen. Schon eher scheint die Selbsthilfe einen Rahmen zu bieten, in dem sich die Umsetzung dieser Wünsche besser verwirklichen läßt – vorausgesetzt, diese Wünsche können in ein „Problem“ undefiniert werden, z.B. in ein Kontaktproblem.

Selbsthilfe bleibt immer problembehaftet, da sie aus der chronischen Erkrankung, der Arbeitslosigkeit, der Sucht usw. ihre Identifikation zieht. Das bedeutet, daß Mitglieder einer solchen Selbsthilfegruppe ihr eigenes Problem auch dann nicht aus den Augen verlieren (können), wenn die Selbsthilfegruppe im Optimalfall nicht nur selbstverändernd sondern – im Sinne des Empowerment – auch sozialverändernd wirkt (vgl. Moeller 1981, Bobzien/Stark 1991, Bobzien 1993, Stark 1996).

Entsprechend dem Beratungsverständnis einer Selbsthilfekontaktstelle hat die Anfrage nach einer Selbsthilfegruppe folgende Konsequenzen:

Prinzipiell wird von der Annahme ausgegangen, daß auf Seiten des Betroffenen die Bereitschaft besteht, sein/ihr Problem mit anderen „zu teilen“, in Erfahrungsaustausch mit bis dahin meist unbekanntem Menschen zu treten, ausreichend offen und tolerant gegenüber anderen Betroffenen zu sein, um für sich selbst Unterstützung zu bekommen – das Verbindende ist das Problem.

Die Beratungskompetenz liegt im allgemeinen darin, mit dem/der Betroffenen nach einem Abklärungsgespräch Wege zu finden, wie sie zur richtigen Selbsthilfegruppe kommen, bzw. es werden gemeinsam weitere Betroffene zur Gruppengründung gesucht, ggf. wird der Gruppengründungsabend vorbereitet, Räume gefunden, Gruppenregeln besprochen usw. Im allgemeinen kommt die Gruppe ins laufen und die weitere Unterstützungsleistung bezieht sich anschließend häufig auf die Entwicklung der Gruppe selbst.

Ganz anders gestaltet sich eine Beratung im Rahmen von Bürgerschaftlichem Engagement: Sich für das Gemeinwohl zu engagieren, fokussiert auf einen bestimmten Ausschnitt der Lebensumwelt, der das eigene Befinden der Interessierten selten negativ betrifft, sondern das Befinden einer größeren Einheit oder definierten Gruppe verbessern möchte (Nachbarschaft, Stadtteil, regional Gleichgesinnte).

Im Unterschied zum Einsatz im Rahmen des traditionellen Ehrenamts, hat der/die Interessierte eine eigene Idee zur Veränderung oder Verbesserung von bestimmten gesellschaftlichen Umständen (z.B. Tauschring von Talenten, Essen organisieren für Obdachlose, Asylbewerber[innen] in die Nachbarschaft integrieren, Patenschaften für Stadtbäche und Grünflächen übernehmen usw.). Die Anfrage nach Un-

terstützung bezieht sich daher auf die mögliche Umsetzung dieser individuellen Idee. Nach unserer bisherigen Erfahrung bedeutet dies jedoch nicht unbedingt, daß der/die „Betroffene“ bereit ist, seine/ihre Idee zu „sozialisieren“, sie zur Diskussion zu stellen und von bis dahin meist unbekanntem Menschen konstruktiv modifizieren zu lassen. Die Autorenschaft der Idee wird eindeutig reklamiert, und häufig wird sie so rigoros verfolgt, daß der/die Berater(in) mit der Erwartung konfrontiert wird, Leute zu finden, die sich dieser Idee anschließen bzw. unterordnen, ohne davon Abstriche zu machen.

Die Beratungskompetenzen liegen daher mehr auf dem Aspekt abzuklären, ob von der – dem Bürgerschaftlichen Engagement impliziten – Annahme ausgegangen werden kann, daß der/die Interessent(in) weiß, daß die Umsetzung der Idee in ein „Projekt“ kein Ein-Mann/ein-Frau-Unterfangen ist, sondern es darauf ankommt, sich mit potentiellen Mitstreiter(inne)n arrangieren zu können. D.h., die Idee selbst muß einerseits tragfähig und „verkäuflich“ sein. Zum anderen braucht es bei der Person selbst Kooperationsbereitschaft, um mit Einzelpersonen und häufig auch mit Organisationen und Verwaltungen ausdauernd verhandeln zu können, sowie Organisationsgeschick und Flexibilität in Denken und Handeln. Es muß von der Person auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden können, daß sich ihre Ursprungsidee im Laufe der Beratung und Umsetzung so wandelt, daß daraus ein Projekt mit realistischer Zielsetzung entstehen kann.

Neue Perspektiven in der Beratung zu Bürgerschaftlichem Engagement und interessante Kooperationen für die Selbsthilfe

Daraus folgt, daß die bisherigen Kompetenzen der Selbsthilfe-Unterstützung, die insbesondere in der Abklärung und Beratung von Einzelpersonen und Selbsthilfegruppen liegen, über zusätzliche Kompetenzen erweitert werden müßten, die einerseits mehr den Charakter von Projektentwicklung haben und andererseits stärker auf die Fortbildung von an Bürgerschaftlichem Engagement Interessierten abzielen. Wichtige Qualifizierungsfelder wären z.B. (Selbst-)Organisation, Kommunikationstechniken und qualifizierte Kenntnisse des notwendigen Umfeldes in das man/frau aktiv werden möchte. Das bedeutet nicht unbedingt, daß Selbsthilfekontaktstellen, sich den Qualifizierungs- und erweiterten Beratungsschuh selbst anziehen müßten. Interessanter wäre der Blick über den Tellerrand hinaus, hinein in die Tätigkeitsfelder potentieller Kooperationspartner, wie z.B. Bildungswerke, Volkshochschulen, Firmen aus dem Wirtschaftssektor u.ä. (vgl. Schneider, 1996). Nötig wäre auch ein besonnener Blick auf Modelle guter Praxis im In- und Ausland, ein Voneinander-Lernen, um Unterschiede anzuerkennen und um an gemeinsamen An-

liegen arbeiten zu können. Das Zusammenwirken verschiedener Kräfte wäre das Ziel und nicht übereiltes Handeln und Verteilungskämpfe auf Kosten von Mitbestimmung und Mitverantwortung.

Gerade die seriöse Unterstützung von Bürgerschaftlichem Engagement ist auf neue und breite Vernetzung angewiesen und auf Reflexions- und Kooperationspartner, die keine Restaurationstendenzen verfolgen. Mit den Erfahrungen aus der Selbsthilfe-Unterstützung kann in diese Kooperationen ein wertvoller Beitrag eingebracht werden. Die Ermutigung im Sinne des Empowerment, für sich und andere selbst aktiv zu werden wie auch für selbstbestimmtes Handeln in den passenden Rahmenbedingungen zu schaffen, das sind Traditionen und Konzepte, die in der Selbsthilfe angelegt sind, und sie sollten als Kompetenzen in die Entwicklung von Bürgerschaftlichem Engagement gleichberechtigt miteinfließen.

Zugrundegelegte Literatur

- Beck, Ulrich, Solidarischer Individualismus. An sich denken ist die Voraussetzung eines Daseins für andere, in: Süddeutsche Zeitung vom 2.3.1995
- Beck, Ulrich, Ohne Ich kein Wir. Die Demokratie braucht Querköpfe. Plädoyer für eine Sozialmoral des „eigenen Lebens“, in: DIE Zeit Nr. 35 vom 23.8.1996
- Bobzien, Monika, Kontrolle über das eigene Leben gewinnen, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Heft 2/1993
- Bobzien, Monika / Stark, Wolfgang, Empowerment als Konzept psychosozialer Arbeit und als Förderung von Selbstorganisation, in: Balke, Klaus/Thiel, Wolfgang (Hrsg.), Jenseits des Helfens. Professionelle unterstützen Selbsthilfegruppen, Freiburg 1991
- Braun, Joachim / Kettler, Ulrich / Becker, Ingo, Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen in den neuen und alten Bundesländern. Abschlußbericht der wiss. Begleitung des Modellprogramms „Förderung sozialer Selbsthilfe in den neuen Bundesländern. Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 136, Stuttgart, Berlin, Köln 1997
- Etzioni, Amitai, Jenseits des Egoismus-Prinzips, Stuttgart 1994
- Handlos, Bärbel, Selbsthilfe ist mehr als Hilfe für sich selbst, in: NAKOS-INFO 51, Berlin 1997, S. 25-26
- Hummel, Konrad, Projekte zwischen Eigennutz und Gemeinnutz – Lernen für die Bürgergesellschaft, in: Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement für München (Hrsg.), Dokumentation des Studententages „Zwischen Egotrip und Ehrenamt“. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung für die Münchner Stadtpolitik, München 1997 (in Bearbeitung)
- Keupp, Heiner, Zerstört die Individualisierung die Solidarität? Für eine kommunäre Individualität, in: Keupp, Heiner (Hrsg.), Lust an der Erkenntnis: Der Mensch als soziales Wesen, München 1995
- Landesarbeitsgemeinschaft der bayerischen Selbsthilfe-Kontaktstellen (Hrsg.), Selbsthilfe-Kontaktstellen in Bayern auf einen Blick, Regensburg 1997
- Moeller, Michael Lukas, Anders Helfen. Selbsthilfegruppen und Fachleute arbeiten zusammen, Stuttgart 1981

Schneider, Rosemarie, Die BENEVOL Vermittlungs- und Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit in Basel, in: Stiftung MITARBEIT u.a. (Hrsg.): Solidarität inszenieren... Freiwilligen-Agenturen in der Praxis. Dokumentation einer Tagung. Stiftung MITARBEIT: Brennpunkt-Dokumentationen zu Selbsthilfe und Bürgerengagement Nr. 30, Bonn 1997, S. 83 ff

Stark, Wolfgang, Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis, Freiburg 1996

Stark, Wolfgang, Abschlußbericht zum Public-Health Forschungsprojekt „Beratungskonzepte und Dienstleistungen von Selbsthilfe-Initiativen“. Bayerischer Forschungsverbund Public Health, München 1997 (in Bearbeitung)

Monika Bobzien
Selbsthilfezentrum München
Bayerstr. 77a/Rgb.
80335 München
Tel 089 • 53 29 56 11

Selbsthilfe – Ehrenamt – Freiwilligenengagement – Bürgerschaftliches Engagement

Eine Standortklärung

Blick zurück nach vorn

Seit ca. vier Jahren haben wir unsere „Beratungsstelle für Sozialengagierte“ zur Freiwilligenagentur umbenannt und tragen damit semantisch gesehen auslösende Verantwortung für einen mittlerweile exponentiell ansteigenden Anteil an „Freiwilligen“-Organisationen im Dritten Sektor. Bei genauem Hinsehen wird deutlich, daß hier verschiedene Faktoren gleichzeitig zum Zuge kamen:

- zuerst die seit vielen Jahren währende Begriffssuche als Alternative zum „Ehrenamt“, um dem weder „Amt“ noch „Ehre“ beinhaltenden gemeinnützigen Tun von Bürger(inne)n eine neue, zeitgemäße Identität anzubieten und damit den Schleier des Verpflichtungscharakters zu entfernen;
- als zweites konnten wir die gesellschaftliche Funktion unserer Einrichtung deutlich machen: Freiwilligenagenturen als Mittler zwischen Engagementbereiten und gut vorbereiteten, d.h. von uns beratenen und geprüften Einsatzstellen (Projekten, Vereinen, Initiativen etc.). Weitere Agenturfunktionen betonen das professionelle Vorgehen bei der Beratung der Interessierten, die Interessensneutralität der Mittlerfunktion und die qualifizierte Unterstützung bei Lobbyarbeit für den Freiwilligen Sektor in seiner Auseinandersetzung mit der politischen Vereinnahmung als Ersatz für bezahlte Arbeit;
- drittens ist die breite Rezeption des Begriffs „Freiwilligenagentur“ Ausdruck für eine Suche nach innovativen Ansätzen in einem immer enger werdenden Entwicklungskorridor für sozialen Wandel. Die bislang erhaltenen Mechanismen zur Gestaltung der sozialen Gesellschaft wie der Generationenvertrag sowie das Krankenversicherungswesen als Beispiel sind durch den demographischen Wandel und die Kostenexplosion im Gesundheitswesen unter wachsenden Druck geraten; die soziale Absicherung und der Umgang mit Massenarbeitslosigkeit stehen derzeit ständig im Fokus politischer Sparansätze. Über allem ragt ein massives Ressourcenthema hervor, das da heißt: Nie gab es mehr gebildete und ausgebildete Menschen, selten war der durchschnittliche Lebensstandard in unserem Lande so hoch, und selten zuvor hatten wir einen so massiven Zerfall alter Werte und Bezugsgrößen im Wirtschafts- und im Sozialsystem wie gerade jetzt. Dieser Druck nach einer anderen Gewichtung von Bedeutungen, nach dem Entwurf neuer Gesell-

schaftsbilder und dem Durchdringen der Komplexität einer Zweiten Moderne (vgl. Beck 1997) ist es meines Erachtens auch, der eine Bewegungsnotwendigkeit für die Bürger und ihre Staatsauffassung signalisiert hat.

Und an dieser Stelle wird es geschichtlich interessant, sozialgeschichtlich insbesondere. So wie sich in den 60er Jahren viele Menschen für „civil rights“, also: Bürgerrechte, auf den Weg gemacht haben, wie sich in den 70er Jahren auch bei uns in Deutschland die große Welle der Gesundheitsselbsthilfegruppen ausgebreitet hat, in den 80er Jahren die „squatterers“, also Hausbesetzer, für den Erhalt von gewachsener Bausubstanz in den Wohnquartieren vieler Städte gekämpft haben, so gibt es jetzt, zum Ausklang der 90er Jahre, eine neue Bürgerbewegung: die „Freiwilligen“, die sich aus eigenem Antrieb sozialgesellschaftlich beteiligen wollen und damit bereit sind, ihren Anteil an praktizierter Solidarität und Verantwortungsübernahme für soziale Fragen beizutragen.

Aus diesem geschichtlichen Blickwinkel heraus können weitere Differenzierungspunkte entwickelt werden. Das *traditionelle Ehrenamt*, wenn wir es hier einmal komprimiert betrachten wollen, trägt im Kern eine Delegationsstruktur. Nach dem Elberfelder System des vergangenen Jahrhunderts übertrug der Staat diejenigen Aufgaben an ausgewählte Bürger (nicht an Bürgerinnen), zu denen er sich selbst weniger, die Bürger weitaus eher im Stande sah: die regionale Armenhilfe. Der Staat hatte sich damit entlastet, die Bürger konnten in einer Art regionaler Selbstverwaltung das soziale Klima und Gepräge selbst beeinflussen.

Selbsthilfe wiederum ist aus einem kritischen Problembewußtsein entstanden, aus der Perspektivwahl der Betroffenen. Schon kurz nach der Jahrhundertwende war dieses emanzipatorische Denken, deutlich z.B. in der Arbeiterbewegung formuliert, Anstoß für die Gründung eigener Wertegemeinschaften gewesen, die wir heute als Wohlfahrtsverbände und -organisationen kennen. Im Kern steht ein anthropomorphes Menschenbild und das menschliche Maß als Grundmaßstab für Bewertungen und Beurteilungen, wie es in diesem radikalen Umfang vorher noch nicht angelegt worden war. Entsprechend gezielt waren diese anfänglichen Selbsthilfevereine entwickelt worden (vgl. z.B. die Entstehungsgeschichte des Arbeitersamariterdienstes, Eigenpublikation, Köln 1996).

Freiwilligkeit ist Ausdruck einer postmodernen Zeitepoche in unseren hochindustrialisierten Ländern, in der Menschen aus ihrer eigenen Zeitgeistanalyse heraus entscheiden, sich für soziale Brennpunkte, Werte und Menschen in Not einzusetzen und damit genau einen Gegenimpuls zur Dominanzkultur der „Sozialen Kälte“ und Anonymität setzen wollen. Vor kurzem war ich bei einem Vortrag von Prof. Amitai Etzioni, dem Begründer der kommunitaristischen Bewegung in den USA. Ich war verblüfft über den hohen Grad an Pragmatismus, den Prof. Etzioni seiner Sozialphilosophie unterlegt hatte. Er stellte den Kommunitarismus als die Synthese zwischen zwei sozialetischen Polen dar, dem Recht auf Freiheit des Individuums und

der Verantwortung der Gemeinschaft für die Wahrung eines intakten und gesellschaftlich gesunden Zusammenlebens. Nach seiner Sicht hat die nordamerikanische Gesellschaft und auch die europäische den Pol der Rechte und Ansprüche ihrer Bürger sehr gestärkt, allerdings auf Kosten des anderen Poles, der Pflichten und Verantwortungen für die Entwicklung von Gemeinschaft sowie der Solidarität mit Schwachen und Minoritäten.

Nach unseren Erfahrungen geht es den Freiwilligen genau um diesen zweiten Pol der Amitai'schen Sozialphilosophie, die ihnen selbst und vielen anderen Menschen im aktuellen Gemeinschaftsleben fehlt. Sie gehen daher die Selbstverpflichtung ein, sich für gelebte soziale Werte in ihrem konkreten sozialen Umfeld einzusetzen und dadurch einen eigenen Beitrag zum Erhalt oder zum Aufbau von intakten Gemeinschaften – mit sozialen Rechten und Pflichten – zu leisten.

Das möchte ich die *Freiwilligen-Motivation* nennen, die einen anderen Bezug hat als das traditionelle Ehrenamt oder die Selbsthilfe. Hier geht es um die Beteiligung an einem Projekt, zeitlich und örtlich begrenzt, mit dem Ziel, ein Gemeinschaftsideal umzusetzen und sich aktiv mit den Widersprüchen und Brüchen zwischen relativem materiellem Wohlstand und seelischer Verarmung auseinanderzusetzen. Um die praktische Seite dieser individuellen Gesellschaftsbilder zu schildern, nenne ich einige Felder, in denen Freiwillige neuerdings verstärkt aktiv werden wollen und beim Erstkontakt in unserer Agentur besonders hohe Nachfrage besteht.

- Der Kontakt mit hochbetagten, alleinlebenden Menschen ist nach wie vor der größte Bereich. Ganz offensichtlich nehmen hier viele sozial gut eingebettete Menschen aus allen Altersgruppen großen emotionalen Anteil an der sozialen und psychischen Verarmung, die mit Alterungsprozessen einhergeht.
- Die sozialen Probleme von Jugendlichen und Kindern rangieren an zweiter Stelle in der Freiwilligen-Wunsch-Liste. Ob es um das Erwachsenwerden, die schulische Beanspruchung oder um schieren Spaß in gestalteter Freizeit geht, ob um Drogen- oder Straffälligkeitsprobleme Jugendlicher, die Freiwilligen suchen den Kontakt und die hautnahe Auseinandersetzung mit diesen Fragen der jungen Menschen, insbesondere dann, wenn sie selbst Entscheidendes in dieser Phase erlebt und bewältigt haben.
- Der Trend zu intergenerativen Projekten (von 18- bis 80-Jährigen) ist an dritter Stelle zu nennen. Mit der ganzen Spannung dieser Altersunterschiede an aktuelle Themen, Theaterstücke oder soziale Aufgaben heranzugehen, ist dabei die Herausforderung, die Freiwillige hier suchen und finden.
- Abschließend ist ein Bereich zu nennen, der zwar quantitativ noch nicht so verbreitet ist wie in den USA oder Großbritannien, aber unter exponentiellem Zulauf von Freiwilligen bereits jetzt zu verbuchen steht: die betreuende Arbeit in der Sterbebegleitung (Hospize), in der Arbeit mit Migrantenfamilien, mit unheilbar

Kranken und mit Menschen in Lebenskrisen. Da die Beanspruchung hier für die Freiwilligen maximiert ist, bedarf es umfangreicher Einfühlungs-, Selbstüberprüfungs- und Gesprächsführungskompetenzen, die es zuerst zu erlangen gilt. Und obwohl diese Freiwilligenarbeit sehr hohe Anforderungen stellt – oder gerade deswegen –, ist sie so heiß begehrt, daß die Projekte meist Auswahlverfahren anwenden.

Freiwilligkeit ist so verstanden die individuelle Kehrseite einer generell entwickelten Politikerverdrossenheit, die Absage an die Steuerbarkeit großer Zusammenhänge durch andere, vielmehr das engagierte Eintreten für Notlagen und soziale Problemfelder vor der eigenen Haustür.

Zwei Kurzportraits: Freiwillige konkret

Interessant ist das sehr differenziert ausgeprägte Ressourcenbewußtsein der Freiwilligen, wie es uns in den Informationsgesprächen mit ihnen im Treffpunkt immer wieder begegnet. Freiwillige handeln offensichtlich aus einem „Überschuß“ an einer von ihnen selbst wahrgenommenen Ressource heraus, die sie derzeit aber nicht in ihrem persönlichen Lebenskreis einspeisen können.

Zum Beispiel kam schon vor zwei Jahren ein 17-jähriger junger Mann zu uns in die Beratung, der sich wünschte, mit „schwierigen“ Kindern zu arbeiten. Er befand sich damals selbst in der Ausbildung für einen heilpädagogischen Beruf, die aus seiner Einschätzung aber viel zu wirklichkeitsfern und theoretisch abließ. Vor allem aber strebte er nach einer „unverbildeten“ Weitergabe seiner eigenen Lebenserfahrung, die mit der Bewältigung einer schwierigen Kindheitsphase zusammenhing. Bei der Vermittlung entschied er sich für ein Kinderhaus, das für verhaltensauffällige, aggressive Kinder aus einer Elterninitiative heraus gerade entstanden war und eine enge Kooperation zwischen den Ehrenamtlichen und den dort beschäftigten Hauptamtlichen (Erzieher[in]nen), Pädagog[in]nen) anbot.

Da sich nicht nur ein Vermittlungsgespräch, sondern auch ein sehr guter Kontakt zwischen ihm und uns im Treffpunkt entwickelt hatte, waren wir über die weiteren Stationen seines Engagements stets gut informiert. Er schaffte es in kurzer Zeit, sich Zugang zu den Kindern in seiner Betreuungsgruppe zu schaffen, von ihnen nicht nur respektiert, sondern – was bei diesen Kindern schon sehr bemerkenswert ist – anerkannt und gemocht zu werden (vgl. Interview in PUNKT 3/1996). Die Freiwilligenarbeit in diesem Projekt machte ihm sichtlich Freude, brachte neue Erkenntnisse und Erfahrungen dank den regelmäßigen Nachbereitungen und Auswertungsgesprächen mit den Hauptamtlichen und anderen Freiwilligen dort. Nicht zuletzt entstand für ihn eine hohe Identifikation mit der Einrichtung des Kinderhauses, ihrem Anliegen und ihrer Arbeitsweise in der Mischung Freiwillige und

Profis. Sicherlich wäre er über das eine Jahr praktischer Arbeit in diesem Projekt hinaus aktiv geblieben, wären da nicht die Koordinationsstellen für die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen gekürzt worden.

So hieß es also erneut bei uns nachzuschauen, was es für ihn Interessantes geben könnte. Diesmal entschied er sich aber für die Konzentration auf den anstehenden Ausbildungsabschluß, wenn auch mit dem Hinweis, er werde danach wieder „einsteigen“. Für die Zwischenzeit aktivierte er offenbar seine Mutter, die kurze Zeit später bei uns auftauchte. Sie hatte mit Interesse die positive Entwicklung ihres Sohnes verfolgt und war von dessen Schilderungen seines Engagements begeistert. Sie wählte ein Projekt aus, das sich um Straffälligenhilfe kümmert und dazu eine besonders vielseitige und gut begleitete Zusammenarbeit mit Freiwilligen organisiert hat. Ihr Engagement fiel in eine persönliche „Auszeit“, wie sie es nannte, da sie gerade ihr langjähriges Arbeitsverhältnis durch Betriebskonkurs verloren hatte. Vor kurzem traf ich sie, mittlerweile eine engagierte Vertreterin des gesamten Projekts im Bereich Öffentlichkeitsarbeit – nicht nur der direkten Straffälligenhilfe. Sie schilderte mir, wieviel an Kompetenz und herausfordernden Aufgaben sie durch das „Freiwillig-im Knast-Arbeiten“ schon gewonnen habe, und daß sie hofft, von diesem Erfahrungszuwachs auch etwas für ihre Suche auf dem ersten Arbeitsmarkt einfließen lassen zu können, vielleicht sogar in einer anderen Branche als bisher.

Diese beiden Beispiele, die auch in ihrem anstiftenden Zusammenhang interessant sind, sollen hier als konkrete Einblicke in die Motive, Erwartungen und Lebensabschnitte von Freiwilligen dienen. Das oben erwähnte Ressourcenbewußtsein traf sowohl auf den Sohn zu, der seine positive Erfahrung im Umgang mit schwierigen Kindheitsphasen an Kinder weitergegeben hat, als auch auf die Mutter, die ihre Ressource an Zeit und Interesse für Menschen im Knast aktiviert hatte. Beim Sohn schien es keinen direkten Auslöser gegeben zu haben, eher das Bewußtsein, die eigene Phase des Kindseins bald verlassen zu haben. Bei der Mutter war der Verlust des Arbeitsplatzes der Ausgangspunkt für eine persönliche Neuorientierung, die zudem einen produktiven Sinn haben mußte. Insofern könnte man Freiwillige als „soziale Unternehmer(innen)“ bezeichnen, da sie einen produktiven Zusammenhang zwischen einer eigenen Ressource, einem eigenen Bedürfnis und einer sozialgesellschaftlichen Frage entwickeln wollen. Die vielsidig diskutierte Gewichtung zwischen den Anteilen an Fremd- und Selbsthilfe hebt sich hier als gelungene Synthese auf, vielmehr geht es Freiwilligen um das Ergebnis ihres Engagements. Ihre Ziele liegen eindeutig im Bereich praktikabler Lösungsansätze für sozialgesellschaftliche Schief lagen, ihre Beteiligung verstehen sie als Beitrag zu einem in Bedrängnis geratenen Gemeinschaftsleben, in das sie jetzt zu Zeiten wie Genossenschaftler investieren, um potentiell an Früchten von Veränderungen später vielleicht doch teilhaben zu können.

Entwicklungswege – Wege entwickeln

Das führt zu der großen Verbindungskette bürgerschaftlichen Aufbruchs und eingetragener Demokratisierung, die sich zwischen allen bereits genannten Bürgerbewegungen in diesem Jahrhundert wie ein roter Faden durchzieht. Ich halte es deshalb für ausgesprochen kurzichtig und schädlich, eine Diskussion zwischen Selbsthilfe und Ehrenamt, insbesondere aber zwischen Selbsthilfe und Freiwilligenengagement zu führen, die hintergründig nur auf die Beanspruchung von „Who was first?“, also einer Henne-Ei-Debatte, geführt würde oder die Erklärung beinhaltet, daß natürlich die Selbsthilfegruppen in der Hauptsache unbezahlt, und insofern ehrenamtlich geführt worden waren. Was viel mehr zählt, ist die Auseinandersetzung mit der Positionierung von professioneller sozialer Arbeit, wie sie zu ihren Blütezeiten in den längst vergangenen 80er und anfangs der 90er-Jahre existiert hat. Wie in vielen anderen Erwerbsbereichen auch, ist der Anteil der bezahlbaren Arbeit in den letzten Jahren erschreckend eingedampft worden und das nach keinen strukturell vertretbaren, sondern nach reichlich willkürlichen Finanznotmustern. In diesem angstauslösendem Faktor beruht der eigentliche Stachel, der in der Szene bürgerschaftlicher Initiativen steckt. Und hier gibt es den derzeit wahrgenommenen Bedeutungsverschiebung insbesondere zwischen den Selbsthilfekontaktstellen und den Freiwilligenagenturen, beides professionell geführte Einrichtungen mit dem Auftrag der Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements.

Für die weitere Entwicklung beider Einrichtungstypen halte ich eine klare Trennung ihrer Aufgabenfelder für notwendig und sinnvoll. Wenn sich jemand auf den Weg macht, um andere Gleichbetroffene zu finden, tut er oder sie das nicht aus einem gesellschaftlichen Weltbild heraus, sondern primär aufgrund eines individuellen Problems. Für Freiwillige stehen aber gerade die eigenen Probleme nicht im Vordergrund, sondern die oben beschriebene persönliche Ressource und eine eigene Bewältigungskompetenz, die sie als Lebenserfahrung mitbringen. Allein schon diese gegensätzlichen Interessensprofile sollten fachlicher Anlaß genug sein, um die Angebotsprofile von Selbsthilfekontaktstellen und Freiwilligenagenturen deutlich anders zu entwickeln und auch in ihrer öffentlichen Präsenz klar voneinander zu unterscheiden. Inwieweit es pragmatische Gründe gibt oder gegeben hat, in einzelnen Regionen beide Einrichtungen unter einem Dach anzusiedeln, mag dahin gestellt sein. Aber meine Empfehlungen und die Forderung von Freiwilligenagenturen gehen dahin, keinen „Gemischtwarenladen“ zu machen, sondern im Sinne der Transparenz für die unterschiedlichen Nutzergruppen und im Sinne eigener Fachlichkeit und Professionalität getrennt aufzutreten. Das bedeutet deshalb noch lange kein getrenntes „Marschieren“ im Falle weiterer finanzstruktureller Not.

Eine Forderung, die beide Einrichtungen stellen und die insofern eine gemeinsame sein könnte, aber derzeit nicht ist, richtet sich genau auf den Erhalt der professionellen Arbeit mit den engagierten Bürger(inne)n. Die dahinter liegende Erfahrung lautet, daß die Engagierten durch ihren Einsatz schon individuell so viel leisten, daß sie nicht auch noch die gemeinschaftliche Organisation mit deren spezifischen Aufgaben wie Management, Öffentlichkeitsarbeit, Organisationsführung und -entwicklung, um einige zentrale Aufgaben zu nennen, abdecken können. Genau diese Ressource aber ist es, die professionelle, bezahlte Kräfte bedeuten. Und nach aller Erfahrung aus dem Freiwilligensektor ist ablesbar, daß erst das produktive Zusammenwirken dieser professionellen Ressource mit dem freiwilligen Engagement von Menschen die besondere Qualität der Freiwilligenarbeit schafft und entfaltet. Sehr viele der mehrjährigen Freiwilligeninitiativen, die ausschließlich ehrenamtlich in ihrer Organisation begonnen wurden, haben inzwischen Arbeitsverhältnisse für Professionelle geschaffen, um sich sinnvoll zu entlasten und zu ergänzen.

Schließlich kennen wir aus unseren Beratungen zur Genüge den Umstand von überforderten Engagierten, die nur auf sich selbst als Aktive zurückgreifen können und die ganze Last der Vereinsführung und Organisation tragen: Sie unterliegen in einem gleich hohen Maß der Gefahr des Burn-outs wie Professionelle auch. Den Ressourcenmix von Freiwilligen und Profis zu erhalten, sollte deshalb Programm für alle in diesem Sektor Engagierten sein.

Literaturhinweise

- Beck, Ulrich, Kinder der Freiheit, Frankfurt/M. 1997
- Detting, Warnfried, Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Gütersloh 1995
- Ernst, Heiko, Wendepunkte – Wenn das Leben eine neue Richtung nimmt, in: Psychologie Heute 10/1997, S. 20ff
- Etzioni, Amitai, Geistige Grundlagen der modernen Bürgergesellschaft, Rede aus Anlaß des 40-jährigen Bestehens der Aktion Gemeinsinn am 12. September 1997 im Schloß Charlottenburg, Berlin (Mskrt.)
- Müller-Kohlenberg, Hildegard / von Kardorff, Ernst / Kramer, Klaus, Laien als Experten. Eine Studie zum sozialen Engagement im Ost- und Westteil Berlins, Frankfurt/M. 1994
- PUNKT, Das Berliner Magazin für SozialEngagierte, Interview: Das Land ist hart, gerade gegenüber Kindern. Als Freiwilliger im Kinderhaus Casablanca, PUNKT Heft 3/96, S. 15-16
- Rollin, Marion, Mehr Mut zur Moral, in: Die Woche, 12. September 1997, S. 40-41
- Rüth, Stephanie, Neue Initiativen im Freiwilligen-Engagement (Teil III), in: BfS Inform. 9/97, S. 12-13
- Stiftung MITARBEIT / Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin / Freiwilligenagentur Bremen / Zentrum für Freiwilligenarbeit Dortmund (Hrsg.), Solidarität inszenieren... Freiwilligen-Agenturen in der Praxis, Brennpunktdokumentat. zu Selbsthilfe und Bürgerengagement Nr. 30, Bonn, 1997, darin: Schaafer-Derichs, Carola, Typographie einer neuen sozialen Organisation: die Freiwilligenagentur, S. 39ff

*Carola Schaafer-Derichs
Treffpunkt Hilfsbereitschaft Berlin
Märkisches Ufer 28, 10179 Berlin
Tel 030 • 279 39 94*

Impressum

Herausgeber:

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von
Selbsthilfegruppen (NAKOS), Albrecht-Achilles-Straße 65, 10709 Berlin,
Tel 030 • 891 40 19, Fax 030 • 893 40 14

Redaktion: Klaus Balke, Wolfgang Thiel. **Layout:** Olaf Thiede. **Druck:** Ratlow Druck, Berlin.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Auflage:** 2.000. **Erscheinungsweise:** unregelmäßig.
In der Reihe NAKOS-EXTRA erscheinen in loser Folge Beiträge zu aktuellen Tendenzen und Entwicklungen in der
fachlichen und institutionellen Förderung von Selbsthilfegruppen. Namentlich gezeichnete Beiträge werden von
den Autoren selbst verantwortet. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung.

Mit der finanziellen Unterstützung des
Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)



Deutsche
Arbeitsgemeinschaft
Selbsthilfegruppen e.V.